

WOHLSTAND UND LEBENSQUALITÄT

IM BUNDESLAND SALZBURG



SALZBURG

GERECHTIGKEIT MUSS SEIN



Vorwort des Präsidenten/Direktorin

Seit der Veröffentlichung unseres ersten Berichts für Wohlstand und Lebensqualität im Bundesland Salzburg im Mai 2019 hat sich die wirtschaftliche und soziale Lage deutlich verändert. Covid-19 hat das Leben der Menschen im letzten Jahr geprägt. Neben der Sorge um die eigene Gesundheit und die der Angehörigen kamen für viele Menschen wirtschaftliche Sorgen. Zum Höhepunkt der Krise war die Hälfte der Salzburger Erwerbstätigen in Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit. Einkommensverluste bleiben, auch wenn die tiefe Wirtschaftskrise überwunden scheint.

Die Covid-19-Krise hat gezeigt, wie wichtig ein gut ausgebautes und solidarisches Gesundheits- und Sozialsystem ist. Das ist das Vermögen der breiten Bevölkerung, die sich auf gute Behandlung und ausreichende Betten in den Krankenhäusern verlassen konnte. Mit vielen Milliarden Euro wurden Unternehmen und Beschäftigte in der Krise unterstützt wodurch eine tiefere soziale Krise verhindert werden konnte. Gleichzeitig hat die Pandemie bereits bestehende Probleme wie durch ein Brennglas verstärkt. Probleme in unseren Ausbildungseinrichtungen, wo viele Kinder aus weniger gut ausgestatteten Elternhäusern mit Bildungsdefiziten zu kämpfen haben. Berufsgruppen, die zwar als systemrelevant erkannt und gelobt wurden, sind in finanziellen Schwierigkeiten, weil sie nicht ausreichend bezahlt werden. Arbeitslose müssen weiterhin mit nur knapp mehr als der Hälfte ihres letzten – oft kleinen Einkommens – zurechtkommen. Die Mehrfachbelastung durch Beruf, Haushalt und Betreuungsarbeit hat viele Frauen angesichts geschlossener Schulen an den Rand der Belastbarkeit gebracht und die Frage nach flexibleren Arbeitszeitmodellen aufgeworfen.

Nun gilt es die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen und den Blick wieder über Infektionszahlen hinaus zu werfen: Unser Sozialstaat muss zukunftsfähig gemacht und an wichtigen Stellen wie etwa der Pflege ausgebaut werden. Kinderbetreuungs- und Ausbildungseinrichtungen müssen ausgebaut und modernisiert werden. Langzeitarbeitslose brauchen eine Chance am Arbeitsmarkt. Nicht zuletzt müssen wir entschlossen den Klimawandel bekämpfen wozu es massiver Investitionen bedarf.

Die Kosten der Covid-19-Krise und die Kosten für die Bekämpfung des Klimawandels sind enorm. Jetzt geht es um eine gerechte Aufteilung dieser Kosten. Unser Ziel ist eine faire Verteilung – alle sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu einem guten Leben für die gesamte Gesellschaft beitragen.

Mit unserem nunmehr zweiten Wohlstands- und Lebensqualitätsbericht wollen wir einen Beitrag zur öffentlichen Debatte um die Messung von Wohlstand und Lebensqualität leisten. Die Legitimation dazu leitet sich aus dem gesetzlichen Auftrag der Arbeiterkammer ab, die ökonomischen sozialen und kulturellen Interessen von über 260.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Salzburg und ihrer Familien zu vertreten. Ziel ist es, nachvollziehbare und messbare Ziele für die Politik zu formulieren, Ziele die auch jenseits von Epidemien und Wahlkampfauseinandersetzungen Gültigkeit haben und an denen eine erfolgreiche Politik letztlich auch gemessen werden soll.

Mag.^a Cornelia Schmidjell
AK-Direktorin

Peter Eder
AK-Präsident
ÖGB-Landesvorsitzender

Impressum

Medieninhaber: Arbeiterkammer Salzburg, Markus-Sittikus-Straße 10,
5020 Salzburg, T: +43 (0)662 86 87, ak-salzburg.at
ISBN: 978-3-901817-57-1
Redaktion: Mag. Reinhard Hofbauer
Grafik: Gabriele Gallei
Titelfoto: LAONG / adobe.stock.com
Druck: Eigenvervielfältigung
Verlags- und Herstellungsort: Salzburg

Stand: August 2021

www.ak-salzburg.at



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN



WOHLSTAND UND LEBENSQUALITÄT

IM BUNDESLAND SALZBURG 2020/2021

Koordination: Reinhard Hofbauer

AutorInnen des Wohlstands- und Lebensqualitätsberichts der AK Salzburg 2021:

- Atzmanstorfer Edgar (Umwelt, Wohnen)
- Fischer Michaela (Armut und Ausgrenzung)
- Laireiter Christian (Verkehr)
- Göweil Stefan: (Preise)
- Grössenberger Ines (Frauen, Gleichstellung, Vereinbarkeit)
- Preisig Florian (Einkommen, Arbeitsmarkt)
- Schmidt Michaela (Wirtschaft)
- Hofbauer Reinhard (Wirtschaft, Lebensqualität)
- Stadler Sabine (Bildung)
- Niedermüller Monika (Bildung)
- Van Tijn Ingrid (Pflege)
- Wimmer Bernd (Qualität der Arbeit)

August 2021

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1	Wohlstand und Lebensqualität als gesellschaftliche Leitziele	6
<hr/>		
Kapitel 2	Dimension 1: Fair verteilter materieller Wohlstand	13
<hr/>		
2.1	Real verfügbare Einkommen	15
2.2	Vermögensverteilung	18
2.3	Gender-Pay-Gap	21
2.4	Einkommensverteilung	23
2.5	Vermeidung von Armut und Ausgrenzung	26
Kapitel 3	Dimension 2: Vollbeschäftigung und gute Arbeit	29
<hr/>		
3.1	Erwerbstätigkeit	30
3.2	Normalarbeitsverhältnisse	33
3.3	Geschlechtergerechte Betreuungsarbeit	35
3.4	Gesunde Arbeitsplätze	38
3.5	Arbeitsproduktivität	41
3.6	Mitbestimmung	44
Kapitel 4	Dimension 3: Intakte Umwelt	46
<hr/>		
4.1	Treibhausgasemissionen	48
4.2	Energetischer Endverbrauch	51
4.3	Flächeninanspruchnahme	54
4.4	Feinstaubbelastung	57
4.5	Verkehrslärm	60
4.6	Öffentlicher Verkehr	63

Kapitel 5	Dimension 4: Lebensqualität	66
5.1	Bildungsstand	68
5.2	Weiterbildungsbeteiligung	71
5.3	Lebenszufriedenheit	73
5.4	Pflegeversorgung	76
5.5	Wohnen	79
5.6	Physische Sicherheit	82
5.7	Kinderbetreuung	85
Kapitel 6	Dimension 5: Ökonomische Nachhaltigkeit	88
6.1	Indikator: stabile Finanzmärkte	90
6.2	Stabile Staatstätigkeit bzw. nachhaltiges Haushaltsgleichgewicht	93
6.3	Innovationsanstrengungen	96
6.4	Stabile Investitionstätigkeit	99
6.5	Preisstabilität	102
Kapitel 7	Schlussfolgerungen für eine an Wohlstand und Lebensqualität orientierte Politik	105

Kapitel 1

Wohlstand und Lebensqualität als gesellschaftliche Leitziele

Die Steigerung der Wirtschaftsleistung war über Jahrzehnte der Inbegriff für die Schaffung von Wohlstand. Wirtschaftswachstum und seine zentrale Kennzahl, das BIP bzw. auf regionaler Ebene das Regionalprodukt, bilden aber lediglich die aggregierte Produktion einer Volkswirtschaft ab, Wohlstand und Lebensqualität eines Landes lassen sich daran nicht ablesen. Ist das Wirtschaftswachstum nicht mehr breit über die gesamte Bevölkerung verteilt oder mit negativen gesundheitlichen, sozialen und Umweltfolgen verbunden, dann schwindet der Beitrag, den es für ein besseres Leben aller leisten kann. Wie auch die Europäische Kommission festhält, misst das BIP „weder die Nachhaltigkeit im Umweltbereich noch die soziale Integration“¹.

Es geht aber auch nicht darum, das BIP zu verteufeln. Die Erfahrung zeigt, dass ein hohes BIP meist auch mit hohen Werten bei wichtigen Indikatoren des Wohlstands und der Lebensqualität einhergeht und erst den finanziellen Spielraum für sozialstaatliche und klimaschonende Investitionen schafft.

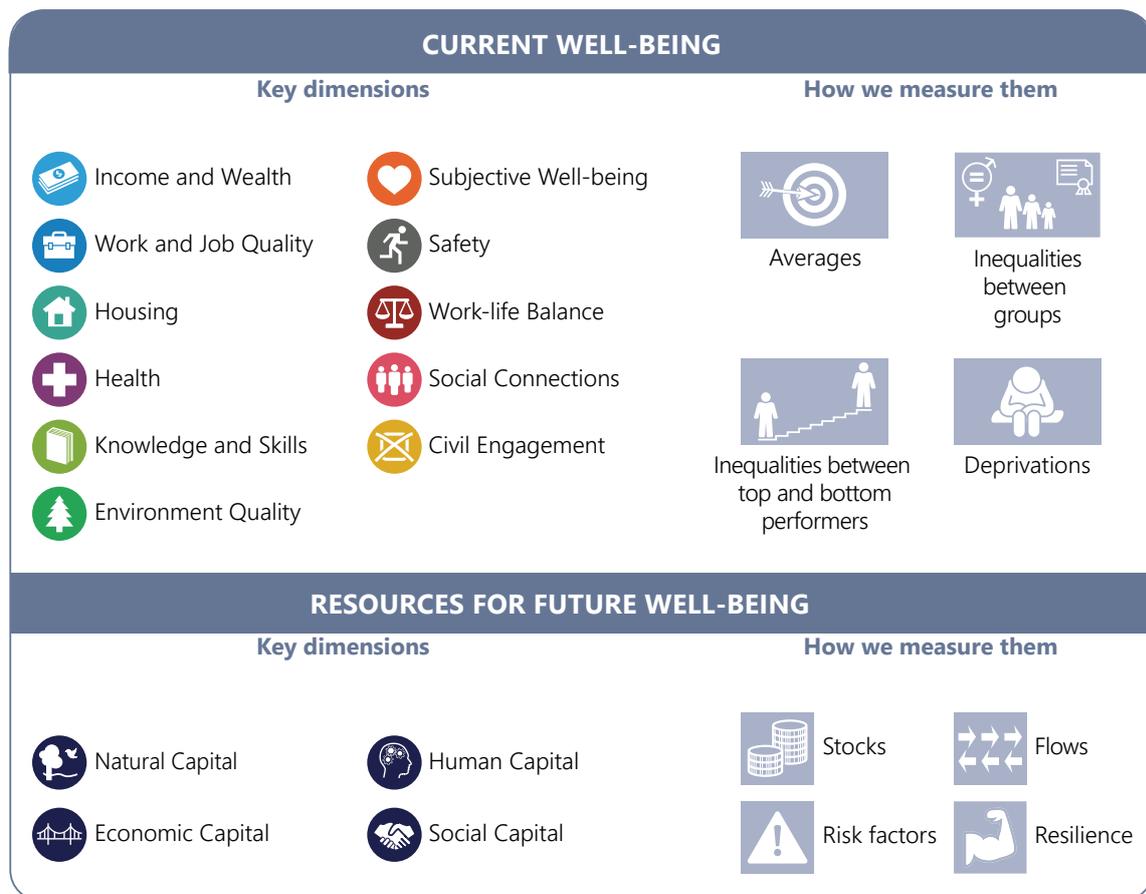
Worum es daher geht ist, den gesellschaftlichen Blick auf weitere – aber ebenso wichtige – Ziele von Wohlstand und Lebensqualität zu lenken und diese gleichrangig öffentlich zu diskutieren und aufzuwerten. Mit dem beschleunigten Klimawandel kommt die kolossale Aufgabe dazu, unser Produktions- und Konsummodell auf eine ökologisch tragfähige Basis zu stellen. Dabei ist die gesellschaftliche Debatte in den vergangenen Jahren ein Stück weitergekommen. Für Klimaziele existieren explizite Vorgaben, deren Nichterreichung auch sanktioniert werden. In anderen Bereichen fehlen solche verbindlichen Zielvorgaben oder sie existieren zwar, werden aber wesentlich weniger ernsthaft verfolgt.

Auch wenn es einige punktuelle Fortschritte gab, ist die Messung von Wohlstand und Lebensqualität von einem Mainstreaming noch weit entfernt. Das Ziel wäre nach Bache und Reardon dann erreicht, wenn „the idea of wellbeing is recognised as an important benchmark of progress, is internalised by key actors, is institutionalised in policy practices and leads to policy changes that have a significant effect on the lives of citizens“². Daran gemessen scheint die OECD den größten Fortschritt erzielt zu haben. Sie ist nicht nur Referenzpunkt für die Weiterentwicklung von Methoden und Theorien sowie für die wohlstandsorientierte Länderberichterstattung, sondern hat ihr Indikatorenset in ein schematisches Modell eingebettet. Lebensqualität und materielle Lebensbedingungen werden als die beiden Determinanten für individuelles Wohlergehen konzipiert, deren Nachhaltigkeit wiederum von unterschiedlichen Formen von Kapitalbeständen (Natur, Vermögen, Human- und Sozialkapital) abhängt:

1 Europäische Kommission (2010): „Das BIP und mehr“, S.2

2 Bache, I.; Reardon, L.(2016): The Politics and Policy of Wellbeing. Understanding the Rise and Significance of a New Agenda. Cheltenham: Edward Elgar

Abbildung 1: OECD well-being framework



Quelle: übernommen von OECD³

Was ist mit Lebensqualität und materiellem Wohlstand gemeint? Wohlstand bezeichnet über die materiellen Lebensbedingungen hinaus die kollektiven Voraussetzungen für ein gutes Leben (z.B. auch Zeitwohlstand, intakte Umwelt und sozialer Zusammenhalt). Das Konzept der Lebensqualität ist jünger und betont vor allem die nichtmateriellen Dimensionen eines guten Lebens. Lebensqualität umfasst dabei sowohl gesellschaftliche Rahmenbedingungen eines guten Lebens für alle als auch individuelles Wohlbefinden. Wurde Lebensqualität in frühen Lebensqualitätskonzepten oft als etwas von Lebensstandard und Wohlstand Verschiedenes betrachtet, überschneiden sich in der Forschung heute beide Konzepte meist. Lebensqualität hängt stärker noch als Wohlstand von eigenen Ansprüchen, Werten und Einstellungen ab.⁴ Die Lebensqualitätsforschung hat eindrücklich gezeigt, dass hohe Lebensqualität verschiedenste Dimensionen aufweist und ohne materielle Sicherheit nicht zu haben ist.

Sowohl Wohlstand als auch Lebensqualität können nicht direkt erfasst, sondern nur in ihren Teilbereichen („Dimensionen“) durch ein Set von Indikatoren abgebildet werden. In den vergangenen 2 Jahrzehnten ist international eine Vielzahl von Wohlstands- und Lebensqualitätsberichten entwickelt worden. In Österreichs hat v. a. Statistik Austria die Debatte um die Operationalisierung der Wohlstands- und Lebensqualitätsmessung aufgegriffen. Mit dem seit 2012 jährlich erscheinenden

3 OECD (2020): Measuring Well-being and Progress: Well-being Research. <https://www.oecd.org/statistics/measuring-well-being-and-progress.htm>

4 Detailliertere Ausführungen zu den Konzepten von Wohlstand und Lebensqualität finden sich im ersten Bericht zu Wohlstand und Lebensqualität der AK Salzburg (2019)

Bericht des Projekts „Wie geht’s Österreich?“ wird gesellschaftlicher Fortschritt anhand eines Sets aus 30 Schlüsselindikatoren – sowie zahlreichen Subindikatoren – im Zeitverlauf für Österreich nachvollziehbar dargestellt. Auch unser Bericht für Wohlstand und Lebensqualität im Bundesland Salzburg orientiert sich stark an diesem Indikatorenset, ebenso wie am Wohlstandsbericht der Bundesarbeiterkammer⁵.

Die Weiterentwicklung der Diskussion um ein gutes Leben für alle und ihre Messung ist in den letzten Jahren auch durch die Sustainable Development Goals (SDGs), den 17 Zielen nachhaltiger Entwicklung der „2030 Agenda for Sustainable Development“⁶ befördert worden. Während die SDGs auf europäischer Ebene vor allem durch die neue EU-Kommission eine gewichtigere Rolle spielen fristen sie hierzulande noch kaum eine Rolle. Mit der Erstellung des sogenannten „Freiwilligen Nationalen Berichts“⁷ sowie dem umfassenden SDG-Indikatorenbericht von Statistik Austria⁸ haben sich im letzten Jahr zumindest die Grundlagen für wohlstandsorientierte Politik verbessert. Seit Mai 2020 liegt erstmals ein publizierter Gesamtbericht vor der ein umfangreiches Set von rund 200 Indikatoren umfasst. Manche Indikatoren sind dabei noch in Entwicklung, andere sollen zusätzlich einfließen oder zukünftig disaggregiert dargestellt werden.

Trotz dieser Initiativen und politischen Entwicklungen ist die neue Wohlstands- bzw. Nachhaltigkeitsdebatte bestenfalls ansatzweise in der politischen Praxis angekommen. Wirtschaftswachstum ist im Alltag nach wie vor der zentrale Referenzwert zur Beurteilung der Wohlstandsentwicklung, andere Indikatoren – wie Fragen der Verteilung, der Gesundheit oder der Umweltsituation – werden bestenfalls ergänzend wahrgenommen. Auch in Österreich werden die zentralen Wohlstandsdimensionen kaum systematisch aufeinander bezogen oder strategisch bearbeitet.

Auch auf regionaler Ebene sind die Versuche für eine regionale Messung von Wohlstand und Lebensqualität nicht vom Fleck gekommen. Das gilt auch für das Bundesland Salzburg wo trotz anfänglicher Bemühungen des Landtags nach wie vor kein Konzept und auch kein Plan existiert. Unser erster regionaler Bericht zu Wohlstand und Lebensqualität im Bundesland Salzburg aus 2019 hat zwar viel Interesse und Anerkennung, aber keine weiteren Initiativen hervorgerufen. In diesem Sinn hoffen wir, dass dieser Bericht ein weiterer Anstoß ist. Ein regionaler Bericht sollte eigentlich zentral koordiniert werden durch die Landesregierung und von einem repräsentativ zusammengesetzten Gremium erstellt. Bis zur Etablierung eines derartigen Gremiums wird die Salzburger AK aber auch in den kommenden Jahren mit ihrem Wohlstandsbericht in Vorlage treten. Als gesetzliche Interessenvertretung der unselbstständig Beschäftigten als der sozialen Mehrheit haben wir einen klaren Blick auf gesamtgesellschaftlichen Ausgleich.

Wenn wir die Begriffe Wohlstand und Lebensqualität verwenden dann deshalb, weil es uns um die Gemeinsamkeiten geht und um zu betonen, dass es uns um das „Besser“ gegenüber dem „Mehr“ geht. Das „Besser“ gegenüber dem „Mehr“ wirft die Frage nach Leitlinien von Wohlstand und Lebensqualität – im Sinne eines guten Lebens für alle – auf. Denn eine Politik für Wohlstand und Lebensqualität folgt nicht einfach funktionalistischen Sachzwängen, sondern folgt Leitbildern, historischen Entwicklungspfaden, Interessen, Werten und institutionellen Vorgaben.

5 AK-Wohlstandsbericht 2020, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr.204, Working Paper-Reihe der AK Wien

6 UN – United Nations (2015): Transforming our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development, <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/21252030%20Agenda%20for%20Sustainable%20Development%20web.pdf>

7 Bundeskanzleramt (2020): Österreich und die Agenda 2030. Freiwilliger Nationaler Bericht zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele / SDGs (FNU). https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/26661VNR_2020_Austria_Report_German.pdf

8 Statistik Austria (2020): Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in Österreich – SDG-Indikatorenbericht. Wien

Anders als die Glücks- und Ratgeberliteratur versuchen wir in unserem Bericht jene Aspekte für ein gutes Leben herauszugreifen die für eine hohe gesellschaftliche Lebensqualität besonders bedeutsam und die gesellschaftlich beeinflussbar sind. Die erste normative Leitlinie an der wir uns orientieren ist das Paradigma der Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit ist als Leitbild international verankert und meint eine gerechte Entwicklung, die gleichrangig die ökonomische und die soziale Dimension innerhalb der ökologischen Grenzen berücksichtigt und das nicht nur für heutige, sondern auch für zukünftige Generationen. Wir berücksichtigen die ökonomische und die ökologische Nachhaltigkeit jeweils in einer eigenen Dimension, die soziale Nachhaltigkeit kommt vor allem in den Dimensionen „Fair verteilter materieller Wohlstand“, „Vollbeschäftigung und gute Arbeit“ und „Lebensqualität“ zum Ausdruck.

Eine zweite Leitlinie ergibt sich für uns aus dem Paradigma der Sozialstaatlichkeit. Gemeint ist damit ein politisches Handeln das die Teilhabe aller an den gesellschaftlichen, und politischen Entwicklungen gewährleistet. In Marktwirtschaften bedeutet das zunächst Teilhabe am System der Erwerbsarbeit, das neben einem sicheren und ausreichenden Einkommen auch weitreichende soziale Sicherheit gewährleisten soll. Voraussetzung dafür sind allerdings auch institutionelle Einrichtungen (bspw. in der Bildung, Betreuung oder Pflege) und sozio-kulturelle Arrangements (etwa die Aufteilung der Pflegearbeit zwischen den Geschlechtern), die die Chancen für eine vollwertige Teilhabe erst eröffnen. Gerade bei diesen institutionellen Einrichtungen haben die Bundesländer in Österreich eine große Verantwortung. Wir berücksichtigen Sozialstaatlichkeit explizit in den Dimensionen „Fair verteilter materieller Wohlstand“, „Vollbeschäftigung und gute Arbeit“ sowie „Lebensqualität“.

Eine weitere Leitlinie stellt das magische Viereck der Wirtschaftspolitik in einer modernisierten Form dar. Es verpflichtet zu einer Wirtschaftspolitik, die die teils in Konflikt stehenden Ziele Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht möglichst ausgewogen verfolgt ohne ein Ziel besonders zu überhöhen oder sprunghaft die Prioritäten zu wechseln. Eine Wirtschaftspolitik betrachten wir dann als nachhaltig und ausgewogen, wenn sie im Sinne des magischen Vielecks auch ökologische und soziale Ziele im Blick hat und die Chancen auf einen umfassend verstandenen Wohlstand auch für zukünftige Generationen bewahrt. Diese Aspekte berücksichtigen wir in unserer Dimension „ökonomische Nachhaltigkeit“. Wirtschaftswachstum selbst verschwindet dabei sowohl als eigenständiges Ziel als auch als Indikator, ist aber implizit im Indikator zur Produktivitätsentwicklung enthalten.

Unsere Herangehensweise in diesem Bericht

„Was wir messen, beeinflusst, was wir tun.“⁹ Diese Feststellung der einflussreichen Kommission zur Messung von Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt bringt zum Ausdruck, dass es in der Wohlstands- und Lebensqualitätsmessung vorrangig darum gehen muss, das zu messen, was wirklich relevant ist. Mitunter wird das gemessen, was einfach gemessen werden kann. Greift man aber ausschließlich auf schnell verfügbare (Sekundär)- Daten zurück, so dreht sich die Kausalkette leicht um: Weil Daten verfügbar sind, werden Fragen und Indikatoren gewählt, die bearbeitet werden können. Wie sollen solche „relevanten“ Indikatoren aber gefunden werden? Dazu hat die Lebensqualitätsforschung in der jüngeren Vergangenheit eine Fülle von Forschungsergebnissen zu Voraussetzungen, Zusammenhängen und Bedingungen hoher Lebensqualität hervorgebracht, aus denen sich heute einige weitgehend unstrittige Indikatoren gleichsam als empirische Korrelate der Lebensqualität ableiten lassen. Das betrifft etwa Einkommen, Verfügbarkeit von guter Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit oder Gesundheit.

9 Stiglitz, J. E./Sen, A./Fitoussi, J.-P. (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Executive Summary

Es ist daher nicht erstaunlich, dass die Indikatoren der gut und aufwendig erarbeiteten nationalen und internationalen Lebensqualitätsberichte, vom „Better Life-Index“ der OECD¹⁰ bis zu „Wie geht's Österreich“ von Statistik Austria, in weiten Bereichen sehr ähnlich sind. Auch viele der von uns ausgewählten Indikatoren decken sich mit den genannten.

Inhaltlich und methodisch orientieren wir uns wiederum an den Empfehlungen der schon erwähnten Kommission zur Messung von Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt, von denen die wesentlichen lauten: Der Schwerpunkt der Sichtweise soll nicht nur auf volkswirtschaftlichen Aggregaten, sondern auch auf den (privaten) Haushalten liegen; dazu soll, wo es die Daten erlauben, ein differenzierter Blick auf soziale Gruppen, Schichten und Geschlechter geworfen werden. Empfohlen wird auch, die ungleiche Verteilung der Einkommen, Konsum und Vermögen stärker herauszustellen. Nachhaltigkeitsindikatoren sollen verwendet werden, zudem ist die Messung von Wohlfahrt oder Lebensqualität über den materiellen Lebensstandard hinaus zu erweitern, denn Lebensqualität wird durch objektive Lebensbedingungen und die Verwirklichungschancen auf ein gutes Leben bestimmt. Daher sollen neben „objektiven“ Indikatoren auch Befragungen der Menschen selbst durchgeführt werden um Aufschlüsse über die subjektive Bewertung der Lebensqualität durch die Menschen selbst zu gewinnen. Es besteht in der Forschung heute Einigkeit, dass objektive Bedingungen und darauf bezogene subjektive Bewertungen gemeinsam das Wohlbefinden des Einzelnen bestimmen. Lebensqualität wird daher heute fast immer (so auch in „Wie geht's Österreich“) durch einen Mix aus objektiven Daten (z.B. verfügbare Einkommen) und subjektiven Beurteilungen (z.B. Lebenszufriedenheit) durch Selbsteinschätzung) gemessen.

Leider weisen die offiziellen Statistiken selbst für die Bundesebene erhebungsbedingte Schwächen auf. Dies trifft etwa für die Vermögensverteilung zu, wo vor allem der politische Wille fehlt, genauere Erhebungen in Auftrag zu geben.¹¹ Andere Daten wiederum liegen nicht zeitnah vor. Aus diesem Grund können in einer Reihe von Indikatoren Veränderungen, die durch die Covid-19-Krise verursacht wurden, noch nicht adäquat abgebildet werden. Inwieweit die Covid-Krise damit Trends nur unterbrochen hat oder langfristige Veränderungen bewirkt hat wird erst unser nächster Wohlstandsbericht zeigen.

Ein Problem für einen regionalen Wohlstandsbericht ergibt sich zudem daraus, dass auf der Ebene eines Bundeslandes mit der Einwohnerzahl Salzburgs nicht immer Daten – die für Österreich erhoben werden – in statistisch ausreichender Qualität zur Verfügung stehen. Wir haben daher für diese, auf Bevölkerungsbefragungen basierenden, Indikatoren bei Statistik Austria Sonderauswertungen mit erhöhter Samplegröße genutzt bzw. beauftragt um die höchstmögliche Genauigkeit für Salzburg zu erreichen. Dennoch bleibt eine etwas größere Ungenauigkeit als bei den auf Gesamtösterreich bezogenen Originaldaten. Das ist für uns aber zu rechtfertigen, weil wir es im Zweifel für richtiger erachten, einen für die Lebensqualität wichtigen Aspekt zu untersuchen, als darauf zu verzichten, weil die Daten mit geringen statistischen Sicherheiten behaftet sein könnten.

Wir bündeln unsere ausgewählten Indikatoren in 5 Bereiche („Dimensionen“). In diesen kommen unsere normativen Leitlinien der Nachhaltigkeit zum Ausdruck (Dimensionen „Intakte Umwelt“, „Ökonomische Nachhaltigkeit“). Das Prinzip der Sozialstaatlichkeit und der Teilhabechancen sowie der im SSF-Bericht geforderte Fokus auf Verteilungs- und subjektive Lebensqualitätsaspekte finden sich in den Dimensionen „Fair verteilter materieller Wohlstand“ und „Lebensqualität“ wider. Zudem berücksichtigen wir als gesetzliche Interessenvertretung der Erwerbstätigen den Aspekt der Arbeit als zentralen wohlstandsschaffenden Faktor in unserer Gesellschaft (Dimension „Voll-

¹⁰ <https://www.oecdbetterlifeindex.org/#/111111111111>

¹¹ Statistik Austria erhebt keine Vermögensdaten, die österreichische Nationalbank verzichtet als erhebende Einrichtung des Household finance and consumption Survey (HFCS) auf eine genauere Erfassung hoher Vermögen wie sie von vielen anderen europäischen Nationalbanken vorgenommen wird.

beschäftigung und gute Arbeit“). Der Einfluss von (guter) Arbeit auf die individuelle Lebensqualität ist empirisch gut belegt: „Eine Steigerung der Arbeitsbedingungen um 10 Punkte erhöht, ceteris paribus, das subjektive Wohlbefinden um 3,5 Punkte“.¹²

Damit gliedert sich unser Salzburger Wohlstands- und Lebensqualitätsbericht in 5 Dimensionen und 29 Indikatoren. Die Beschränkung auf insgesamt 29 Indikatoren stellt einen Kompromiss zwischen den Anforderungen der Vielschichtigkeit und der Überschaubarkeit dar. Neu aufgenommen haben wir gegenüber unserem ersten Bericht die Indikatoren Mitbestimmung, Öffentlicher Verkehr und Physische Sicherheit.

Dimensionen und Indikatoren des zweiten Salzburger Wohlstands- und Lebensqualitätsberichts

Fair verteilter materieller Wohlstand	Vollbeschäftigung und gute Arbeit	Intakte Umwelt	Lebensqualität	Ökonomische Nachhaltigkeit
Real verfügbare Einkommen	Erwerbstätigkeit	Treibhausgasemissionen	Lebenszufriedenheit	Stabile Finanzmärkte
Vermögensverteilung	Normalarbeitsverhältnisse	Energetischer Endverbrauch	Bildungsstand	Preisstabilität
Gender Pay Gap	Geschlechtergerechte Betreuungsarbeit	Flächeninanspruchnahme	Weiterbildungsbeteiligung	Stabile Staatstätigkeit
Einkommensverteilung	Gesunderhaltende Arbeitsplätze	Feinstaubbelastung	Pflegeversorgung	Stabile Investitionstätigkeit
Vermeidung von Armut und Ausgrenzung	Arbeitsproduktivität	Verkehrslärm	Wohnkostenüberbelastung	Innovationsanstrengungen
	Mitbestimmung	Öffentlicher Verkehr	Kinderbetreuung	
			Physische Sicherheit	

Die Darstellung der einzelnen Indikatoren ist in den Kapiteln klar gegliedert und transparent: Jeder Indikator wird mit einer Grafik oder einem Diagramm eröffnet, auf dem möglichst auf einen Blick die Entwicklung des Indikators ersichtlich ist. Anschließend wird der Indikator inhaltlich beschrieben, und eine Begründung für den Zielwert gegeben. Es folgt eine Analyse der Dynamik und treibenden Faktoren des Indikators sowie die Bewertung selbst. Abschließend erfolgt eine Interpretation mit unseren Schlussfolgerungen. Zur schnellen Orientierung wird die Bewertung des Indikators auf einem Farbbalken angezeigt.

¹² Eurofound (2012): Quality of life in Europe: Impacts of the crisis. Luxemburg: Publications Office of the European Union, S.31

Bewertung

Wie bei „Wie geht’s Österreich“, bewerten wir jeden unserer 29 Indikatoren auf einer 5 teiligen Skala, allerdings nicht wie dort mit Wettersymbolen, sondern auf einer numerischen Skala. Diese haben wir gegenüber unserem ersten Bericht aus Gründen der besseren Lesbarkeit verändert. Grundlage für unsere Bewertung sind möglichst intersubjektiv nachvollziehbare Punktwertungen von -2 (starke Abweichung vom Zielwert und negativer Trend) bis +2 (Ziel klar erreicht) für jeden der 29 Indikatoren. Die 5-teilige Skala ist nicht zu grob, womit auch kleinere Veränderungen abgebildet werden können aber auch nicht zu detailliert um Scheingenaugkeiten vorzuspiegeln. Grundlage der Bewertung bilden die letztverfügbaren Daten.

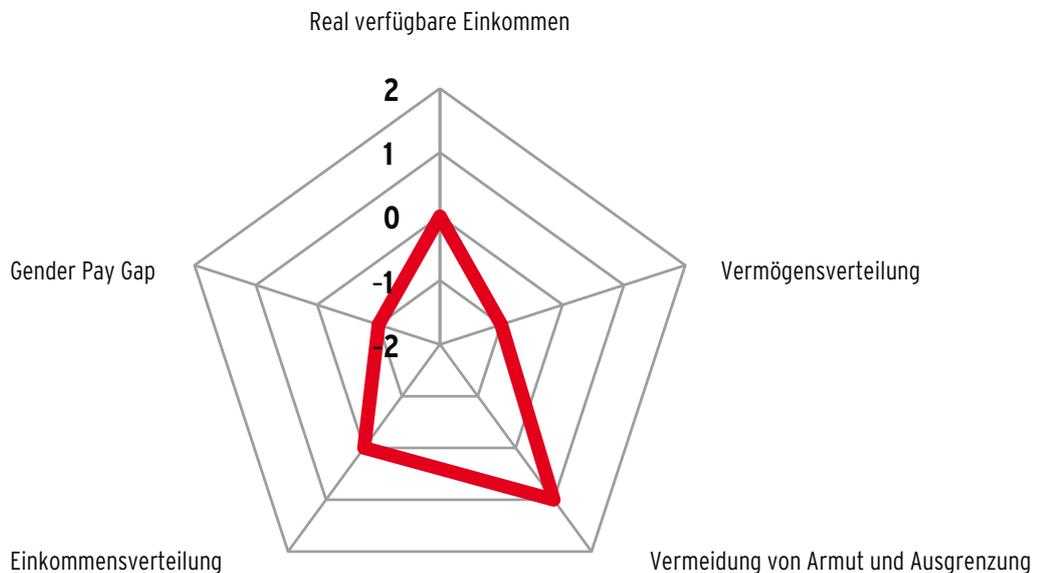
Bei der Bewertung gehen wir wie folgt vor: Gibt es eine politisch legitimierte Zielvorgabe, orientiert sich unser Bericht an dieser. Das können nationale Ziele (z.B. die Reduktion der Quote der armutsgefährdeten Haushalte) oder internationale sein (bspw. das Reduktionsziel für Treibhausgasemissionen). Fehlt eine solche Vorgabe, versuchen wir ein sachlich gerechtfertigtes und konkret überprüfbares Ziel zu definieren (z.B. Gender-Pay-Gap, der langfristig geschlossen sein sollte). Lediglich als letzte Alternative wird zur Bewertung ein nationales Benchmark herangezogen. Damit weichen wir von gängigen Bewertungsverfahren ab, die häufig auf ein kulturell inzwischen stark verankertes Wettbewerbsdenken fixiert sind und eine medial besser vermarktbares Ranking analog zu sportlichen Wettkämpfen vornehmen. Wir gehen dagegen davon aus, dass der Wohlstand und die Lebensqualität einer Gesellschaft kein Wettkampf und kein Spiel sind. Ziele müssen an gut begründeten Maßstäben gemessen werden müssen und nicht an vermeintlichen Mitbewerbern. Denn das Verfehlen etwa von Umweltzielen oder sozialen Zielen bleibt schlecht auch wenn andere das Ziel noch klarer verfehlen. Umgekehrt bewerten wir gute Salzburger Werte im Hinblick auf Wohlstand und Lebensqualität auch dann gut, wenn andere noch besser sind.

Die Bewertung soll weniger als eine abschließende Beurteilung komplexer Sachverhalte missverstanden werden, sondern soll vielmehr dazu anregen, eine weiterführende Diskussion über die Hintergründe und Rahmenbedingungen der Entwicklung einzelner Indikatoren auszulösen.

Wie auch „Wie geht’s Österreich“ verzichten wir auch auf einen Wohlstandsindex für Salzburg, bei dem die Werte aus verschiedenen Dimensionen zu einer Zahl zusammenfasst werden und wo auf einen Blick ersichtlich wäre „wie gut es Salzburg geht“. Denn solche Wohlstands- und Lebensqualitätsindizes leiden darunter, dass sie konfligierende oder voneinander unabhängige Phänomene in einer Zahl abbilden wollen. Es kann aber eine bessere ökonomische Lage und damit ein höherer materieller und sozialer Wohlstand nicht gegen eine verschlechterte Umweltsituation und diese nicht gegen eine höhere Arbeitslosigkeit aufgewogen und verrechnet werden. Stehen solche Entscheidungen an, müssen sie politisch von Fall zu Fall nach möglichst breiten Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen im Einzelfall getroffen werden. Ein regionaler Bericht wie dieser kann und soll aber helfen, dass solche politischen Entscheidungen mit Blick auf alle wohlstands- und lebensqualitätsrelevanten Aspekte getroffen werden und nicht nur auf einzelne.

Kapitel 2

Dimension 1: Fair verteilter materieller Wohlstand



Bereits Aristoteles ging davon aus, dass es für das übergeordnete Ziel eines guten Lebens einer materiellen Grundlage bedarf. Der wegweisende Bericht der Stiglitz-Kommission zur Messung von Wohlstand und Fortschritt in der Gesellschaft empfiehlt, den Fokus weniger auf die Produktion und stärker auf das tatsächlich verfügbare Einkommen der Haushalte und deren Vermögen zu richten. Die Einkommens- und Vermögensverteilung zwischen Geschlechtern und sozialen Schichten müssen daher mehr Aufmerksamkeit erfahren. In unserem Bericht folgen wir diesen Empfehlungen, indem wir einen Indikator für die Vermögenskonzentration aufnehmen. Bei den übrigen Indikatoren verwenden wir solche, die auch im Bericht „Wie geht’s Österreich“ der Statistik Austria Verwendung finden.

Im internationalen Vergleich der Indikatoren-Niveaus gilt: Österreich liegt bei den real verfügbaren Einkommen, ihrer Verteilung, bei Armut und Ausgrenzung nach wie vor über dem Durchschnitt, zum Teil sogar mit größer werdendem Abstand sowohl in der länger zurückliegenden Vergangenheit bis zuletzt in der Krise. Aufholbedarf gibt es bei der Reduktion von Gender-Pay-Gap und Vermögenskonzentration.

In Salzburg haben sich die äquivalisierten Haushaltseinkommen mit durchschnittlich 0,8 Prozent moderat entwickelt und damit deutlich langsamer als das Produktivitätswachstum. Die Spreizung der Einkommen ist in Salzburg etwas geringer als im Österreichvergleich. Etwas geringer ist mit 14 Prozent auch der Anteil der Menschen die armuts- oder ausgrenzungsgefährdet sind, in Österreich sind es mehr als 17 Prozent. Der ohnehin hohe Gender-Pay-Gap liegt in Salzburg dagegen 3 Prozentpunkte über dem österreichischen Wert und sinkt nur langsam.

Beim Ziel eines fair verteilten materiellen Wohlstands sind Fortschritte nur teilweise und in kleinen Schritten zu erkennen; immerhin haben die Maßnahmen der Covid-Krisenpolitik in Österreich schlimmere Wohlstandsverluste verhindert, wenn auch eine Reihe von Maßnahmen sozial und wirtschaftlich fragwürdig waren.

Parallel zur Mitte 2021 einsetzenden Erholung von Wirtschaft und Beschäftigung sind allerdings wahrscheinlich Konsolidierungsmaßnahmen zu treffen, die dann wieder Wohlstand kosten. Bei einem Schwerpunkt auf vermögensbezogene Steuern, kann der Wohlstandsverlust jedoch auf jene Teile der Bevölkerung begrenzt werden, die im Wesentlichen lediglich ihre Sparquote reduzieren müssen, nicht ihren Konsum.

Künftig gilt es, innerhalb des Ziels eines fair verteilten materiellen Wohlstandes verstärktes Augenmerk auf die Verteilungsaspekte zu legen. Wie Forschungsergebnisse zeigen¹³, steht eine egalitäre Verteilung auch nicht im Widerspruch zu insgesamt wachsendem Wohlstand, sondern erhöht diesen: Die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die gesellschaftliche Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen erhöhen nämlich die Produktivität.

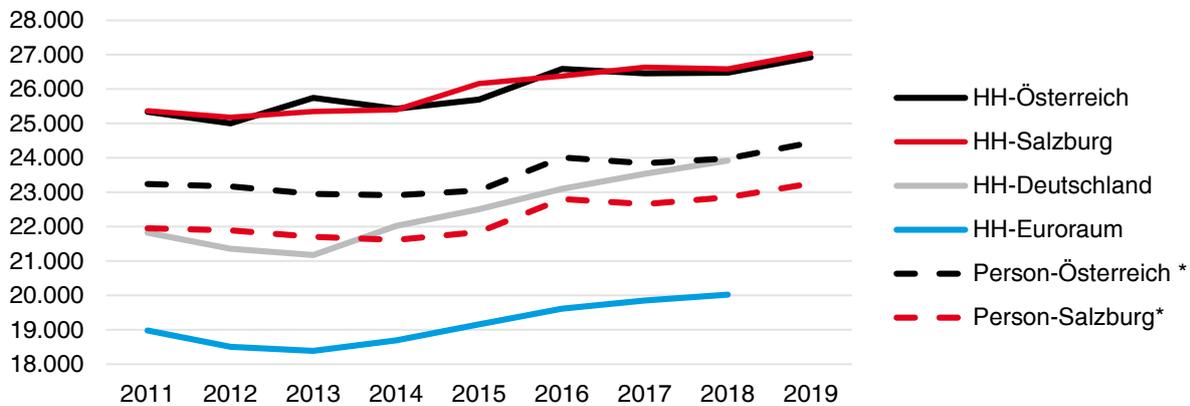
Bewertung

Insgesamt summiert sich die Bewertung der Indikatoren in der Dimension „Fair verteilter materieller Wohlstand“ auf -1. Wie aus dem Spinnennetzdiagramm ersichtlich, wird die Verteilung der Vermögen angesichts der unverändert hohen Vermögenskonzentration so wie bei unserem ersten Wohlstandsbericht 2019 negativ bewertet, die Entwicklung bei der Vermeidung von Armut und Ausgrenzung angesichts leicht gesunkener Betroffenenzahlen dagegen leicht positiv. Ebenso unverändert stellt sich die Verteilung der Einkommen dar. Die real verfügbaren Einkommen haben sich nur moderat entwickelt und die nach wie vor große Lücke zwischen Frauen- und Männereinkommen schließt sich viel zu langsam.

13 OECD (2015): In it together: Why less inequality benefits all. <http://www.oecd.org/social/in-it-together-why-less-inequality-benefits-all-9789264235120-en.htm> (8.10.2019).

2.1 Real verfügbare Einkommen

Abbildung 2: Real verfügbare Einkommen in Salzburg, Österreich, Deutschland, Europa



Quelle: Eurostat, Lohnsteuerstatistik, eigene Berechnungen; eigene Darstellung

Beschreibung

Erwerbseinkommen bzw. Löhne bestimmen zusammen mit den Preisen ganz wesentlich die Möglichkeiten der Lebensführung und des Lebensstandards.

Für unseren Indikator reales Netto- Einkommen ziehen wir zwei Quellen zu den Einkommen heran und ergänzen diese um Beobachtungen zum regionalen Preisniveau. Einerseits berücksichtigen wir die Löhne der unselbständig Beschäftigten im Bundesland Salzburg als die mit Abstand größte Gruppe der Einkommensbezieher. Diese Markteinkommen, die auf einen Blick auf dem Lohnzettel sichtbar sind, bewerten wir auf Basis der Lohnsteuerstatistik „real“, also unter Berücksichtigung der Teuerung.

Zum zweiten ziehen wir die tatsächlich verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte heran, die sie die Konsummöglichkeiten von Haushalten wesentlich bestimmen. Wir verwenden dafür das Berechnungsverfahren von Eurostat, weil es als einzige Datenquelle eine nach der Haushaltsgröße differenzierte Betrachtung des Gesamteinkommens eines Haushalts ermöglicht. Beim tatsächlich verfügbaren Haushaltseinkommen werden zu den Erwerbseinkommen der Haushaltsmitglieder auch staatliche Geldleistungen wie Pensionen oder Kinderbeihilfen dazugerechnet. Das sog. Äquivalenz- Haushaltseinkommen wird in mehreren Schritten berechnet: Die Ausgangsbasis bilden alle Einkommen die dem Haushalt in einem Jahr zufließen: Einkommen aus Erwerbsarbeit, Pensionen, Sozialleistungen (z.B. Kinderbeihilfen) Die verfügbaren Haushaltseinkommen werden dann bedarfsgewichtet (erste Person mit Gewicht von 1, jede weitere Person ab 15 Jahren mit 0,5 und Kinder bis 14 Jahren mit je 0,3) auf Köpfe umgerechnet. Das äquivalisierte Haushaltseinkommen wird jeder Person des Haushalts zugeschrieben und entspricht jenem Lebensstandard, den ein Einpersonenhaushalt mit diesem Einkommen erzielen kann. Auch hier bereinigen wir die nominellen Beträge um die Preisentwicklung. (Da für das Bundesland Salzburg die Stichproben aus EU-SILC als Datenquelle klein sind, werden die Haushaltseinkommen eines Jahres vergrößert indem dem Bezugsjahr das Vor- und das Folgejahr hinzugefügt werden und davon der Durchschnitt genommen wird. Um die Werte für Österreich vergleichen zu können wird hier genauso verfahren.)

Zielwert

Steigende Einkommen sind nicht nur unmittelbare Ziele einer an Wohlstand und Lebensqualität orientierten Politik, auch individuelles Wohlbefinden steht in klarem Zusammenhang mit der Höhe des Einkommens. Das Ziel für die real verfügbaren Einkommen sehen wir dann erreicht, wenn dieses im Ausmaß des langfristigen gesellschaftlichen Produktivitätsfortschritts pro Kopf steigt. In Salzburg betrug der Produktivitätsfortschritt 1,3 Prozent pro Jahr im Zeitraum zwischen 2000 und 2019.

Anzumerken ist allerdings gerade in Zeiten der Pandemie, dass Wohlstand nicht nur vom verfügbaren Einkommen, sondern auch vom Umfang und der Qualität sozialer Sachleistungen (z.B. in der Gesundheitsversorgung) abhängt. Es ist daher stets zu überprüfen, ob ein Zuwachs des verfügbaren Einkommens nicht auf Kosten sachleistungseinschränkender Abgabensenkungen erreicht wird.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Die realen Nettoeinkommen der unselbständig Beschäftigten sind zwischen 2011 und 2019 mit 5,2 Prozent für Österreich und 5,2 Prozent für Salzburg nur schwach gewachsen. Das jährliche mittlere Wachstum betrug 0,6 Prozent in Österreich und 0,7 Prozent in Salzburg. Über das Jahrzehnt bleibt der Abstand Salzburgs bei deutlich über 1000 Euro Einkommensunterschied konstant. Die wesentlichen Ursachen für die geringen Personen-Einkommen Salzburgs liegen im hohen Dienstleistungsanteil der Salzburger Wirtschaft und der hohen Frauenerwerbsquote.

Bei den äquivalisierten Haushaltseinkommen ist zunächst das hohe Niveau des verfügbaren Einkommens in Österreich wie in Salzburg in der Mitte der Gesellschaft bemerkenswert (zweit-höchster Wert der EU, vgl. Marterbauer 2020¹⁴). Der Vorsprung gegenüber Deutschland und der Eurozone ist hier deutlich größer als etwa bei der durchschnittlichen Pro-Kopf-Produktivität. Das ist auf den deutlich besser ausgebauten Sozialstaat (mit seinen Geldleistungen) und das intakte Kollektivvertragssystem zurückzuführen.

Das mittlere jährliche Wachstum des äquivalisierten Netto-Jahreseinkommens zwischen 2011 und 2019 beträgt in Österreich wie in Salzburg 0,8 Prozent und liegt damit geringfügig über dem Wachstum der Personeneinkommen. Insgesamt bleibt der Zuwachs sowohl bei den Personen-Einkommen als auch bei den Haushaltseinkommen in Salzburg deutlich hinter dem Produktivitätswachstum dieser Periode (Salzburg: 1.3 Prozent) zurück, womit der Zielwert – ein Einkommenszuwachs entlang der Produktivität – verfehlt wird.

14 Marterbauer, Markus (2020): Österreich beim materiellen Wohlstand an der Spitze der EU. <https://awblog.at/materieller-wohlstand-im-eu-vergleich/>

Wie sich die mittleren Einkommen durch die Covid-Krise entwickeln ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht abschließend einzuschätzen. Die gegenwärtige Entwicklung ist aber hier auch nicht Gegenstand der Bewertung. Mittelfristig bleibt das Wachstum der realen Einkommen deutlich hinter dem Zielwert zurück, das Niveau der real verfügbaren Einkommen ist aber im Vergleich hoch, daher sehen wir insgesamt eine neutrale Entwicklung und bewerten den Indikator mit 0.



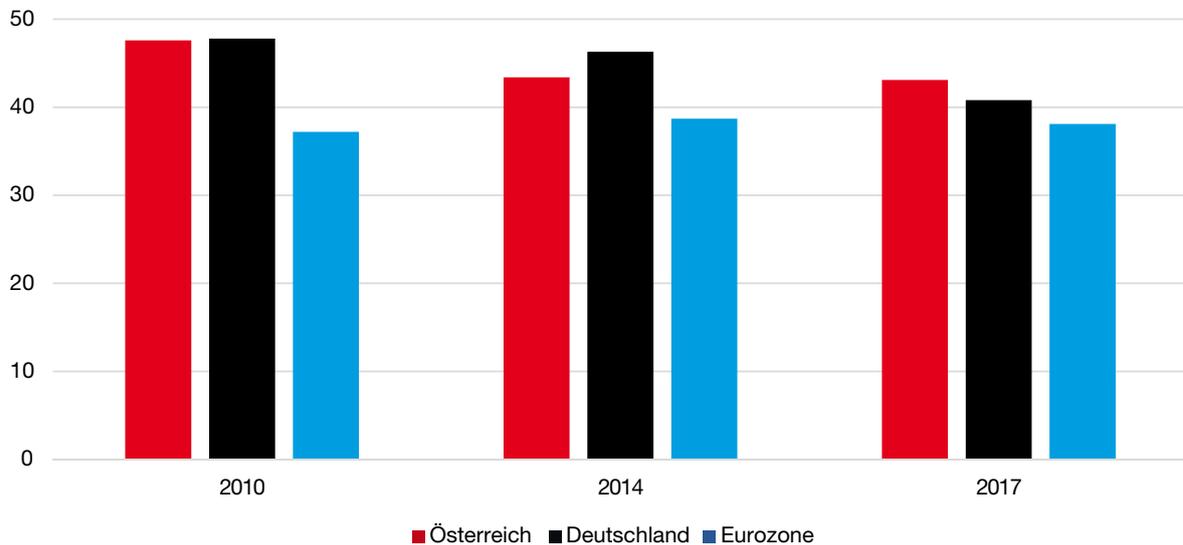
Angemerkt muss zur Kaufkraft in Salzburg werden, dass diese höher sein könnte, wenn die Preise niedriger wären. Zwar existiert unterhalb des österreichischen nationalen Verbraucherpreisindex kein Instrument zur verlässlichen und umfassenden regionalen Preismessung, dennoch zeigen wiederholte Studien und regelmäßige Preiserhebungen durch die AK immer wieder, dass die Preise nicht nur für Mieten in Salzburg besonders hoch sind. Auch für Lebensmittel oder Drogeriewaren sind in Salzburg höhere Preise zu zahlen als im benachbarten deutschen Grenzgebiet.

Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Die Covid-19-Krise verlangt nach aktiven Maßnahmen der Konjunktur-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik zur Stabilisierung des materiellen Wohlstands. Darüber hinaus gilt es allgemein für gute kollektivvertragliche Lohnabschlüsse zu sorgen, die für das mittlere real verfügbare Einkommen zentral sind. Auch andere Wohlstandsziele (Verteilung, Beschäftigung, Leistungsbilanz, stabile Staatstätigkeit) sprechen für gute Lohnabschlüsse. Wichtig wäre eine Steuerstrukturreform, die Arbeitseinkommen begünstigt, hingegen Vermögen belastet und Umweltziele verfolgt. Langfristig ist es von besonderer Bedeutung, die gesamtwirtschaftliche Produktivität durch gelungene gesamtwirtschaftliche Steuerung sowie Investitionen, Bildung und Innovation zu heben.

2.2 Vermögensverteilung

Abbildung 3: Anteil der TOP-5 am gesamten Nettovermögen



Quelle: EZB

Beschreibung

Vermögensungleichheit hat viele unterschiedliche Dimensionen, und kein einzelner Indikator kann die Komplexität ausreichend abbilden. Der von uns verwendete Indikator ist international gebräuchlich und gibt an, welchen Anteil die reichsten 5 Prozent der Haushalte am gesamten Nettovermögen besitzen. Je größer dieser Anteil, desto höher ist die Vermögenskonzentration. Die Maßzahl gibt damit einen Eindruck davon, wie stark die Konzentration des Nettovermögens am oberen Ende der Verteilung ist.

Mangels steuerlicher Erfassung von Vermögen in Österreich sind Haushaltserhebungen die verlässlichste Quelle um einen Eindruck von der Verteilung des Vermögens zu bekommen. In mittlerweile drei Wellen hat die Europäische Zentralbank mit dem „Household Finance and Consumption Survey (HFCS)“ in den Euroländern eine harmonisierte Stichprobenerhebung durchgeführt. Das Nettovermögen ist die Summe der Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten. Eine wichtige Einschränkung ist, dass extrem reiche Haushalte in freiwilligen Erhebungen nur mit sehr großem Aufwand erreicht und zur Teilnahme bewegt werden können und deshalb in den Daten untererfasst sind. Bei der Hinzuschätzung dieser sehr reichen Haushalte wäre die Vermögenskonzentration noch höher als in den hier verwendeten Rohdaten des HFCS.

Zielwert

Wie bei der Einkommensungleichheit gibt es für die Vermögensverteilung keinen eindeutig zu bestimmenden Zielwert. Bei vollkommen gleicher Verteilung der Nettovermögen würde der Indikator bei 5 Prozent liegen, der Vermögensanteil würde also exakt dem Bevölkerungsanteil entsprechen. Tatsächlich haben die reichsten 5 Prozent in Österreich allerdings weit über 40 Prozent des Nettovermögens. Da Österreich auch im europäischen Vergleich eine weit überdurchschnittliche Vermögenskonzentration aufweist, ist die klare Zielsetzung eine deutliche Verringerung des aktuellen Niveaus.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Vermögen sind seit den 1980er Jahren nahezu überall schneller gewachsen (rd. 5 Prozent jährlich) als das Wirtschaftswachstum (rd. 2 Prozent jährlich). Statistisch gesehen erklären Erbschaften und Schenkungen die ungleiche Vermögenslage weit stärker als Alter, Bildung oder Erwerbseinkommen. Einkommen aus Arbeit konnte mit Vermögenseinkommen nicht Schritt halten. Weil Arbeit stärker besteuert ist als Vermögenseinkommen musste die Ungleichheit zugunsten der sehr Wohlhabenden zunehmen. Die Vermögenskonzentration wurde befördert durch politische Maßnahmen wie Unternehmenssteuersenkungen, Privatisierungen, Duldung von Steueroasen und Finanzliberalisierungen.

Die langfristige Entwicklung der Vermögensungleichheit kann mit den Daten des hier verwendeten Indikators nicht beobachtet werden. Im Beobachtungszeitraum 2010-2017 zeigt sich keine merkliche Veränderung der Vermögenskonzentration. Österreich bleibt gemeinsam mit Deutschland eines der Länder mit der größten Vermögensungleichheit in der Eurozone. Die obersten fünf Prozent der Vermögenden besitzen in den Rohdaten mehr als 43 Prozent des gesamten Nettovermögens. Schätzt man nach wissenschaftlichen Standards die untererfassten extrem Vermögenden dazu erhöht sich der Wert auf 55 Prozent.¹⁵ Eine im Auftrag der AK Salzburg durchgeführte Sonderauswertung der HFCS-Rohdaten nach Vermögensfünfteln für Salzburg zeigt, dass die obersten 20 Prozent der Haushalte rd. 48 Prozent des gesamten Vermögens halten, etwas weniger als in Gesamtösterreich. Die untersten 20 Prozent der Haushalte besitzen in Salzburg gar kein Nettovermögen, in Österreich besitzen sie 1 Prozent.

Bislang fehlen Daten, die die Auswirkungen der Covid-19-Krise berücksichtigen. Es gibt aber Hinweise darauf, dass die Vermögensverteilung noch ungleicher geworden ist. Einerseits haben sich Einnahmefälle auf die untere Verteilungshälfte konzentriert und die ohnehin bescheidenen Möglichkeiten der Vermögensbildung beeinträchtigt, auf der anderen Seite zählen sehr reiche Menschen global gesehen zu den GewinnerInnen der Krise, zumindest an den Finanzmärkten wurden die Vorkrisenniveaus rasch wieder erreicht.

Berücksichtigt werden muss freilich, dass ein hohes Vermögen vieler Menschen nicht gleichbedeutend mit einem guten Leben für alle in der Gesellschaft ist, denn ein gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat reduziert die Notwendigkeit, privates Vermögen anzusparen. Bei europäischen Vergleichen von Vermögensungleichheit muss daher die unterschiedliche Ausgestaltung der Sozialsysteme berücksichtigt werden (Fessler/Schürz 2018).

¹⁵ Heck, I.; Kapeller, J.; Wildauer, R.: Vermögenskonzentration in Österreich – Ein Update auf Basis des HFCS 2017, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 206, Wien 2020

Die öffentlichen Pensions-, Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrssysteme sorgen in Österreich dafür, dass ein gutes Leben auch ohne großes privates Vermögen möglich ist. Ein breiter öffentlicher und genossenschaftlicher Wohnbausektor führt zu einer im Vergleich niedrigen Eigenumsquote. Der Sozialstaat kann somit als Vermögen der breiten Mittelschicht gesehen werden.

Nichtsdestoweniger birgt eine starke Konzentration des Vermögens am oberen Ende der Verteilung die ständige Gefahr ökonomischer Instabilität durch Spekulation. Zu hohe Vermögensunterschiede verstärken zudem soziale Polarisierung, politische Machtungleichgewichte und sind potentiell demokratiegefährdend.¹⁶ Wer über ein hohes Vermögen verfügt, hat andere Möglichkeiten seine Interessen durchzusetzen. Mit Vehemenz wehren sich viele Vermögende bisher erfolgreich gegen Vermögens- oder Erbschaftssteuern.

Solange keine politischen Maßnahmen zur Reduktion der Vermögenskonzentration vorgenommen werden, bleibt dieses Drohpotenzial auch in naher Zukunft bestehen. Somit bewerten wir die aktuelle und prognostizierte Entwicklung des Indikators mit -1.



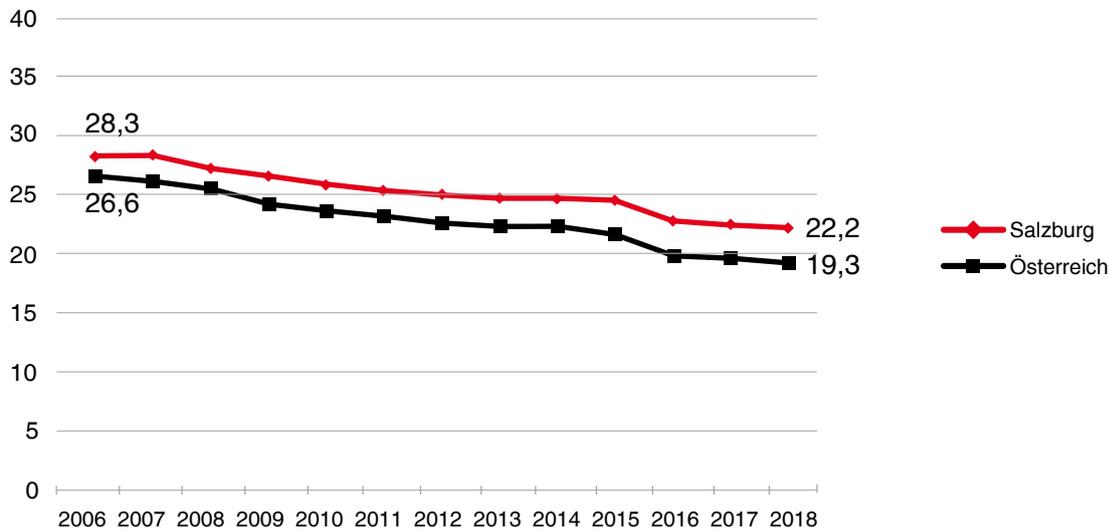
Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

In der Covid-19-Krise hat sich die wichtige Rolle eines gut ausgebauten Sozialstaats und Gesundheitswesens gezeigt. Die Finanzierung der öffentlichen Leistungen sowie die Kosten der Krise müssen nun verstärkt von jenen getragen werden, die es sich leisten können. Aktuell beruht die Finanzierung des Sozialstaats hauptsächlich auf dem Faktor Arbeit, während es in kaum einem anderen OECD-Land eine geringere Besteuerung von Vermögen gibt als in Österreich. Das führt dazu, dass die großen Vermögen rasch noch größer werden und von Generation zu Generation weitergegeben werden. Eine Besteuerung von Vermögen und Erbschaften ist eine Voraussetzung für mehr Chancengleichheit, eine solide Finanzierung des Sozialstaats sowie eine solidarische Bewältigung der Covid-19-Krise und der anfallenden Kosten.

16 Schürz, M.: Überreichtum. Wien 2019

2.3 Gender-Pay-Gap

Abbildung 4: Gender Pay Gap (Ganzjährig Vollzeitbeschäftigte)



Quelle: Lohnsteuerstatistik, eigene Berechnungen

Beschreibung

Der Gender Pay Gap misst den Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Fraueneinkommen in Relation zum durchschnittlichen Männereinkommen ausgedrückt in Prozent. Ein solcher Indikator wird weithin verwendet um die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt und ihre ökonomische Stellung zu messen. Für die ganz überwiegende Zahl der Menschen ist das Arbeitseinkommen die Grundlage ihrer Existenz, deswegen eignet sich dieser Ansatzpunkt bestens, um die Frage der wirtschaftlichen Gleichstellung der Geschlechter zu beleuchten. Als Datenbasis werden die durchschnittlichen Einkommen ganzjährig vollzeitbeschäftigter Frauen und Männern herangezogen (Lohnsteuerstatistik), um einen möglichst genauen Vergleich zu ermöglichen.

Der Gender Pay Gap ist das Produkt einer Vielzahl von strukturellen Benachteiligungen, die zum Teil dem Arbeitsmarkt vorgelagert sind (Bildungssystem, unbezahlte Arbeit, Unterbrechung aufgrund einer Geburt) und zum Teil am Arbeitsmarkt selbst stattfinden (Arbeitsbewertung, Aufstiegschancen, Einkommensdiskriminierung). Alle diese Elemente beeinflussen die Wohlfahrt der Betroffenen, werden aber mit anderen Indikatoren des AK-Wohlstandsberichts abgedeckt. Ebenso wird die Problematik, dass der Gender Pay Gap auch dann kleiner wird, wenn die Einkommen der Männer sinken und sich damit die Wohlfahrt verringert, durch die Einbettung des Indikators in das Set aufgefangen.

Zielwert

Der Zielwert beträgt bei diesem Indikator 0. Auch wenn die Erreichung dieses Werts nicht in greifbarer Nähe liegt, bleibt die gesamtgesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern ein Ziel, auf das sich wohlstandsorientierte Politik hinbewegen muss. Dieser Wert würde dem Bestwert der Skala des Wohlstandsberichts von +2 Punkten entsprechen.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Der Gender Pay Gap ganzjährig Vollzeitbeschäftigter liegt im Bundesland Salzburg im Jahr 2018 bei 22,2 Prozent und hat sich in der Längsschnittbetrachtung nur geringfügig geändert (2006: 28,3 Prozent). Im Bundesländervergleich reiht sich Salzburg damit in der Mitte ein, im Vergleich zum Österreichschnitt weist Salzburg einen um knapp 3 Prozentpunkte höheren Gender Pay Gap auf und dies konstant über den Beobachtungszeitraum.

Obwohl Frauen mittlerweile im Schnitt höhere Abschlüsse vorweisen, können sie diese oftmals nicht in gleicher Weise verwerten wie Männer. Familiär bedingte Unterbrechungen wegen Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen treffen nach wie vor überwiegend auf Frauen zu. Dies lässt in vielen Fällen das Einkommen stagnieren, fehlende Betreuungseinrichtungen oder stark eingeschränkte Öffnungszeiten sind zusätzliche Hemmnisse, die es Frauen erschweren, einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen. Die starke dienstleistungsorientierte Branchenstruktur Salzburgs, in welcher überdurchschnittlich viele Frauen arbeiten, weist ein durchwegs niedrigeres Lohnniveau auf, als männlich dominierte Branchen. Insbesondere bei der Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung, zeigt sich Salzburg im Österreichvergleich eher zurückhaltend (siehe Indikator Geschlechtergerechte Betreuungsarbeit). Diese Aspekte wirken sich maßgeblich auf die Einkommenshöhe und den Gender Pay Gap aus. Bei anderen gibt es ebenfalls kaum Bewegung, etwa bei Frauen in Führungspositionen oder der atypischen Berufsausbildung. Auch bei Einbeziehung aller Variablen, mit welchen man den Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern zu erklären versucht, bleibt ein Restbetrag über, welcher auf eine reine Einkommensdiskriminierung aufgrund des Geschlechts zurückzuführen ist. Insgesamt bewerten wir die Entwicklung – trotz eines positiven Trends – mit der Note 0, da das Niveau sowohl absolut als auch relativ im Vergleich zum Bund, aber auch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern extrem hoch ist und nur sehr langsam sinkt. Das Ziel einer gleichen Bezahlung ist in weiter Ferne, und selbst ein Rückgang auf ein ohnehin hohes europäisches Durchschnittsniveau ist innerhalb des Analysezeitraums – ohne derzeit nicht zu erkennende zusätzliche Maßnahmen – nicht möglich.



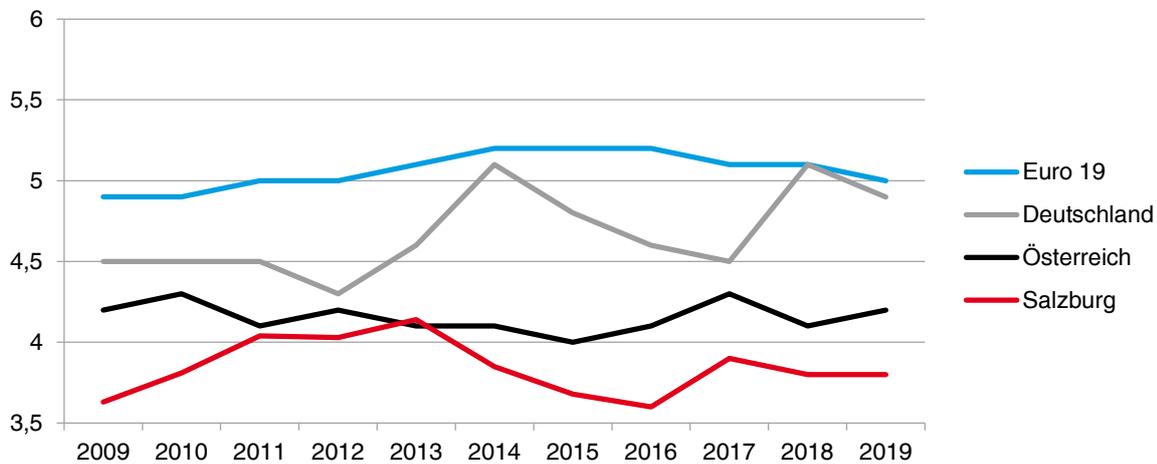
Die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf den Gender-Pay-Gap sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwer abschätzbar. Offen ist, ob Frauen wieder schnell auf den Arbeitsmarkt zurückkehren können und werden. Da Frauen die Hauptlast der unbezahlten Arbeit vor, während und auch nach der Krise übernehmen, droht die Gefahr, dass, vor allem jene mit niedrigerem Bildungsniveau, bei der Rückkehr auf den Arbeitsmarkt benachteiligt werden, da Männer als flexibler gelten. Dies würde zu einer Verkleinerung des Gender Pay Gap führen, aber unter falschen Vorzeichen.

Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Wie ausgeführt, hat der Gender Pay Gap eine Fülle von Ursachen, dem entsprechend braucht es eine ganze Reihe von Ansätzen, um ihn zu reduzieren: Transparenz bei Einkommen, Stellenbesetzungen und Beförderungen. Flächendeckende, leistbare und qualitätsvolle Kinderbetreuung und Elementarbildung, ein Steuer- und Sozialsystem das partnerschaftliche Teilung fördert, jegliche Förderung für junge Menschen, die sich für einen für ihr Geschlecht untypischen Beruf interessieren und eine Arbeitszeitpolitik, die zuallererst die überlangen Arbeitszeiten ins Visier nimmt und auch über eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit nachdenkt.

2.4 Einkommensverteilung

Abbildung 5: Abb. S80/S20 der real verfügbaren Haushaltseinkommen



Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Darstellung

Beschreibung

S80/S20 ist ein international gebräuchliches Einkommensverteilungsmaß. Dabei werden die Haushalte nach der Höhe ihres Einkommens gereiht und in Fünftel (Quintile) eingeteilt. Die Summe der Einkommen aus dem obersten Quintil, dividiert durch die Summe der Einkommen aus dem untersten Quintil, ergibt dann den Wert für das S80/S20-Verhältnis.

Die Interpretation ist recht einfach: der Wert gibt an, um wieviel mehr Einkommen das einkommensstärkste Fünftel der Bevölkerung als das einkommensschwächste Fünftel der Bevölkerung zur Verfügung hat. Steigt dieses Verhältnis, nimmt die Ungleichheit der Verteilung zu, sinkt das Verhältnis nimmt die Einkommensungleichheit ab. Unter Einkommen wird das äquivalisierte (also bedarfsgewichtete) verfügbare Netto-Haushaltseinkommen (inkl. monetärer Sozialtransfers) verstanden. Die Datenbasis für die Haushaltseinkommen ist die europaweit harmonisierte Erhebung EU-SILC.

Oft wird der Gini-Koeffizient als Verteilungsmaß herangezogen, allerdings weist dieser Schwächen bei der Messung der Verteilungsränder auf und ist nicht leicht zu interpretieren. Aber auch beim S80/S20-Indikator muss angemerkt werden, dass er die Ungleichheit tendenziell unterschätzt, weil die zugrundeliegenden Daten vor allem die einkommensreichsten Haushalte nur unzureichend abdecken. Dennoch bietet der S80/S20-Indikator aus EU-SILC die beste Möglichkeit, die Einkommens- und Ungleichheitsentwicklung auch im internationalen Vergleich nachzuzeichnen.

Zielwert

Über einen Zielwert für die optimale Verteilung von Haushaltseinkommen gibt es in der wissenschaftlichen Literatur kein Einvernehmen. Lediglich eine extrem hohe Einkommensungleichheit sowie eine totale Einkommensgleichverteilung wird von den meisten WissenschaftlerInnen abgelehnt.

Während wirtschaftsliberale ÖkonomInnen Einkommensungleichheit als Leistungsanreiz und Produktivitätsmotor rechtfertigen, sehen viele Sozial- und WirtschaftswissenschaftlerInnen die Gefahren von zu hoher Ungleichheit. Dies wird auch von zahlreiche empirische Studien bestätigt, die Einkommensungleichheit als eine wichtige Ursache vieler gesellschaftlicher sowie wirtschaftlicher Probleme identifizieren: sinkende Lebenszufriedenheit, zunehmende Armutsgefährdung, höhere Suizidraten, steigende Kriminalität, u.v.m.; aber auch ökonomische Nachteile wie mangelnde Konsumnachfrage oder erhöhte Spekulation wie im Vorfeld der Wirtschaftskrise 2008 sind eine Folge zu hoher Einkommensungleichheit. Das Ziel für diesen Indikator sollte somit ein sinkender Wert sein bei dem sich die unteren Einkommen den oberen angleichen.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Werden die Verteilungsmaße für die verfügbaren Haushaltseinkommen in Europa verglichen zählt Österreich zu jenen Ländern mit einer relativ niedrigen Ungleichheit. Diese Beobachtung gilt nicht nur für das S80/S20-Verhältnis, sondern auch für andere Indikatoren wie den gebräuchlichen Gini-Koeffizienten. Der Grund dafür ist in erster Linie das Sozialsystem, das über Steuern und Transfers die Ungleichheit bei den Markteinkommen deutlich reduziert. Ohne Sozialstaat – insbesondere ohne öffentliche Pensionen – wäre die Armut in Österreich drei Mal so hoch. Das Steuersystem trägt hingegen unter Berücksichtigung aller Abgaben (Einkommenssteuern, Sozialversicherungsabgaben, Konsumsteuern etc.) weniger zur direkten Umverteilung bei.

In Salzburg betragen die real verfügbaren Haushaltseinkommen des oberen Einkommensfünftels im Jahr 2019 das 3,8fache des unteren Einkommensfünftels. Die Einkommensungleichheit ist damit so hoch wie im Jahr 2010. Dehnt man den Beobachtungszeitraum allerdings bis in die 1970er Jahre aus, ist ein spürbarer Anstieg der Einkommensungleichheit zu erkennen. Vor allem die Spitze der Einkommensverteilung hat heute einen deutlich höheren Anteil am Gesamteinkommen als noch vor 40 Jahren.

Im Vergleich liegt die Einkommensungleichheit in Salzburg unterhalb des gesamtösterreichischen Werts von 4,2 oder der Ungleichheit in Deutschland, wo das obere Fünftel über das 4,9fache der Einkommen des unteren Einkommensfünftels verfügt. Im Euro-19 Raum liegt die Einkommensungleichheit mit 5 noch etwas höher.

Ursächlich für den besseren Salzburger Wert sind vor allem die niedrige Quote bei der Unterbeschäftigung (siehe Indikator Normalarbeitsverhältnisse), die höhere Erwerbsquote (siehe Indikator Erwerbsquote).

Über die letzten 10 Jahre hat sich der Wert des Indikators dem Zielwert (einer sinkenden Ungleichheit) nicht angenähert, sondern ist unverändert. Im nationalen und internationalen Vergleich ist die Einkommensungleichheit in Salzburg niedrig.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass durch die Covid-19 Krise ein Anstieg der Einkommensungleichheit sehr wahrscheinlich ist, wenn auch dazu noch keine verlässlichen Daten vorliegen. Das ist vor allem durch die drastische Erhöhung der Arbeitslosenrate sowie durch die starke Verbreitung von Kurzarbeit zu begründen. In beiden Fällen sind Beschäftigte von hohen Einkommensausfällen betroffen, denn bei Arbeitslosigkeit liegt die Nettoersatzrate bei 55 Prozent und bei Kurzarbeit je nach Einkommen zwischen 80 und 90 Prozent.

Wir bewerten den Indikator daher auf der 5-teiligen Skala mit 0.



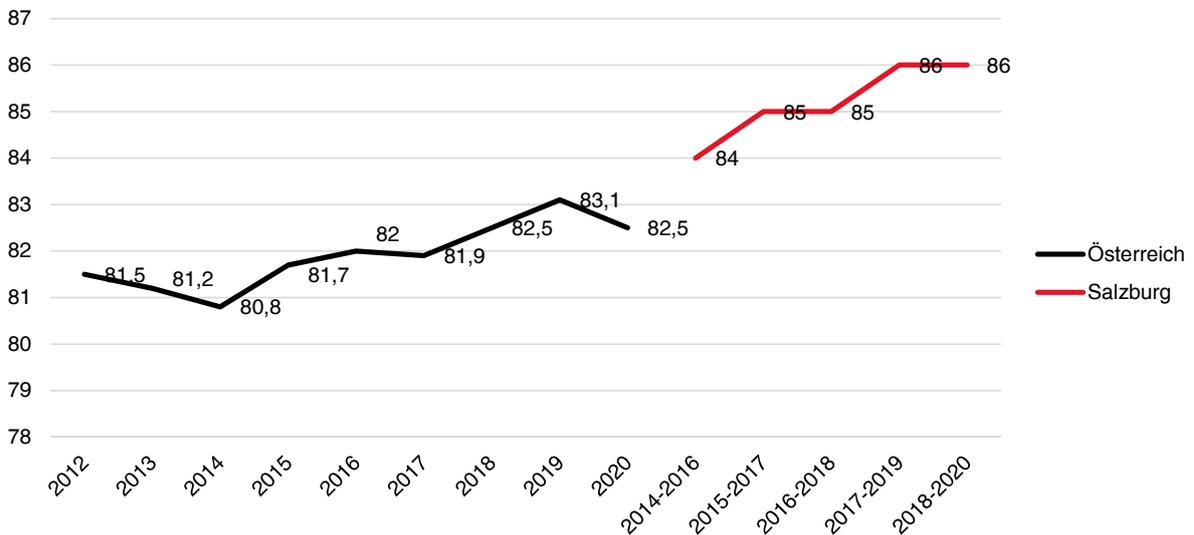
Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Die günstige Wirkung des österreichischen Sozialstaats bei der Verhinderung einer noch ungleicheren Einkommensverteilung wird durch den internationalen Vergleich bestätigt. Das Steuersystem, vor allem aber (monetäre) Transferleistungen sorgen für eine im europäischen Vergleich moderate Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen, ohne die die Einkommensschere deutlich größer wäre. Auch die Armutsgefährdung (siehe Indikator Vermeidung von Armut und Ausgrenzung) ist in Österreich und Salzburg im Vergleich niedriger. Einschnitte bei den öffentlichen Leistungen würden die Ungleichheit dagegen drastisch ansteigen lassen. Auf der Steuerseite gibt es indessen Spielraum für eine Entlastung von Arbeitseinkommen, wenn im Gegenzug hohe Vermögen stärker zur Finanzierung des Sozialstaates herangezogen werden.

Es geht aber nicht nur darum, durch staatliche Umverteilung für eine gleichere Einkommensverteilung zu sorgen. Ein Ziel ist auch, die Ungleichheit schon bei den Markteinkommen einzudämmen. Hier sind die tariflichen Lohnabschlüsse und ein hoher Deckungsgrad der Kollektivverträge entscheidend. Ein Rückbau der Kollektivverträge würde die Ungleichheit der Markteinkommen erheblich vergrößern und die Umverteilungswirkungen des Sozialstaates vor große Herausforderungen stellen. Zudem ist der Anstieg atypischer Beschäftigungsverhältnisse ein Faktor für höhere Ungleichheit. Die zunehmende Anzahl von Menschen ohne stabile Beschäftigungsverläufe erhöht nicht nur die aktuelle Einkommensungleichheit, sondern kann auch nach dem Erwerbsleben zu erhöhter Altersarmut führen.

2.5 Vermeidung von Armut und Ausgrenzung

Abbildung 6: Anteil der nicht armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen



Quelle: Statistik Austria EU-SILC bzw. Sonderauswertung

Beschreibung

Der Indikator „armuts- oder ausgrenzungsgefährdet“ („AAG“) kombiniert die relative Kennzahl „Armutsgefährdung“ mit einer Kennzahl für absolute Armutskriterien („erhebliche materielle Deprivation“) sowie der Kennzahl „keine oder sehr niedrige Erwerbsintensität“.

Als „armutsgefährdet“ gelten Personen, deren Haushaltseinkommen¹⁷ unter der Armutsgefährdungsschwelle von 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens liegt. Als „erheblich materiell depriviert“ gelten Personen in Haushalten, die sich grundlegende Dinge, wie z.B. ein angemessenes Warmhalten der Wohnung, einen jährlichen Urlaub, einen PKW, einen Fernseher nicht leisten können oder Zahlungsrückstände bei Miete, Strom oder Kreditraten haben. Die Dimension „Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität“ bezeichnet Haushalte, in denen weniger als 20 Prozent des Erwerbspotentials des Haushaltes von Personen zwischen 18 und 59 Jahren ausgeschöpft wird.

Ein Umkehrung des Indikators „armuts- oder ausgrenzungsgefährdet“ („AGG“) in den Indikator „nicht armuts- oder ausgrenzungsgefährdet“ („nAAG“) ergibt eine politisch erstrebenswerte Zielsetzung für eine – gemessen an der ökonomischen Leistungsfähigkeit – sehr wohlhabende Region vor.

¹⁷ = äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen: Einkommen eines Haushaltes nach Steuern und Transfers. Zur besseren Vergleichbarkeit werden die Haushaltseinkommen nach der Anzahl der Haushaltsmitglieder gewichtet: Die erste erwachsene Person im Haushalt bekommt ein Gewicht von 1, jede weitere erwachsene Person im Haushalt 0,5 und jedes Kind 0,3 als Gewicht. Geteilt durch die Summe der Gewichte, so ergibt sich das äquivalisierte Haushaltseinkommen.

Zielwert

Der wünschenswerte Zielwert beim Indikator „Nicht armuts- oder ausgrenzungsgefährdet“ beträgt 100 Prozent.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Das Bundesland Salzburg befindet sich im Vergleich zu Österreich (genauso wie Österreich im europäischen Vergleich) in einer durchwegs guten Ausgangsposition. Der Dreijahresdurchschnittswert aus den Erhebungen EU-SILC 2018-2020, zeigt, dass die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdungsquote im Bundesland Salzburg 14 Prozent (76.000 Personen) beträgt und in den letzten Jahren gleich geblieben bzw. gesunken ist. Somit sind 86 Prozent nicht armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. In Österreich liegt der entsprechende Anteil mit 82,5 Prozent unter jenem im Bundesland Salzburg, der Wert der Euro-19-Länder lag 2019 bei 79,2 Prozent¹⁸.

Exkurs Covid-19-Pandemie: Die Zahlen beziehen sich auf die Einkommensdaten aus dem Jahr 2019 und geben noch keinen Rückschluss zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Armutsbetroffenheit. Bei der Befragung 2020 war aber eine deutlich pessimistischere Perspektive bei der Einschätzung der Entwicklung des Haushaltseinkommens in den nächsten 12 Monaten erkennbar. 2019 erwarteten 8 Prozent eine negative Entwicklung – 2020 15 Prozent. Hinsichtlich der vergangenen Entwicklung sagten 21 Prozent, dass ihr Haushaltseinkommen über die letzten zwölf Monate weniger geworden ist. 2018 und 2019 waren es noch 14 Prozent bzw. 13 Prozent. Während im März 2020 Befragte noch zu 15 Prozent (in etwa gleich viele wie in früheren Jahren) angaben, ihr Haushaltseinkommen hätte sich verringert, waren es im April und Mai 2020 knapp unter 20 Prozent und danach über 20 Prozent. Als Gründe wurden in 22 Prozent der Fälle ein Jobverlust oder Konkurs des eigenen Unternehmens genannt.¹⁹

Die wissenschaftliche Armutsforschung hat gezeigt, dass vor allem zu geringe Einkommen (Stichwort: „Working Poor“) sowie zu geringe Transferleistungen einen Anstieg des Indikators „AAG“ verursachen können. Ohne Sozialleistungen wären 24 Prozent der österreichischen Bevölkerung armutsgefährdet. Dieser Wert sinkt durch Sozialtransfers auf 14 Prozent.²⁰

Weil Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung mit 14 Prozent der Bevölkerung definitiv kein Randphänomen darstellt, Salzburg aber einen besseren Wert als der Österreichschnitt hat, bewerten wir die aktuelle Entwicklung auf unserer 5-teiligen Skala (von -2 bis +2) mit 1. Denn aus unserer Sicht sind 76.000 im Bundesland Salzburg von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen um 76.000 zu viel.



18 Eurostat.

19 Statistik Austria, Wie geht's Österreich? 2020 Indikatoren und Analysen sowie COVID19Ausblick; Statistik Austria, Kennzahlen zu Lebensbedingungen 2019 Indikatoren für soziale Inklusion in Österreich.

20 Statistik Austria, Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers nach soziodemographischen Merkmalen 2020.

Indikatorspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Oberste Priorität muss es sein, das nationale Europa 2020-Ziel einer Reduktion der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung um 235.000 Personen zu erreichen, wofür es auch aus dem Bundesland Salzburg einen entsprechenden Beitrag braucht.

Die wichtigste Vorsorge gegen Armut ist eine Beschäftigung, von der man gut leben kann. Es muss daher einer Prekarisierung am Arbeitsmarkt, der Entwicklung eines Niedriglohnssektors und der Ausweitung des Phänomens der „Working Poor“ entgegengewirkt werden.

Ein Ausbau des erweiterten Arbeitsmarktes ist notwendig, weil es für bestimmte Personengruppen immer schwieriger wird, eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden und langfristig zu behalten. Die AK Salzburg hat dazu in ihrer Expertise „Prekäre Arbeit im Bundesland Salzburg“ konkrete Maßnahmen für 100 neue gute Arbeitsplätze vorgeschlagen.

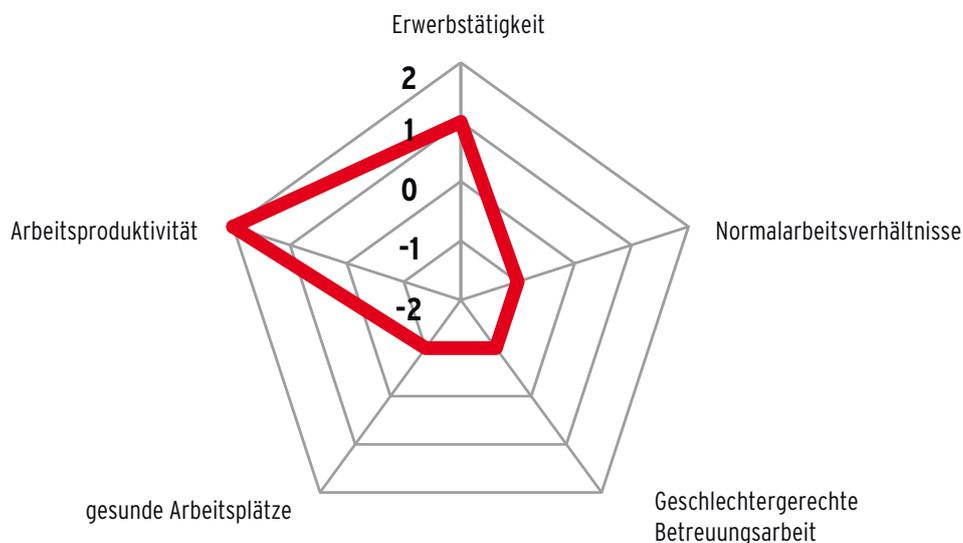
Beim letzten sozialen Netz der Sozialhilfe ist eine Neuverhandlung samt Harmonisierung auf armutsfestem Niveau anzustreben. Denn durch die Ablöse der Mindestsicherung durch die Sozialhilfe hat dieses Netz große Löcher bekommen. Das neue System widerspricht klar dem Zweck des „Armenwesens“. Statt Armut wirksam zu bekämpfen wird Ausgrenzung gefördert. Vor allem die Corona-Pandemie hat vor Augen geführt, wie wichtig das letzte soziale Netz ist.

Notwendig ist außerdem ein Ausbau der Arbeitslosenversicherung in Form einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes und Notstandshilfe auf 70 Prozent sowie eine Verlängerung des Bezuges von Arbeitslosengeld. Wir sprechen uns klar gegen eine degressive Ausgestaltung des Arbeitslosengeldes und eine Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen aus.

Letztlich braucht es auch verbesserte Bildungschancen gerade für Kinder aus armutsgefährdeten Familien, denn auch in Salzburg wird Armutsgefährdung oft vererbt und beginnt häufig schon im Elternhaus.

Kapitel 3

Dimension 2: Vollbeschäftigung und gute Arbeit



Die meisten Menschen verdienen über Erwerbsarbeit das nötige Geld, um sich und ihre Angehörigen zu versorgen und angemessen am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Einbindung möglichst aller arbeitsfähigen Menschen in gute Erwerbsarbeit sichert den sozialen Zusammenhalt. Arbeit vermittelt über Beziehungen, Sinn und Anerkennung auch wichtige nichtmaterielle Beiträge zu hoher Lebensqualität. Die Zufriedenheit mit dem Arbeitsleben gilt nicht zuletzt als wichtige Determinante der gesamten Lebenszufriedenheit.²¹

In vielen Debatten wird ein einseitiger Fokus auf eine hohe Erwerbsbeteiligung und möglichst niedrige Arbeitslosenquote gelegt. Damit wird das politische Ziel der „guten“ Arbeit aber nur sehr unzureichend eingefangen. Denn damit wird jeder „Status-Wechsel“ aus der Arbeitslosigkeit uneingeschränkt gutgeheißen, egal in welcher Form von Beschäftigung. Unserer Einschätzung nach ist dieser Zugang nicht ausreichend. Gerade in Salzburg mit seiner Dienstleistungsorientierung müssen sowohl das Ziel der Vollbeschäftigung als auch jenes der Qualität der Arbeit stärker gewichtet werden. Wir verwenden daher als Indikator das „Normalarbeitsverhältnis“, das ein nachhaltiges Einkommen und sozialen Schutz sicherstellt. Darüber hinaus bildet der Indikator „Qualität

21 Loscocco, K., & Roschelle, A. (1991): Influences on the quality of work and nonwork life: Two decades in review. *Journal of Vocational Behavior* 39, 182–225. Weisers: Argyle, M., & Martin, M. (1991): The psychological causes of happiness. In Strack, F., Argyle, M., & Schwartz, N. (Hrsg.): *Subjective Well-being: an interdisciplinary perspective*. Oxford: Pergamon Pres, 77–100

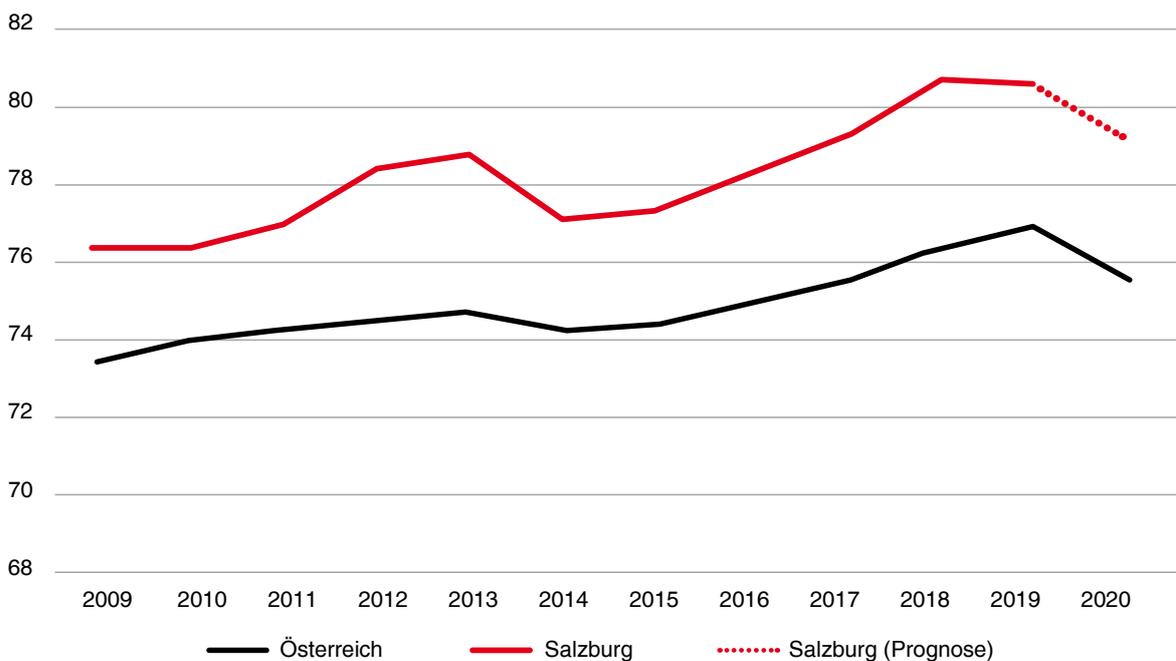
der Arbeit“ die konkreten Arbeitsbedingungen, Aspekte der Arbeitszeit, des Arbeitsklimas usw. ab. Mit dem Indikator „Geschlechtergerechte Betreuungsarbeit“ nehmen wir das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter (d.h. von Produktions- und Reproduktions-)Arbeit in den Blick, da der alleinige Fokus auf die Erwerbsarbeit einen großen Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit (Hausarbeit, Betreuungsarbeit..) ausblendet und damit strukturelle Geschlechterungleichheiten in den Hintergrund treten lässt. Die Arbeitsproduktivität als Maß für die Effizienz des Arbeitseinsatzes rundet die Dimension ab.

Bewertung

Insgesamt summieren sich die Werte der Indikatoren in der Dimension „Vollbeschäftigung und gute Arbeit“ auf 0. Positiv bewerten wir so wie schon bei unserem Bericht 2019, dass die Erwerbsquote auf nun über 80 Prozent weiterhin gestiegen ist und damit langfristig mehr Menschen in das Beschäftigungssystem einbezogen werden. Allerdings ist die Zahl der Arbeitsplätze, die umfassenden sozialen Schutz bieten seit unserem ersten Bericht 2019 von 54 Prozent auf unter 52 Prozent gesunken, was zu einer negativen Bewertung führt. Negativ ist auch, dass der Zeit- und Arbeitsdruck auf die Beschäftigten weiter steigt. Fast jede/r Dritte fühlt sich dadurch belastet. Keinen Fortschritt gibt es auch bei der Aufteilung der Betreuungsarbeit zwischen den Geschlechtern, die Zahl der Männer die für die Kinderbetreuung eine Auszeit nehmen ist sogar rückläufig. Sehr positiv hat sich dagegen die Arbeitsproduktivität entwickelt. In Salzburg liegt sie mit einem jährlichen Zuwachs von 1,3 Prozent über dem österreichischen Durchschnitt.

3.1 Erwerbstätigkeit

Abbildung 7: Erwerbstätigenquote



Quelle: Eurostat

Beschreibung

Die Erwerbstätigenquote ist nicht nur ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Dynamik eines Wirtschaftsraums und erleichtert die Finanzierung (sozial-) staatlicher Ziele, sie ist auch eine zentrale Komponente für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ermöglicht eine Einschätzung darüber, inwieweit es dem Wirtschaftssystem gelingt, Beschäftigung und damit Einkommen für alle zu schaffen.

Die Erwerbstätigenquote (oder Beschäftigungsquote) misst den Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung in einem bestimmten Alter an der Wohnbevölkerung. Die Erwerbsquote gibt jedoch keinen Aufschluss über die Qualität der Arbeit, das Ausmaß der Arbeitsstunden pro Person, das Einkommen oder über Beschäftigungsverhältnisse, denen keine vertraglich geregelte Erwerbstätigkeit zugrunde liegt. Unentgeltliche Tätigkeiten (die vorwiegend von Frauen erledigt werden) wie Kindererziehung und Pflege, Haushaltsarbeit und Tätigkeiten in Vereinen werden von der Quote nicht erfasst, bilden aber dennoch ein Fundament marktwirtschaftlicher Gesellschaftsformen. Die Erwerbsquote hängt einerseits stark von der zugrundeliegenden Definition und Erhebungsmethode der Erwerbslosen ab, andererseits von demografischen und konjunkturellen Entwicklungen sowie der Arbeitsmarkt(förder)politik ab.

Bei der Erfassung der Erwerbslosen ist zu berücksichtigen, dass sich die Eurostat-Daten wesentlich von den Österreichischen AMS-Daten unterscheiden. Die Eurostat-Daten entstammen einer repräsentativen Umfrage unter der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Österreich (dem „Labour Force Survey“²² und bilden eine Befragungsrealität ab. Sie tragen den definitiven Empfehlungen der International Labour Organisation (ILO) Rechnung. Als erwerbstätig gelten alle Personen, die in der Bezugswoche zumindest eine Stunde gearbeitet haben. Die AMS-Daten resultieren hingegen aus allen beim AMS erfassten Personen und bilden eine Verwaltungsrealität ab. Als erwerbslos gelten auch Personen, die unter der Geringfügigkeitsgrenze beschäftigt sind.

Für eine grobe Einschätzung der Fähigkeit des Wirtschaftssystems Beschäftigung zu schaffen und um der steigenden Bedeutung von Bildung Rechnung zu tragen (die Ausbildungszeit von Jugendlichen hat sich in den vergangenen Jahren tendenziell verlängert), verwenden wir die Erwerbstätigenquote der 20 bis 64-Jährigen von Eurostat.

Zielwert

Vollbeschäftigung und gute Arbeit sind unmittelbare Ziele einer an Wohlstand und Lebensqualität orientierten Politik. Erwerbsarbeit bestimmt, für fast alle Menschen, die materiellen Möglichkeiten der Lebensführung und bestimmt, wie kaum ein anderer Faktor, das persönliche Wohlbefinden. Eine Erwerbstätigenquote von 100 Prozent ist unrealistisch und würde verbieten, dass es Menschen gibt, die sich in Ausbildung oder in Frühpension befinden oder sich freiwillig dazu entscheiden, keiner Erwerbsarbeit nachzugehen.

Die Zielvorgabe muss somit demografischen Entwicklungen und unterschiedlichen Karrieren (Ausbildungszeiten, Ruhezeiten) Rechnung tragen und dennoch eine ambitionierte und realistische Zielvorgabe an das Wirtschaftssystem richten. Österreich hat seinen nationalen Zielwert im Rahmen der Europa-2020-Strategie mit 78 Prozent festgelegt. Für uns ist das Ziel dann erfüllt, wenn die Erwerbstätigenquote deutlich und stetig steigt.

22 <https://ec.europa.eu/eurostat/web/microdata/european-union-labour-force-survey>

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Die Erwerbsquote steigt in Salzburg wie in Österreich seit Jahrzehnten kontinuierlich an. Das zeigt, dass langfristig immer mehr Menschen in das Beschäftigungssystem integriert werden. Seit 2009 ist die Erwerbstätigenquote in Salzburg von 76,3 Prozent auf 80,5 Prozent im Jahr 2019 gestiegen. Aufgrund des Beschäftigungseinbruch im Zuge der Covid-19 Pandemie sank die Quote in Salzburg auf prognostizierte 79,1 Prozent.

Salzburg liegt damit immer noch deutlich über dem Österreichischen Durchschnitt und den Durchschnittswerten der Eurozone. So zeigt sich anhand der Erwerbsquote, dass sowohl Österreich als auch Salzburg vergleichsweise gut durch die große Rezession nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/08 gekommen sind. Der nationale Zielwert im Rahmen der „Europa 2020-Strategie“ von 78 Prozent wird in Salzburg bereits seit 2016 erreicht.

Die Corona Pandemie führte zum ersten Mal seit Jahrzehnten zu einem Rückgang der Beschäftigung. Zwar konnte die Kurzarbeit im Bereich der unselbstständig Beschäftigten stabilisierend wirken, trotzdem wurde Tausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gekündigt.

Die Erwerbstätigenquote von Frauen hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, liegt aber weiterhin deutlich unter jener von Männern. Frauen sind von der Corona Krise deutlich stärker betroffen und die Frauenbeschäftigung ist im vergangenen Jahr wesentlich deutlich eingebrochen. Um der steigenden Langzeitarbeitslosigkeit zu begegnen sollten neue Ideen wie eine Jobgarantie angedacht werden. Wer länger arbeitslos ist, sollte die Möglichkeit einer Beschäftigung auf einem dauerhaft geförderten Arbeitsplatz erhalten. Diese Arbeitsplätze sollten die Versorgung der Bevölkerung mit sozialen, ökologischen und auch kulturellen öffentlichen Dienstleistungen verbessern, z.B im Bereich Pflege und Gesundheit oder Kinderbetreuung.

Die aktuelle Situation bewerten wir mit +1.



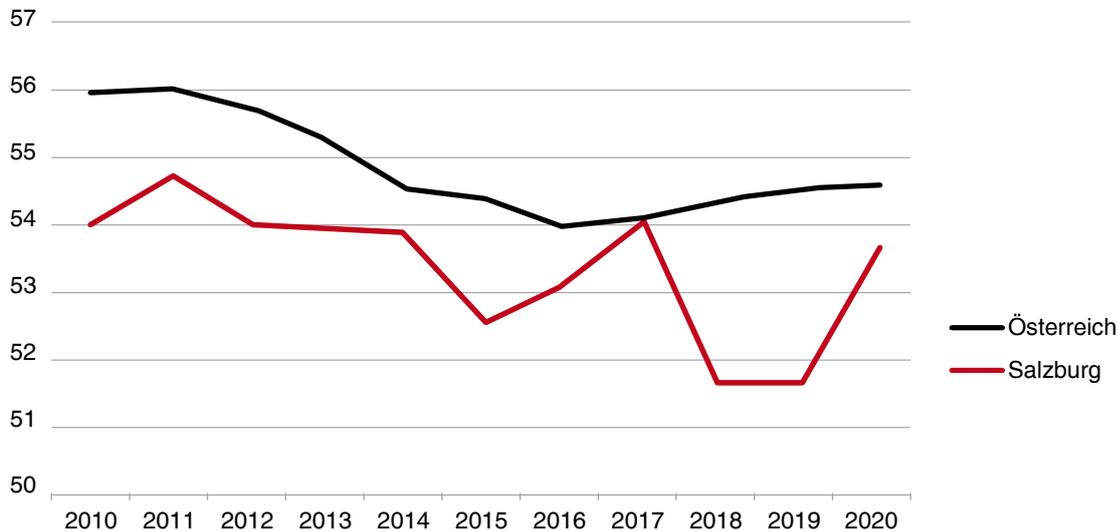
Indikatoren spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Um die Beschäftigungsquote in Zukunft weiter zu erhöhen und dem Ziel von Vollbeschäftigung und guter Arbeit näher zu kommen bedarf es, neben Maßnahmen zur Stärkung der Konjunktur, auch pro-aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und die Arbeitslosigkeit zumindest wieder auf das Niveau von vor der Krise zu drücken. Durch innovative Arbeitszeitverkürzung bei möglichst gleicher Entlohnung und Personalausgleich ließe sich die Beschäftigungsquote, in Einklang mit anderen Zielen wohlstandsorientierter Wirtschaftspolitik, deutlich erhöhen.

Erwerbslose, die auf Grund ihres Alters oder auf Grund gesundheitlicher Einschränkungen nur schwer in den Arbeitsmarkt integriert werden können, benötigen spezielle Förderungen und in manchen Fällen Beschäftigungsangebote, die nicht vom Markt geschaffen werden. Durch gezielte Gleichstellungspolitik müssen Genderunterschiede in der Erwerbstätigkeit reduziert werden. Dazu gehören Maßnahmen wie der Ausbau von Kinderbetreuungsstätten und Väterkarenz ebenso, wie Maßnahmen zur Verringerung der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen.

3.2 Normalarbeitsverhältnisse

Abbildung 8: Anteil von Normalarbeitsverhältnissen in Prozent (unselbstständig Beschäftigte)



Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus

Beschreibung

In engem Zusammenhang mit der kontinuierlich steigenden Frauenerwerbsbeteiligung und dem Wandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft seit den 1970er Jahren ist eine Vielzahl neuer, sehr unterschiedlicher Arbeitsverhältnisse („atypische Arbeitsverhältnisse“) entstanden, die teilweise schwer voneinander abgrenzbar und teils auch schwer zu quantifizieren sind, vielfach aber große soziale Nachteile gegenüber herkömmlichen Normalarbeitsverhältnissen aufweisen. Gleichzeitig entwickeln sich in einigen Branchen Arbeitsplätze, die formal der „Selbstständigkeit“ zuzurechnen sind, in denen allerdings problematische/fehlende Rahmenbedingungen vorherrschen und die eigentlich auf Grund des Tätigkeitsprofils der unselfständigen Arbeit zuzurechnen sind.

Der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse an allen Erwerbspersonen dient als ein Indikator für den Anteil nachhaltiger Arbeitsplätze bzw. den Grad der Atypisierung der Arbeitswelt. Der Indikator misst den Anteil der Personen in einem Arbeitsverhältnis, das mehr als 36 Stunden in der Woche umfasst, weder befristet ist noch bei einem Arbeitskräfteüberlasser besteht.

Beim Großteil der atypischen Beschäftigungsverhältnisse handelt es sich um Teilzeitarbeitsplätze. Für die Bewertung des Indikators spielt der Grund warum Teilzeit gearbeitet wird, keine Rolle. Es zeigt sich über die vergangenen Jahre, dass in Salzburg rund ein Fünftel der Beschäftigten keine Vollzeitbeschäftigung wünscht und rund jeder Zehnte keine Vollzeitstelle findet. Weitere 10 Prozent befinden sich in schulischer und beruflicher Fortbildung. Die Hälfte der Teilzeitbeschäftigten kann wegen Betreuungspflichten oder sonstigen persönlichen oder familiären Gründen keine Vollzeitbeschäftigung aufnehmen.

Hinsichtlich der Erfassung der Beschäftigten haben wir uns für die Mikrozensus-Daten entschieden, die sich von den Daten der Sozialversicherung unterscheiden. Die Mikrozensus-Daten entstammen einer repräsentativen Umfrage und bilden daher eine Befragungsrealität ab. Sie bieten allerdings den Vorteil auch qualitative Aussagen über die Arbeitssituation treffen zu können.

Zielwert

Nach wie vor steht die soziale Absicherung gegen Lebensrisiken wie Unfall, Krankheit usw. in engem Zusammenhang mit einer vollversicherten Erwerbsarbeit. Durch die Zunahme von atypischen Beschäftigungsverhältnissen steigt die Gefahr eines „Prekariats auf Aufschub“ (Altersarmut), daher sollte eine Erhöhung des Anteils der Normalarbeitsverhältnisse angestrebt werden.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

In Salzburg ist der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse an allen Erwerbstätigen seit 2010 von 54,0 Prozent auf 51,7 Prozent im Jahr 2019 gesunken. Corona bedingt ist der Anteil im vergangenen Jahr wieder fast auf den Wert des Jahres 2010 gestiegen (53,6 Prozent). Allerdings ist die Erhöhung des Anteils der Normalarbeitsverhältnisse nicht auf eine qualitative Verbesserung der Situation der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zurückzuführen, sondern auf ein massives Sinken der Beschäftigung in den von der Pandemie besonders betroffenen Wirtschaftssektoren. Vor allem in der Beherbergung und Gastronomie, mit vielen „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen hat der Ausfall der Wintersaison die Beschäftigung deutlich sinken lassen. Das führt zu einem höheren Anteil von Normalarbeitsverhältnissen, ohne dass sich substantiell etwas verbessert hat. Der Anteil liegt in Salzburg, bis auf einen Ausreißer 2017, recht konstant rund 2 Prozentpunkte unter dem gesamtösterreichischen Anteil.

Auf Grund der langfristigen Tendenz, aber auch unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung, bewerten wir den Indikator auf unserer Skala von -2 bis +2 mit -1.

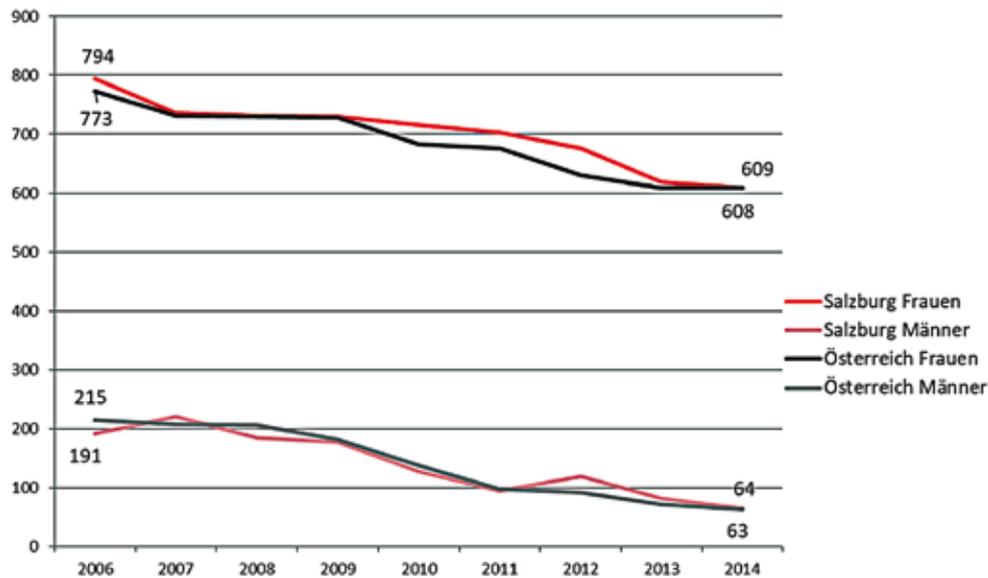


Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

- Ein moderner, die Prekariatsrisiken minimierender Arbeitsmarkt braucht das Recht für ArbeitnehmerInnen, von Vollzeit auf Teilzeit und wieder zurück wechseln zu können
- Das weitere Aufbrechen angestammter Familien- und Geschlechterrollen bleibt zentral: Frauen verrichten noch immer den Großteil der Haus-, Pflege- und Familienarbeit und favorisieren daher oft eine Teilzeitbeschäftigung. Wegen der hohen Belastung durch unbezahlte Arbeit, in Verbindung mit schlechten Kinderbetreuungsstrukturen, führt dies zu einer hohen Teilzeitbeschäftigung. Ein verstärkter Ausbau von qualitativ hochwertigen und kostenlosen Kinderbetreuungsmöglichkeiten ist notwendig.
- Teilzeitbeschäftigung muss die gleichen arbeits- und sozialrechtlichen Absicherungen haben wie eine Vollzeitbeschäftigung. Österreich ist hier besonders nach einigen gesetzlichen Änderungen im Jahr 2007 recht gut aufgestellt.
- Eine Arbeitszeitverkürzung sowie die Reduktion von Überstunden würden nicht nur positive Beschäftigungseffekte erzielen, sondern käme auch den Wünschen vieler Teilzeitbeschäftigter nach einer Erhöhung des Stundenausmaßes entgegen und würde zu einer besseren Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit führen.
- Es zeigt sich, dass gerade die Kombination verschiedener atypischer Beschäftigungsverhältnisse zu prekären Situationen führt. Zur daher notwendigen Reduktion von temporären Verträgen sollten befristete Beschäftigte bevorzugte Rechte bei der innerbetrieblichen Ausschreibung und Besetzung von Jobs bekommen. Der Kampf gegen eine weitere Ausdehnung von Leih- und Zeitarbeit spielt hier auch eine zentrale Rolle.

3.3 Geschlechtergerechte Betreuungsarbeit

Abbildung 9: Unterbrechung der Erwerbstätigkeit wegen Kinderbetreuung



Quelle: Wiedereinstiegsmonitoring Österreich und Salzburg, 2006 bis 2016. Arbeiterkammer Wien und L&R Sozialforschung, 2019. Wien

Beschreibung

Arbeit ist nicht nur Erwerbsarbeit, auch Hausarbeit, Pflege- oder Betreuungsarbeit sind für ein gutes Leben notwendig und sichern erst den Wohlstand unserer Gesellschaft. Noch immer ist die Nicht-Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen ungleich verteilt. So gehen etwa nach wie vor weit überwiegend Frauen in Kinderauszeit und steigen meist mit einem reduzierten Stundenausmaß wieder in ihre Erwerbstätigkeit ein, um familiäre Verpflichtungen und Erwerbsarbeit vereinbaren zu können. Das ist mit starken und längerfristig wirkenden wohlfahrtsmindernden Einkommensverlusten verbunden, die sich dann in einer niedrigen und oftmals nicht existenzsichernden Pension widerspiegeln. Für einen gelingenden Wiedereinstieg in die Arbeitswelt und der damit einhergehenden Möglichkeit einer eigenständigen und unabhängigen Existenzsicherung spielt – neben ausreichenden und qualitativ hochwertigen Kinderbildungs- und Betreuungsplätzen – die Beteiligung der Männer bei der Kinderbetreuung und anderen unbezahlten Tätigkeiten eine wichtige Rolle.

Als Indikator für die ungleiche Verteilung der Betreuungsaufgaben wählen wir das Geschlechterverhältnis bei der Unterbrechungsdauer der Erwerbstätigkeit für den Bezug von Kinderbetreuungsgeld in Tagen.

Als Datengrundlage für diesen Indikator dient das Wiedereinstiegsmonitoring, das von L&R Sozialforschung gemeinsam mit der AK Wien im Jahr 2013 entwickelt wurde. Es handelt sich um eine Vollerhebung für ganz Österreich (und die Bundesländer).

Zielwert

Zielwert dieses Indikators ist eine Unterbrechungsdauer der Erwerbstätigkeit aufgrund von Kinderbetreuungspflichten beider Geschlechter im Verhältnis 50 zu 50. Der Zielwert ist erreicht, wenn die Unterbrechungsdauer je 50 Prozent erreicht.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Seit Erhebungsbeginn hat sich der Anteil der Männer, welche Kinderbetreuungsgeld beziehen, mehr als verdoppelt (2006: 6,1 Prozent, 2016: 16,3 Prozent). Das Bundesland Salzburg zählt allerdings zu jenen Bundesländern, das deutlich unter dem Österreichschnitt von 19,6 Prozent (2016) liegt und in welchem noch immer knapp jedes 3. Paar (30,4 Prozent) das längste Modell für den Bezug des Kinderbetreuungsgelds (30+6) wählt.

Zwar beteiligen sich immer mehr Männer an der Kinderbetreuung, doch 36,6 Prozent der Männer unterbrechen ihre Berufstätigkeit nicht während des KBG-Bezugs. 47,2 Prozent der Männer unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit nur für bis zu 3 Monate. Nur mehr 9,9 Prozent unterbrechen 3 bis 6 Monate und 6,3 Prozent über 6 Monate. Das Wiedereinstiegsmonitoring zeigt aber, dass es vor allem die längeren Bezugsdauern (über 6 Monate) der Partner sind, die den erfolgreichen Wiedereinstieg von Frauen maßgeblich fördern. Tendenziell zeichnet sich ein Trend zu immer kürzeren Unterbrechungen ab.

Frauen unterbrechen sowohl in Salzburg als auch auf Bundesebene ihre Erwerbstätigkeit für die Kinderbetreuung deutlich länger. Schaut man auf die 2014 in Salzburg geborenen Kinder, dann lag die mittlere Unterbrechung der Erwerbstätigkeit bei Frauen für den Bezug des Kinderbetreuungsgelds bei 609 Tagen während Männer ihre Erwerbstätigkeit nur 64 Tage unterbrochen haben. Der Anteil der Männer liegt in Salzburg bei 9,5 Prozent an der gesamten Unterbrechungsdauer und ist damit nicht nur ungleich verteilt (Frauen: 90,5 Prozent), sondern auch rückläufig (2012: 15 Prozent). Die Unterbrechungsdauer der Salzburger Männer hat sich der kürzeren Unterbrechungsdauer im Österreichschnitt angepasst – was insgesamt eine eher negative Entwicklung für eine gleichwertige Aufteilung der Kinderbetreuungszeiten ist. Eine 50:50-Aufteilung der Unterbrechungsdauer zwischen den Geschlechtern ist sowohl in Salzburg als auch im Bundesschnitt noch in weiter Ferne. Aufgrund des leichten Anstiegs der Männerbeteiligung insgesamt aber des nach wie vor großen Unterschiedes bei der Unterbrechungsdauer, bleibt die Bewertung dieses Indikators bei der Note -1.



Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

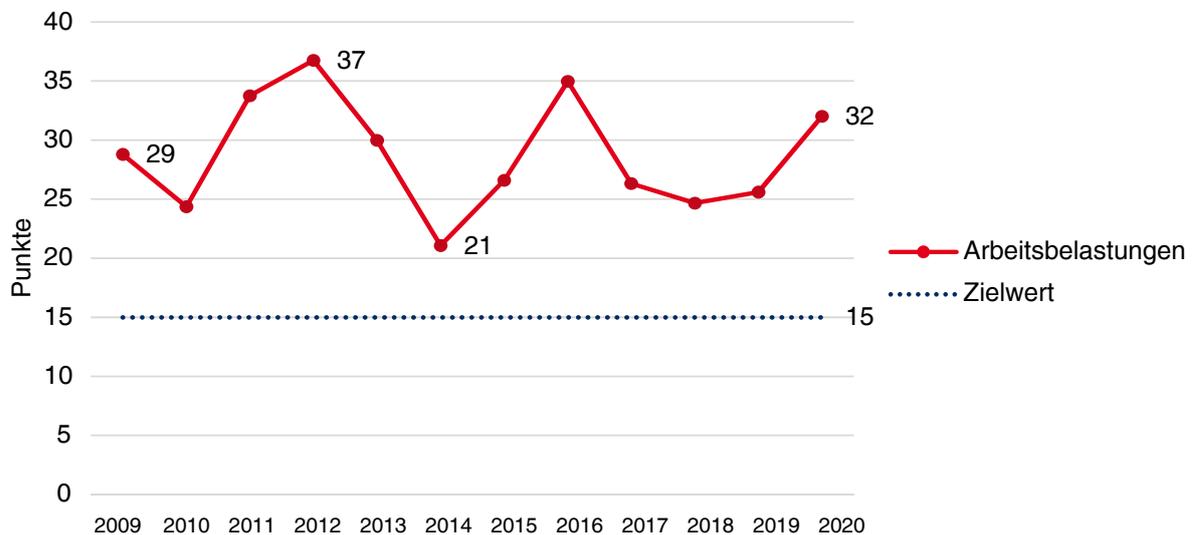
Um die gleiche Beteiligung bei der Sorgearbeit zu fördern, braucht es mehrere Ansätze: Den Ausbau qualitativvoller und flächendeckender Kinderbildungs und -betreuungseinrichtungen sowie den Ausbau ganztätiger Schulformen, mit Öffnungszeiten, die den elterlichen Arbeitszeiten entsprechend angepasst werden.

Zudem zeigt sich, dass eine entsprechende Väterbeteiligung bei den Kinderbetreuungspflichten positiven Einfluss auf den erfolgreichen und frühzeitigen Wiedereinstieg von Frauen hat. Maßgeblich ist hier auch die Bereitschaft der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, ihren männlichen Beschäftigten die Möglichkeit einzuräumen, sich in die Familie und Kinderbetreuung einzubringen und damit die Frauen zu unterstützen, früher und in einem existenzsichernden Ausmaß wieder in das bezahlte Erwerbsleben einsteigen zu können. Insbesondere in der Covid-19-Krise zeigten sich Retraditionalisierungstendenzen der Geschlechterrollen: Frauen kümmerten sich mehr als zuvor um unbezahlte Tätigkeiten, durch geschlossene Bildungseinrichtungen übernahmen sie ungleich mehr an familiären Verpflichtungen, wie Homeschooling oder Kinderbetreuung, was die Rollenverteilung weiter verfestigte. Vor diesem Hintergrund sowie der stärkeren Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, ist die Beteiligung von Vätern bei Betreuung und Erziehung der Kinder von besonders hoher Bedeutung, um Frauen die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Darüber hinaus müssen sowohl das Steuer- und Abgabensystem wie auch die Familienförderung so gestaltet werden, dass eine partnerschaftliche Teilung der unbezahlten Arbeit und der Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern gefördert wird bzw. negative Anreize (Alleinverdienerabsetzbetrag) beseitigt werden.

3.4 Gesunde Arbeitsplätze

Abbildung 10: Arbeitsbedingte Belastungen



Beschreibung des Indikators

Der Indikator „Gesundheitserhaltende Arbeitsplätze“ ist ein Index, der die arbeitsbedingten Belastungen der Beschäftigten bewertet. Als Datenbasis dient der aktuelle Arbeitsklima Index²³ – eine jährlich stattfindende quantitative Befragung zur Lage und Situation unselbständig Beschäftigter. Explizit setzt sich der Index aus den drei Subindizes „psychischer Stress“, „physischer Stress“ sowie „Innovationsstress“ zusammen. Innovationsstress meint Stress durch (meist technologisch angetriebene) veränderte Anforderungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Der Index „Gesundheitserhaltende Arbeitsplätze“ weist demnach die seitens der Beschäftigten artikulierten arbeitsbedingten Belastungen unterschiedlicher Dimensionen aus.

Zielwert

Arbeits- wie Lebensqualität werden wesentlich durch bestehende Arbeitsbedingungen bestimmt. Gute Arbeit ist auf gesundheitserhaltende Arbeitstätigkeiten angewiesen. Vor dem Hintergrund zunehmender Produktivität sowie potentiell arbeitserleichternder Technologien und Verfahrensweisen sind hohe psychische und körperliche Arbeitsbelastungen gesellschaftlich nicht tolerierbar. Gesundheitserhaltende Arbeit – eine Arbeit, die nicht krank macht – ist eine notwendige Bedingung vernünftiger gesellschaftlicher Organisation. Ziel ist demnach ein nachhaltig sehr niedriges Niveau an Arbeitsbelastungen.

Hierfür wird ein niedriger Zielwert von 15 Indexpunkten des dargestellten Indikators definiert.

²³ Siehe AK Salzburg (2021): Arbeitsklima Index 2020. Salzburg

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Gegenüber 2019 ist der arbeitsbedingte Stress der Salzburger Beschäftigten deutlich (um 6 Punkte) gestiegen. Damit liegt er knapp über dem 10-Jahresschnitt (31,7 Punkte) und gehört zu den höchsten Werten seit Erhebungsbeginn (2009).

Der Indikator für den psychischen Stress ist um 23 Prozent von 30 auf 37 Indexpunkte gestiegen. Damit wird der Trend steigender psychischer Belastungen fortgesetzt (im Vergleich: 2017 betrug der Indikator für psychischen Stress 28 Punkte). Auch der Indikator für Innovationsstress (Stress durch veränderte Anforderung an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) ist 2020 von 21 auf 27 Indexpunkte (um 29 Prozent) deutlich gestiegen. Körperlicher Stress ist leicht um 2 Punkte gestiegen und liegt 2020 bei 23 Punkte.

Bei einem genaueren Blick zeigt sich, dass es vor allem der (hohe, gegenüber 2019 abermals gestiegene) Zeit- und Arbeitsdruck ist, der den Salzburger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen macht. Knapp jede/r Dritte fühlt sich (sehr) durch Zeitdruck am Arbeitsplatz belastet. Gegenüber 2019 (18,2 Prozent) hat sich damit die Anzahl mehr als verdoppelt. Weiters stimmen 20 Prozent (2019: 15 Prozent) der Salzburger Beschäftigten der Aussage zu, dass sie „dauernd unter Arbeitsdruck arbeiten und keine Zeit zu verschnauften haben“. Hier zeigt sich 2020 ein Anstieg von 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Über 19 Prozent der Salzburger Beschäftigten geben an, eine psychisch aufreibende und belastende Arbeit zu haben. 2019 waren es noch knapp 14 Prozent (Anstieg von 36 Prozent). Wichtig ist hierbei anzumerken, dass diese Veränderungen in ihrer Qualität nicht ausschließlich auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sind, sondern Ausdruck langfristiger arbeitsweltlicher Tendenzen sind, die durch die bestehende Krise befeuert werden. Dieser Zusammenhang lässt sich am Beispiel der Digitalisierung illustrieren: Gemäß dem Motto „Krise macht Digitalisierung“ lässt sich im Rückblick auf 2020 festhalten, dass technische/organisatorische Veränderungen gemäß veränderten Rahmenbedingungen betrieblicher Praxis beschleunigt bzw. verstärkt wurden. Delokalisiertes Arbeiten ging mit einer Ausdehnung digital-gestützter Kommunikation einher: Videokonferenzen, plattformbasierte Kooperation (cooperative working) und Wissensvermittlung (distance learning) stehen hierfür schlagwortartig. Aus der Sicht der Beschäftigten stellt sich die Frage nach den Auswirkungen dieser Verstärkung. Technische und organisatorische Veränderungen konfrontieren Arbeitende meist mit erhöhten Anforderungen an ihre Arbeitskraft. Um die Arbeitsfähigkeit zu erhalten müssen sie zunehmend Kompetenzen (etwa „digital skills“) erwerben und aktualisieren – was sich häufig in Stress bzw. psychischen Belastungen niederschlägt. Dies bestätigen auch Daten des aktuellen Arbeitsklima Indexes: Knapp 16 Prozent der Salzburger Beschäftigten – mehr als doppelt so viele wie 2019 (7 Prozent) geben für 2020 an, durch technische/organisatorische Veränderungen belastet zu werden.

Angesichts dieser Ergebnisse bewerten wir die Entwicklung mit -1.

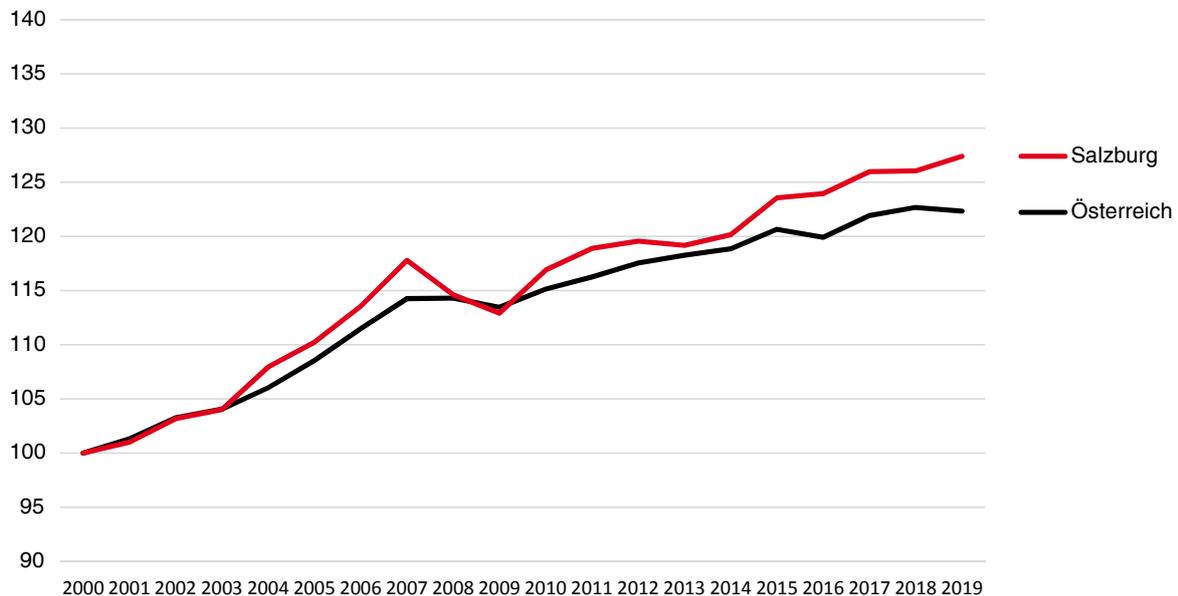


Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Gemäß Daten des aktuellen Arbeitsklima Indexes hält es fast jede/r Dritte (31 Prozent) für eher oder sehr unwahrscheinlich, den derzeitigen Beruf bis zum Pensionsantritt ausüben zu können. Der Hauptgrund dafür wird von den Beschäftigten selbst in den Arbeitsbelastungen gesehen. Geht es nach den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist klar, welche Maßnahmen es braucht, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern: Neben höheren Einkommen sind es kürzere Arbeitszeiten, eine Verringerung der Stressfaktoren, also weniger psychische Belastung, und gesundheitsfördernde Maßnahmen, um die Belastungen zu reduzieren. Insgesamt geht es um Ansätze einer De-Intensivierung von Arbeit, dh. Maßnahmen, die der hohen Arbeitsverdichtung, dem hohen Arbeitsdruck und Stress entgegenwirken sowie Vereinbarkeitsprobleme von Job und familiärer Lebenswelt senken. Innovative Formen der Arbeitszeitverkürzung stellen ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Arbeitsqualität und zur gerechteren Verteilung des Arbeitsvolumens dar.

3.5 Arbeitsproduktivität

Abbildung 11: Entwicklung der realen Arbeitsproduktivität pro Stunde



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen; eigene Darstellung

Beschreibung:

Niveau und Entwicklung der Arbeitsproduktivität bilden wichtige Determinanten von Niveau und Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung und besonders auch von Löhnen. Das materielle Wohlstandsniveau ist dort besonders hoch wo auch die Arbeitsproduktivität hoch ist. Die Arbeitsproduktivität misst das Verhältnis der Produktion materieller Güter und Dienstleistungen und der für diese Produktion notwendigen Arbeit. Sie stellt damit ein Maß für die Effizienz des Arbeitseinsatzes dar und ist vielfach durch den Technologieeinsatz bestimmt. Unterschiede der Arbeitsproduktivität im internationalen Vergleich sind wesentlich durch die Produktionsstruktur bestimmt.

Die Arbeitsproduktivität wird oft pro Einwohner oder je Erwerbstätigen ausgewiesen. Dabei wird aber vernachlässigt, dass sich – etwa, wenn die Erwerbstätigen im Nenner stehen – die Arbeitszeiten ändern, weil sich die Arbeit auf mehr Beschäftigte aufteilt. Wir verwenden daher als Maß für die Arbeitsproduktivität die Arbeitsproduktivität pro Arbeitsstunde.

Zielwert

Ein Anstieg der Arbeitsproduktivität ist positiv zu sehen, zumindest dann, wenn kein gleichzeitiger Anstieg der Arbeitslosigkeit gegeben ist, denn er ermöglicht einen Anstieg der Löhne. Ein Anstieg der Arbeitsproduktivität ist damit ein wesentliches Element steigenden materiellen Wohlstands. Die mittelfristige Entwicklung werden wir dann als positiv einschätzen, wenn sie einen stetigen Aufwärtstrend aufweist.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Der langfristige Trend der Arbeitsproduktivität weist klar nach oben: pro Arbeitsstunde liegt die Arbeitsproduktivität in Salzburg heute um gut ein Viertel über der des Jahres 2000. Mit einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 1,3 Prozent in diesem Zeitraum liegt der Zuwachs der realen Arbeitsproduktivität etwas über dem gesamtösterreichischen Schnitt von 1,1 Prozent.

Salzburg liegt 2019 mit einer realen Stundenproduktivität von 47,6 Euro (Preisbasis 2010) über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt mit 46,1 Euro und der Abstand hat sich seit Überwindung der Finanzkrise etwas vergrößert.

Der langfristige Trend der Arbeitsproduktivität zeigt erhebliche konjunkturelle Schwankungen: Die Arbeitsproduktivität steigt in der Hochkonjunktur deutlich, verringert sich aber oft in Rezessionen. Im EU-Vergleich ist das Niveau der Arbeitsproduktivität in Österreich hoch. Die hohe Arbeitsproduktivität ist ein weiterer Beleg für das im europäischen Vergleich hohe wirtschaftliche Niveau in Salzburg wie auch in Österreich, womit hohe Einkommen und eine gute soziale Absicherung ermöglicht werden.

Konjunktur und gesamtwirtschaftliche Nachfrage haben wesentlichen Einfluss auf die Arbeitsproduktivität. Höhere gesamtwirtschaftliche Nachfrage führt über zunehmende Arbeitsteilung und wachsende Skalenerträge zu höherer Arbeitsproduktivität. Auch das WIFO hat diesen Zusammenhang für Österreich erneut belegt (Ederer/Schiman 2018): Ein Anstieg des Wirtschaftswachstums um 1 Prozent zieht einen Anstieg der Arbeitsproduktivität um 0,5 Prozent nach sich.

Niveau und Höhe der Arbeitsproduktivität sind das Ergebnis zahlreicher Einflussfaktoren. Qualifikation und Erfahrung der Arbeitskräfte haben wesentlichen Einfluss auf die Arbeitsproduktivität. Diese ist allerdings nicht nur durch die Leistung des Faktors Arbeit bestimmt, sondern auch Ergebnis der technologischen Entwicklung: Intensiverer Maschinen und Technologieeinsatz erhöht die gemessene Arbeitsproduktivität. Konjunktur und gesamtwirtschaftliche Nachfrage haben wesentlichen Einfluss auf die Arbeitsproduktivität. Höhere gesamtwirtschaftliche Nachfrage führt über zunehmende Arbeitsteilung und wachsende Skalenerträge zu höherer Arbeitsproduktivität. Jüngere Untersuchungen des WIFO für Österreich belegen diesen Zusammenhang erneut (Ederer/Schiman 2018): Ein Anstieg des Wirtschaftswachstums um 1 Prozent zieht einen Anstieg der Arbeitsproduktivität um 0,5 Prozent nach sich.

Die Covid-19-Rezession wird zwar zu einer Dämpfung der Arbeitsproduktivität führen, angesichts der im nationalen und europäischen Vergleich guten mittelfristigen Entwicklung in Salzburg bewerten wir den Indikator auf der 5-teiligen Skala von -2 bis +2 mit 2 Punkten.



Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Hohe Arbeitsproduktivität bildet eine wesentliche Determinante des materiellen Wohlstandes. Wirtschaftspolitisch bilden Verbesserung des Aus- und Weiterbildungssystems wichtige Determinanten der Produktivität. Dazu kommen Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen und die technologische Weiterentwicklung.

Aktive Konjunktur- und Nachfragepolitik stellen wichtige Determinanten der langfristigen Produktivitätsentwicklung dar, weil sie deren Einbruch in der Rezession begrenzen, vor allem aber ihren kräftigen Anstieg bei guter Wirtschaftslage unterstützen.

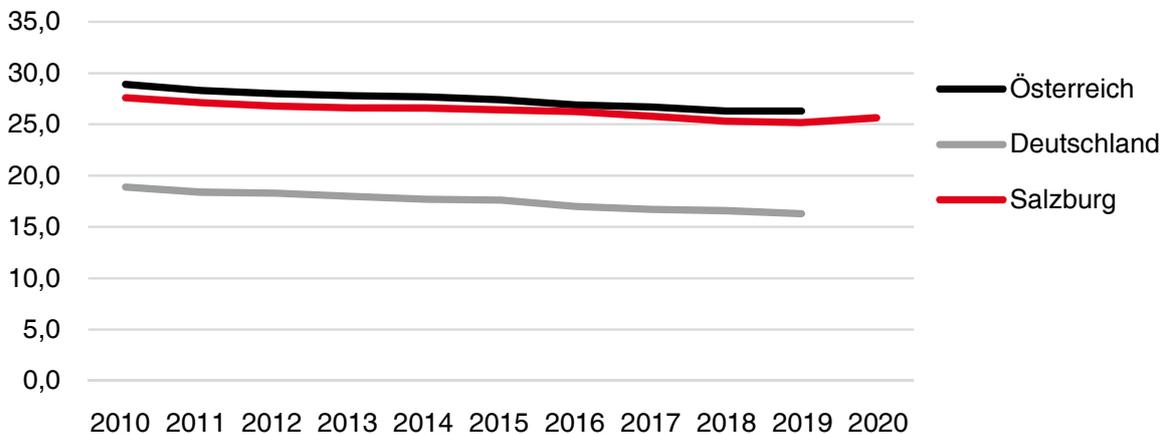
Wirtschaftspolitisch ergeben sich zwei weitere wichtige Schlussfolgerungen im Sinne einer wohlstandsorientierten Politik:

Ein Anstieg der Arbeitsproduktivität ermöglicht einen entsprechenden Anstieg der Reallöhne. Dieser Zusammenhang spiegelt sich in der nach wie vor gültigen „Benya-Formel der österreichischen Lohnpolitik, die als Leitlinie eine nominelle Lohn- und Gehaltserhöhung im Ausmaß des Wachstums der gesamtwirtschaftlichen Produktivität plus der Inflationsrate vorsah. Diese „produktivitätsorientierte Lohnpolitik“ nimmt auf die Kostenentwicklung und den Export genauso Rücksicht wie auf die Einkommensentwicklung und den Konsum.

Vor allem bei hohem Wohlstands- und Einkommensniveau wird die Frage relevanter, inwieweit das Produktivitätswachstum für die einzelne Arbeitskraft in Form von Reallohnsteigerung oder in Form von Arbeitszeitverkürzung umgesetzt wird. So würde ein Anstieg der Arbeitsproduktivität um 1 Prozent pro Jahr jedes Jahr eine Erhöhung des Urlaubsanspruches im Ausmaß von 2½ Arbeitstagen ermöglichen (bei gleichzeitig real konstantem Lohnniveau).

3.6 Mitbestimmung

Abbildung 12: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad



Quelle: ICTWSS, unselbständig Beschäftigte; regionale ÖGB-Mitgliederstatistik; eigene Berechnungen

Beschreibung

Mitbestimmung ist ein wichtiges Instrument für gesellschaftlichen Wohlstand und Lebensqualität. Sie lässt sich allgemein durch das Demokratieprinzip und die Menschenwürde begründen. Wir fokussieren auf die Möglichkeiten von Menschen in ihrer ArbeitnehmerInnenrolle als wirtschaftlich abhängige ihre Arbeitswelt aktiv mitzugestalten. Aus der Sicht von ArbeitnehmerInnen und ihrer Vertretung hat Mitbestimmung die unternehmerische Orientierung an der Gewinnmaximierung durch explizite Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen zu ergänzen und soll langfristige Beschäftigungssicherheit, humane Arbeitsbedingungen, die Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg und die Kontrolle wirtschaftlicher Macht sicherstellen. Starke Gewerkschaften als überbetriebliche, gesellschaftspolitische AkteurInnen sind für die effektive betriebliche Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen essentiell. Dementsprechend ist auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad ein wichtiger Indikator für den Grad der Mitbestimmung.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad misst den Anteil der Beschäftigten, die Mitglied einer Gewerkschaft sind, an der Gesamtheit der unselbständig Beschäftigten (0–100 Prozent). Generell ist die international vergleichbare Datenlage, was Indikatoren der (betrieblichen) Mitbestimmung betrifft, eher rar gesät. Wir orientieren uns an der wohl wichtigsten Datenbasis für den internationalen Vergleich der gewerkschaftlichen Organisationsgrade (ICTWSS: Database on Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Setting, State Intervention and Social Pacts). Weil gewerkschaftliche Organisationsgrade hier nur auf Ebene der Nationalstaaten ausgewiesen werden berechnen wir für das Bundesland Salzburg den gewerkschaftlichen Organisationsgrad als Quotient aus unselbständig Beschäftigten (AMS) und regionaler ÖGB-Mitgliederstatistik. Durch die unterschiedlichen Berechnungsverfahren ergeben sich für Salzburg höhere Werte, der Trend ist jedoch der gleiche.

Um das Ausmaß der Mitbestimmung umfassender zu beurteilen, werden im Allgemeinen noch andere Indikatoren herangezogen. Österreichische BetriebsrätInnen haben bspw. Weitreichende Mitbestimmungsrechte in wirtschaftlichen und sozialen Belangen (z. B. Mitsprache bei Übernahmen und Zusammenschlüssen, Restrukturierungen). Entscheidend für die Mitbestimmung ist auch die Verbreitung von Betriebsräten. Sie sind in kleineren Unternehmen, die in Salzburg vorherrschen, deutlich weniger anzutreffen.

Ziel

In der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie wichtig eine gut ausgebaute (betriebliche) Mitbestimmung ist. Die Gewerkschaften konnten sich als Sozialpartner für eine möglichst arbeitnehmerInnenfreundliche Gesetzgebung einsetzen und BelegschaftsvertreterInnen im Betrieb für einen Interessenausgleich in unternehmenspolitischen Entscheidungen (Stichwort: Kurzarbeit vor Kündigung) eintreten. Das Ziel ist eine konstante Steigerung des gewerkschaftlichen Organisationsgrads.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad nimmt in den meisten EU-28-Ländern kontinuierlich ab. In Österreich ging der gewerkschaftliche Organisationsgrad von 2010 bis 2020 von rund 29 Prozent auf rund 26 Prozent zurück. In den letzten Jahren verzeichneten die Gewerkschaften in absoluten Zahlen zwar leichte Mitgliederzuwächse, die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen stieg jedoch deutlich schneller. Im Bundesland Salzburg sank der Organisationsgrad von 27,6 Prozent im Jahr 2010 auf 25,7 Prozent im Jahr 2020. Umgekehrt war es im Corona-Jahr 2020: zwar sank zwar die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder leicht, die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen jedoch stärker. Im europäischen Vergleich liegt Österreich über dem Durchschnittswert für die EU-28, der zwischen zuletzt bei rund 21 Prozent lag. In Deutschland liegt der Organisationsgrad deutlich unter jenem in Österreich – er sank von rund 19 Prozent (2010) auf 16,3 Prozent (2019).

Entscheidend für die Mitbestimmung ist auch die Verbreitung von Betriebsräten. Der Anteil der Beschäftigten, die in Unternehmen mit Betriebsrat arbeiten, lag in Österreich 2013 bei 26 Prozent (EU-28 Durchschnittswert: 33 Prozent, Europäische Kommission 2015). Angesichts der auch im internationalen Vergleich aktiven Rolle der Gewerkschaften in Österreich und Salzburg nicht zuletzt in der Corona-Krise aber der langfristig sinkenden Mitgliederzahlen andererseits bewerten wir den Indikator auf der Skala von -2 bis +2 mit 0.



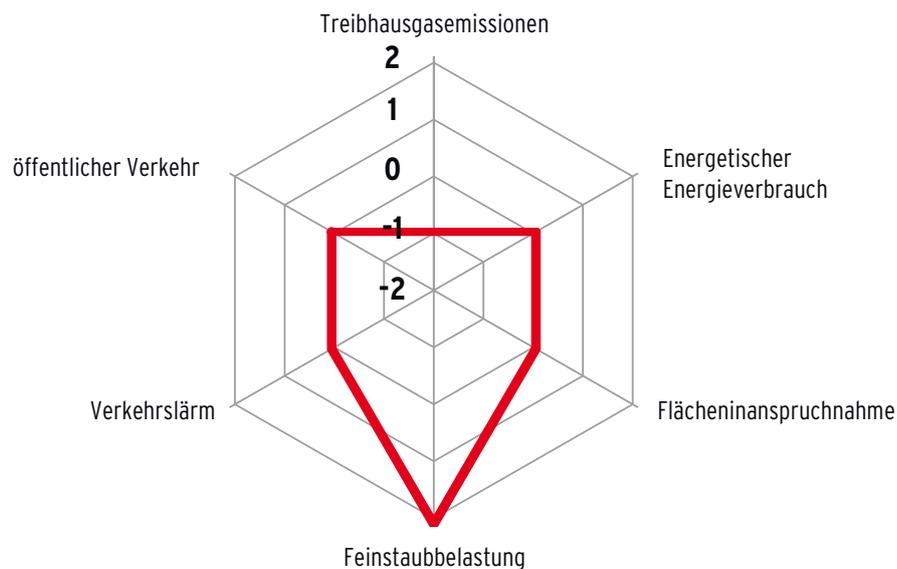
Indikatorenpezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Um auch in Zukunft effektive Mitbestimmungsmöglichkeiten sicherzustellen, gilt es, unterstützende rechtliche Rahmenbedingungen für BetriebsrätInnen und Gewerkschaften aufrechtzuerhalten.

Die Pflichtmitgliedschaft in den Wirtschafts- und Arbeiterkammern ist unverzichtbar, um ein inklusives und umfassendes Kollektivvertragssystem zu gewährleisten, das (fast) die Gesamtheit der Beschäftigten umfasst. Ebenso wichtig sind Maßnahmen der Gewerkschaften zur Mitgliedergewinnung und -partizipation, um ihren Organisationsgrad zu steigern. Auch bedarf es mehr Schutz für Menschen, die ihre demokratischen Mitbestimmungsrechte in Anspruch nehmen. So gibt es auch in Österreich noch immer Formen des Union Busting, z. B. in dem Menschen wegen der geplanten Wahl eines Betriebsrates gekündigt bzw. ausgesperrt werden, und eine wachsende betriebliche Vertretungslücke.

Kapitel 4

Dimension 3: Intakte Umwelt



Eine intakte Umwelt ist sowohl kurz- als auch langfristig eine grundlegende Voraussetzung für den Wohlstand einer Gesellschaft. Kurzfristig stiftet sie unmittelbar Nutzen. Langfristig kann Wohlstand nur durch die Aufrechterhaltung des ökologischen Gleichgewichts auf dem Planeten gesichert werden. Das erfordert einen effizienten Einsatz von natürlichen Ressourcen und Energie sowie die Reduktion von klimaschädlichen Treibhausgasen.

Zur Operationalisierung des Ziels einer intakten Umwelt ziehen wir gleichermaßen Indikatoren zu ökologischer Nachhaltigkeit wie zu umweltbezogener Lebensqualität und Gesundheitschancen heran. Die Konzeption der Wohlstandsdimension „intakte Umwelt“ ist damit eng an Projekte wie „Wie geht’s Österreich?“ und das österreichische Monitoring der Sustainable Development Goals angelehnt. Neu aufgenommen haben wir gegenüber dem Bericht 2019 den Indikator „Öffentlicher Verkehr“ mit dem wir die Notwendigkeit einer Verschiebung des „Modal Share“ im Personenverkehr zum Ausdruck bringen.

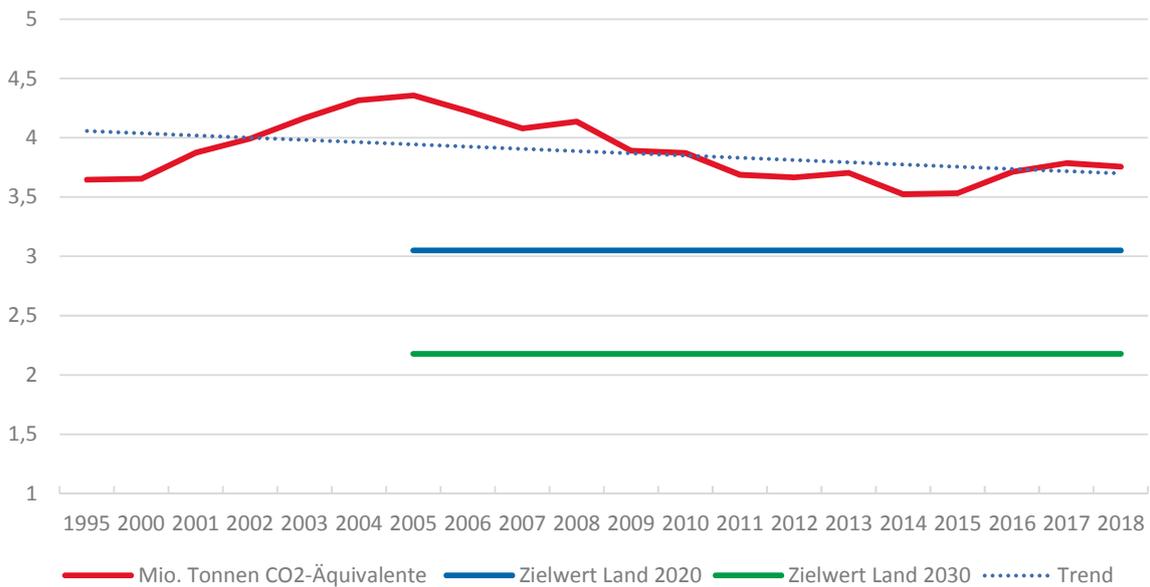
Wichtig ist zu erkennen, dass mit der Sicherstellung einer intakten Umwelt auch sozial(politisch)e Herausforderungen verbunden sind. Sowohl beim Zugang zu Grund und Boden, Energie und Mobilität als auch bei der Betroffenheit durch gesundheitsschädigende Umweltbelastungen stellen sich Fragen einer gerechten Verteilung bei den Kosten notwendiger Maßnahmen.

Bewertung

Insgesamt summieren sich die Bewertungen in der Dimension „Intakte Umwelt“ auf +1. Die Treibhausgasemissionen sind der wichtigste und unmittelbarste Indikator für die Beurteilung des Fortschritts hin zu einer dekarbonisierten Wirtschaftsweise. Seit 2015 sind die Emissionen in Salzburg bis zum zu erwartenden Einbruch mit der Corona-Krise gestiegen. Offen bleibt, ob nach der Corona-Krise mit steigendem Wirtschaftswachstum der zukünftig notwendige österreichische Zielpfad trotz der geplanten Klimaschutzinvestitionen für 2030 eingehalten werden kann, deshalb bewerten wir neutral. Der energetische Endverbrauch als zentrale Größe des Energieverbrauchs einer Volkswirtschaft ist in Salzburg seit 2005 gesunken, die angestrebte Reduktion und Stabilisierung wurde aber nicht erreicht. Weil die jüngste Entwicklung beim Energieverbrauch positiv war, bewerten wir wie schon 2019 mit 0. Ebenso zwiespältig zeigt sich der Trend beim Flächenverbrauch: Pro Tag werden in Salzburg 0,62 Hektar Boden verbraucht, was mittelfristig eine positive Entwicklung darstellt, dennoch liegt die Entwicklung hinter einer nachhaltigen Entwicklung zurück, weshalb wir erneut mit 0 bewerten. Beim Lebensmittel Luft ist dagegen eine deutlich positive Entwicklung zu konstatieren. Der WHO-Zielwert wurde erreicht weshalb die Entwicklung der Feinstaubbelastung positiv zu bewerten ist. Über 70.000 Menschen leben in Salzburg über den Schwellenwerten für die Lärmbelastung, weil aber adäquate Maßnahmen zur Problembewältigung gesetzt werden, bewerten wir die Entwicklung ebenso mit 0. Die im Landesmobilitätsgesetz angestrebten Ziele bei der Verlagerung des motorisierten Verkehrs hin zum Öffentlichen Verkehr bzw. Fahrrad werden deutlich verfehlt. Weil aber die Tarifreform Netzkarten deutlich verbilligt hat, bewerten wir den Indikator Öffentlicher Verkehr mit 0.

4.1 Treibhausgasemissionen

Abbildung 13: Treibhausgasemissionen Salzburg



Beschreibung

Die Treibhausgasemissionen (THG) sind die gewichtete Summe der Emissionen von Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Lachgas (N₂O), sowie bestimmten fluorierten technischen Gasen. Die Gewichtung erfolgt mit dem „Treibhausgaspotenzial“ (Global Warming Potential, GWP). Für CO₂ beträgt sie definitionsgemäß 1. Für die anderen Gase gibt das GWP an, um wieviel stärker eine Tonne des Gases zur Erderwärmung beiträgt als eine Tonne CO₂. Daher werden die Emissionen in „Tonnen CO₂-Äquivalenten“ gemessen.

Im Wesentlichen werden dabei diejenigen Emissionen erfasst, die im betrachteten Staat freigesetzt werden. Nicht berücksichtigt werden Emissionen aus der Verbrennung von Biomasse, weil gleichzeitig stattfindende Bindungsprozesse (Pflanzenwachstum) diese Emissionen kompensieren. Den größten Anteil an den Emissionen hat Kohlendioxid (in Österreich derzeit etwa 85 Prozent). Davon stammt der größte Teil aus der Nutzung fossiler Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas zur Stromerzeugung, zum Heizen, zum Autofahren, ...). Daneben spielen Emissionen aus der Zement- und Stahlerzeugung eine Rolle; Methan und Lachgas stammen zu wesentlichen Teilen aus der Landwirtschaft.

Die Treibhausgasemissionen sind der wichtigste und unmittelbarste Indikator für die Beurteilung des Fortschritts hin zu einer dekarbonisierten Wirtschaftsweise, die gemäß dem Übereinkommen von Paris 2015 als Ziel der internationalen Staatengemeinschaft beschlossen wurde. Damit soll erreicht werden, dass die globale Erwärmung im Rahmen von zwei Grad Celsius bleibt.

Zielwert

Ein Teil der THG (etwa drei Achtel) aus Anlagen in Österreich wird vom System des Europäischen Emissionshandels erfasst. Die restlichen fünf Achtel sind durch nationale Maßnahmen zu reduzieren. Bis 2020 sollen diese nicht vom Emissionshandel umfassten Emissionen im Vergleich zum Niveau von 2005 um 16 Prozent sinken, bis 2030 dann um 36 Prozent. Eine Anpassung des österreichischen Klimazieles für 2030 wird erforderlich, nachdem sich im Dezember 2020 die Staats- und Regierungschefs in der EU auf eine Reduktion der THG-Emissionen auf 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 geeinigt haben. 2050 soll in der EU die „Klimaneutralität“ mit einer Netto-Nullemission von Treibhausgasen erreicht werden.

In Salzburg hat die Landesregierung im Masterplan Klima + Energie 2020 als eigenen Zielwert 30 Prozent weniger Treibhausgase als im Jahr 2005 festgelegt. Für die erneuerbaren Energieträger wurde ein Anteil von 50 Prozent am Gesamtenergieverbrauch angesetzt. Für 2030 plant Salzburg minus 50 Prozent Treibhausgase und 65 Prozent Anteil erneuerbare Energie.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Die Treibhausgasemissionen in Österreich blieben zwischen 1990 und 2000 etwa konstant, stiegen dann bis 2005 relativ stark an und sanken anschließend tendenziell, so dass 2015 (78,9 Mio Tonnen) annähernd der Wert von 1990 (78,8 Mio Tonnen) erreicht wurde. Allerdings kam es bereits 2015 zu einer Trendumkehr, die sich auch 2016 (79,7 Mio Tonnen) fortsetzte. Obwohl die nationalen Zielwerte in den letzten Jahren unterschritten wurden, ist aufgrund dieser Trendumkehr nicht gesichert, dass auch der Zielwert für 2020 erreicht wird.

In Salzburg erreichten die Treibhausgasemissionen 2005 mit 4,36 Mio Tonnen den Höchstwert und sanken 2014 auf 3,94 Mio Tonnen. Seit 2015 sind die Emissionen in Salzburg bis zum zu erwartenden Einbruch mit der Corona-Krise gestiegen.

Bei der Herkunft der Treibhausgase aus verschiedenen Sektoren zeigen sich über den Betrachtungszeitraum deutliche Unterschiede: während die Emissionen aus der Raumwärme stark zurückgingen, stiegen die Emissionen aus dem Verkehr besonders stark an (seit 1990 um 66,7 Prozent). Die Emissionen der Industrie und des Gewerbes blieben etwa konstant.

Die seit 1990 gestiegene Wirtschaftsleistung ist der wichtigste emissionserhöhende Faktor, die Emissionsminderung durch die aktuelle Corona-Krise kann noch nicht beziffert werden. Dämpfend auf die Emissionen hat sich der vermehrte Einsatz von Biomasse zur Energieproduktion sowie vor allem die steigende Energieeffizienz ausgewirkt.

Mit den Auswirkungen der Corona-Krise wird auch Österreich wahrscheinlich das Klimaziel für 2020 ebenso wie die EU als Ganzes erreichen. Für Salzburg ist die Erreichung des ambitionierten Zielwertes des Masterplans Klima + Energie 2020 unrealistisch. Offen bleibt aber, ob nach der Corona-Krise mit steigendem Wirtschaftswachstum der zukünftig notwendige österreichische Zielpfad für 2030 eingehalten werden kann. Auch wenn den von Bund und Land bereits geplanten Klimaschutzinvestitionen eine große Bedeutung zukommt, lässt sich das in Verbindung mit den erforderlichen ordnungs- und steuerpolitischen Maßnahmen noch nicht abschließend abschätzen.

Die aktuelle Situation bewerten wir mit -1.



Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Das Ansteigen des Energieverbrauchs ist untrennbar mit der Wachstumsdynamik seit der Industriellen Revolution verknüpft. Weltweit wuchs der Energieverbrauch pro Kopf von 1850 bis 2010 auf das 6,5-fache; infolge der Bevölkerungszunahme stieg er in dieser Zeit insgesamt beinahe auf das 50-fache.

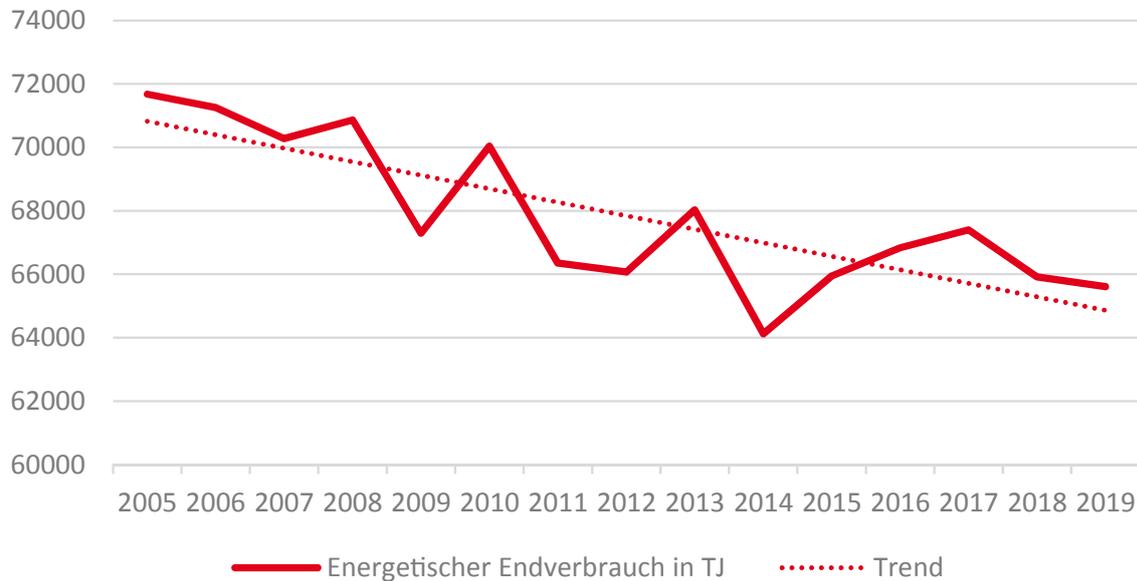
Der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern wird dementsprechend einen grundlegenden Wandel der österreichischen Wirtschaft mit sich bringen. Die Auswirkungen auf zentrale Sektoren wie Energieversorgung, Mobilität, Gebäude (Heizung und Kühlung) und (Export-)Industrie müssen größtenteils noch bestimmt werden. Es ist aber davon auszugehen, dass die Interessen der Beschäftigten und KonsumentInnen von den notwendigen Änderungen umfassend betroffen sein werden. Gezielte Maßnahmen zur Vermeidung negativer Verteilungs- und Beschäftigungswirkungen sind daher von großer Bedeutung.

Die Beobachtung der Treibhausgasemissionen erlaubt es, die Wirksamkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen hinsichtlich der Klimaziele zu beurteilen. Gleichzeitig müssen diese Maßnahmen auch an den anderen wirtschaftspolitischen Zielen – insbesondere Vollbeschäftigung und Verteilungsgerechtigkeit – ausgerichtet werden („gesamtwirtschaftliche Optimierung“).

Bisher ist aber kein umfassendes Maßnahmenpaket abzusehen, das die Erreichung der an das strengere EU THG-Reduktionziel von 55 Prozent noch anzupassenden nationalen Zielvorgaben sicherstellen würde. Ebenso wenig sind die Salzburger Emissionsziele des Masterplans Klima + Energie 2030 ausreichend durch Maßnahmen abgesichert.

4.2 Energetischer Endverbrauch

Abbildung 14: Energetischer Endverbrauch in Salzburg



Beschreibung

Der energetische Endverbrauch ist die zentrale Größe zur Messung des Energieverbrauchs einer Volkswirtschaft. Er stellt den Gesamtenergieverbrauch aller EndnutzerInnen²⁴ – in der Regel eingeteilt in private Haushalte, Verkehr, Sachgüterproduktion, Dienstleistungen und Landwirtschaft – dar.

Im Rahmen der Energie- und Klimapolitik kommt der Reduktion des Energieverbrauchs bzw. der Steigerung der Energieeffizienz eine zentrale Rolle zu; bedeutet dies doch nicht nur einen geringeren CO₂-Ausstoß, sondern auch eine Verringerung der Importabhängigkeit und damit eine Erhöhung der Versorgungssicherheit. Ein effizienter Energieeinsatz führt zu geringeren Energiekosten für private Haushalte und Unternehmen und ist damit für die energieintensive Industrie sowie für einkommensschwache Haushalte von besonderer Bedeutung. Energieeffizienzmaßnahmen reduzieren die Energiekosten und stärken so die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Sie lösen gleichzeitig die Nachfrage nach adäquaten technischen Lösungen und Dienstleistungen aus und führen so angebotsseitig zu Innovationen.

²⁴ Nicht umfasst ist jene Energie, die von der Energiewirtschaft oder der Industrie zur Umwandlung in Energie verwendet werden (Stromproduktion), da dies einer Doppelzählung gleichkommen würde.

Zielwert

Österreich hat sich zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele der EU bekannt. Da die Umsetzung der in Paris 2015 definierten Klimaziele auf europäischer Ebene wird in der energiepolitischen Rahmensetzung der EU bis 2030 festgehalten. Mit der im Dezember 2020 erfolgten Erhöhung des THG-Reduktionszieles der EU bis 2030 auf 55 Prozent sind neue Vorgaben in Ausarbeitung. Bisher wurde für 2030 ein nationales Energieeffizienzziel von -36 Prozent im Vergleich zum Jahr 2005 angestrebt. Als nationales Effizienzziel für 2020 ist im Energieeffizienzgesetz ein Endenergieverbrauch von 1050 Petajoule festgelegt. Erreicht werden soll das in erster Linie durch eine Verpflichtung der Energielieferanten zur Durchführung von Energieeffizienzmaßnahmen.

Der Salzburger Masterplan Klima + Energie 2020 legt als Einsparungsziel für den Bruttoendenergieverbrauch 5,8 PJ fest. Der aktuelle Salzburger Masterplan Klima + Energie 2030 legt kein Einsparungsziel für den Endenergieverbrauch fest.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Betrachtet man die Entwicklung des Energieverbrauchs über den Zeitraum 2000 bis 2019, so werden die unterschiedlichen Entwicklungen in einzelnen Sektoren deutlich. Der starke Zuwachs des Energieverbrauchs kommt vor allem aus den Sektoren Verkehr mit +41,1 Prozent und Sachgüterproduktion mit +24,8 Prozent. In Salzburg betrug die Zunahme im Verkehr +34,9 Prozent und in der Sachgüterproduktion +34,3 Prozent. Damit entfällt beinahe die gesamte Zunahme des Energieverbrauchs der letzten 19 Jahre auf die beiden Sektoren, die heute gemeinsam für zwei Drittel des energetischen Endverbrauchs verantwortlich sind. Im Dienstleistungssektor hat der Energieverbrauch +1,8 Prozent zugenommen und im Landwirtschaftsbereich -1,3 Prozent abgenommen. In Salzburg ist der Verbrauch im Dienstleistungssektor um -12,1 Prozent und im Landwirtschaftsbereich um -10,6 Prozent gesunken. Einzig der Energieverbrauch der privaten Haushalte hat in Österreich mit -1,3 Prozent leicht abgenommen, während in Salzburg ein Anstieg um +3,8 Prozent erfolgte. Positiv ist in Salzburg der seit 2005 wieder sinkende Trend beim energetischen Endverbrauch.

Im Jahr 2019 stieg der energetische Endverbrauch gegenüber dem Vorjahr um 1 Prozent auf 1.140 Petajoule. In Salzburg sank der energetische Endverbrauch um 0,5 Prozent auf 65,6 PJ. Die angestrebte Stabilisierung des Energieverbrauchs bei 1.050 Petajoule wurde damit um 8,6 Prozent deutlich verfehlt. Damit zeigt sich eine wesentliche Schwäche des Energieeffizienzgesetzes. Denn die Anerkennung von Energieeffizienzmaßnahmen ist derzeit viel zu großzügig ausgestaltet. So wurde etwa die Anschaffung von sparsamen Glühbirnen oder aufschraubbaren Wasserdurchlaufbegrenzern als Maßnahmen angerechnet, selbst wenn sie gar nicht eingesetzt werden. Die Effizienzziele werden so zwar am Papier erreicht, in der Realität sinkt der Verbrauch aber nicht im gewünschten Ausmaß.



Die aktuelle und künftige Entwicklung bewerten wir neutral. Der Energieverbrauch ist bis 2019 gestiegen und Österreich hat sich etwas von seinem Ziel entfernt. In Salzburg ist aber der Verbrauch seit 2005 gesunken. Wie sich mit der Corona-Krise der Entwicklungstrend ändert, ist noch offen. Zwar wurde mit dem Bundes-Energieeffizienzgesetz ein gutes Instrument geschaffen.

Gelingt es, dieses Instrument noch weiter zu verbessern, so ist auch das Einsparziel greifbar. Werden jedoch keine Maßnahmen ergriffen, so bleibt das Bundesenergieeffizienzgesetz ein zahnloses Instrument – und die Erreichung der klima- und energiepolitischen Ziele rückt in weite Ferne.

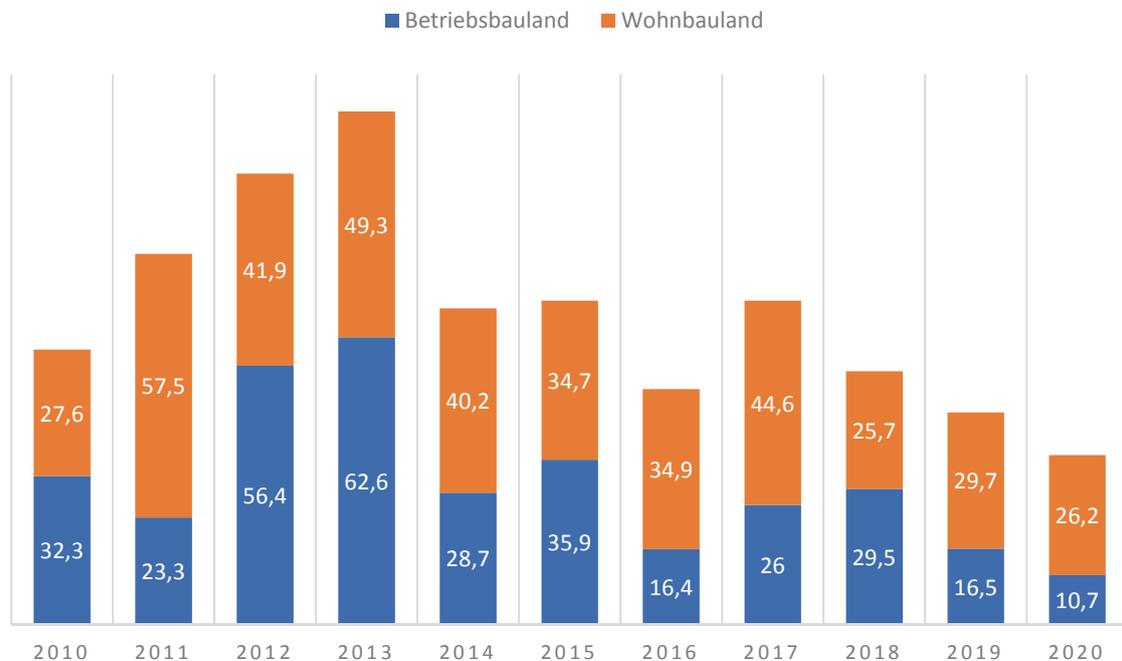
Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Zur Erreichung der klima- und energiepolitischen Ziele ist eine deutliche Reduktion des Endverbrauchs – nicht zuletzt durch eine Steigerung der Energieeffizienz – unabdingbar. Sie ist die zentrale Voraussetzung, um unsere Energienachfrage künftig durch erneuerbare Energie decken zu können. Denn nur wenn es uns gelingt, den Energieverbrauch wie geplant zu reduzieren, wird es möglich sein, uns durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion von fossilen Energieträgern unabhängig zu machen. Damit dies gelingt muss der Verkehr miteinbezogen, die Anrechnung von Energieeffizienzmaßnahmen restriktiver und die Ziele ambitioniert ausgestaltet werden. Investitionen in die thermische Sanierung und die Dekarbonisierung der Raumwärmeerzeugung kommt tragende Bedeutung zu. Einkommensschwache Haushalte müssen dabei ausreichend unterstützt werden.

Dabei spricht alles dafür, die Energieeffizienz als Chance zu nutzen mithilfe eines verbesserten Energieeffizienzgesetzes proaktiv voranzutreiben. Die Verantwortung dafür liegt beim Bund.

4.3 Flächeninanspruchnahme

Abbildung 15: Baulandausweisung im Bundesland Salzburg in HA



Beschreibung

Der „Verbrauch“ der Ressource Boden wird mit der Inanspruchnahme als Bau-, Verkehrs-, Freizeit- oder Abbaufäche gemessen. Rund 40 Prozent der beanspruchten Fläche ist versiegelt. Aus Umweltperspektive ist dies problematisch, da dies zu einer permanenten Abdeckung des Bodens mit einer wasserundurchlässigen Schicht führt.

Salzburg liegt mit einer versiegelten Fläche von 246 m²/EW etwas besser als der österreichische Durchschnitt von 266 m²/EW. Die ausgewiesene Baulandfläche ist von 260,5 m²/EW im Jahr 2015 auf 255,4 m²/EW im Jahr 2019 gesunken.

Zielwert

Konkrete Zielvorgaben können für eine flächensparende Raum- und Bodenpolitik sinnvoll sein. Für Österreich wurde in der Nachhaltigkeitsstrategie aus 2002 ein Zielwert von 2,5 Hektar pro Tag festgelegt. In der Österreichischen Strategie Nachhaltige Entwicklung 2011 wurde dieser Wert bestätigt. (Zudem soll der Zuwachs dauerhaft versiegelter Flächen mittelfristig auf ein Zehntel des heutigen Wertes reduziert werden). Für Salzburg gibt es keinen eigenen Zielwert. Für die AK ist eine Abflachung des Trends bei der Flächeninanspruchnahme zielführend.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Die Flächeninanspruchnahme entwickelt sich seit Jahren viel dynamischer als das Bevölkerungswachstum. Aktuelle Daten des Umweltbundesamtes zeigen, dass im Durchschnitt der Drei-Jahres-Periode 2017 – 2019 der Bodenverbrauch bei 12 Hektar pro Tag liegt – in Salzburg bei 0,62 Hektar. Es gibt in den letzten Jahren insofern eine positive Entwicklung, als sich die Flächeninanspruchnahme im Vergleich zur Periode 2009 – 2012 (mit 22,4 Hektar pro Tag) fast halbiert hat. Dennoch liegt der Flächenverbrauch mit noch immer auf sehr hohem Niveau und ist weit vom Zielwert der Nachhaltigkeitsstrategie entfernt.

Da die Zuständigkeit für Bodenpolitik bei den Mitgliedstaaten liegt, sind Vergleichsdaten zur Flächeninanspruchnahme in der EU nur begrenzt verfügbar. Der EU-Kommission ist dieses Thema sehr wichtig, weshalb sie im Jahr 2012 die Leitlinien für bewährte Praktiken zur

Begrenzung, Milderung und Kompensierung der Bodenversiegelung veröffentlichte (Europäische Kommission 2012). Diese zeigen einen EU-weiten Flächenverbrauch in den Jahren 1990-2000 von 1.000 km² pro Jahr oder 275 Hektar pro Tag, wobei die Zunahme der Siedlungsfläche auf 6 Prozent geschätzt wird. Im Zeitraum 2000-2006 ging der Flächenverbrauch auf 920 km² pro Jahr bzw. 252 Hektar pro Tag zurück. Die gesamte versiegelte Bodenfläche wurde auf etwa 100.000 km² oder 2,3 Prozent der Fläche der EU geschätzt; dies entspricht einem Durchschnitt von 200 m² je EU-BürgerIn. Österreich liegt mit seiner Flächeninanspruchnahme im Mittelfeld²⁵.

Mit der Versiegelung gehen wichtige Schutzfunktionen des Bodens für Mensch und Umwelt verloren. Großflächige Einkaufszentren und Betriebsansiedlungen auf der grünen Wiese sind zum Teil für den hohen Bodenverbrauch verantwortlich. Gleichzeitig ist mit der Flächenwidmung für neuen Wohnraum und Gewerbebetriebe am Dorf- bzw. Stadtrand oft eine Verödung des Ortskerns verbunden. Das Umweltbundesamt schätzt für Österreich die verbaute, ungenutzte Fläche inklusive Gewerbeflächen und leerstehender Häuser auf insgesamt 40.000 Hektar; das entspricht in etwa der Fläche der Stadt Wien. Aber auch der Traum vom Eigenheim im Grünen trägt zur Zersiedelung bei.

Boden ist gleichzeitig auch eine wichtige Ressource für leistbares Wohnen. Das starke Bevölkerungswachstum – insbesondere in den Städten – sorgt für große Nachfrage nach Flächen. Gleichzeitig hat die Finanzkrise eine hohe Nachfrage nach Immobilien ausgelöst. So zeigen die Daten des Wohnimmobilienpreisindex der Oesterreichischen Nationalbank von 2007 – 2018 eine Steigerung der Immobilienpreise für Gesamtösterreich um rund 50 Prozent, für Wien um 95 Prozent. Der Salzburger Immobilienindex SIX weist für die Stadt Salzburg und Umgebung eine Steigerung von 109 Prozent zwischen 2009 und 2019 aus. Die Erhebungen der AK Salzburg belegen einen Mietpreisanstieg von 60 Prozent in den letzten 20 Jahren. Eine der zentralen Fragen ist, wie zukünftig die Bereitstellung der erforderlichen Flächen für die Deckung des Wohnbedarfs einer wachsenden Bevölkerung und gleichzeitig ein sparsamer Umgang mit den vorhandenen Flächen sichergestellt werden kann.

Bei Würdigung des positiven Trends der letzten Jahre, aber gleichzeitiger Skepsis, dass durch das starke Bevölkerungswachstum die Zielwerte erreicht werden, kommen wir den Indikator auf der 5-teiligen Skala von -2 bis +2 neutral mit 0.



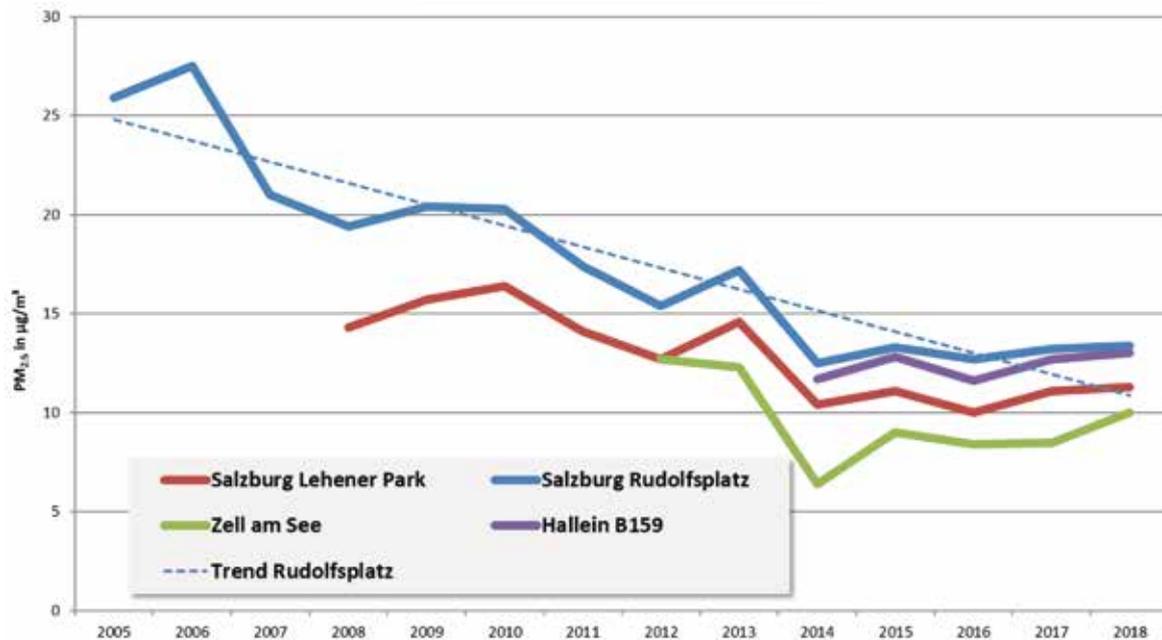
25 EEA – European Environment Agency (2017): Landscapes in transition. An account of 25 years of land cover change in Europe, EEA Report No 10/2017, online unter <https://www.eea.europa.eu/publications/landscapes-in-transition>

Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Bevölkerungswachstum und Wirtschaftsentwicklung werden auch in Zukunft zusätzliche Flächen erfordern. Um zukünftig einen sparsamen Umgang mit Flächen sowie die Bereitstellung von erforderlichen Flächen für leistbaren Wohnraum sicherzustellen, braucht es eine aktive Bodenschutz- und Raumordnungspolitik, die beide Interessen berücksichtigt. Flächenverbrauch kann bspw. aktiv gesenkt werden, indem bereits erschlossene Flächen im Ortskern besser genützt werden, bevor neues Bauland am Ortsrand ausgewiesen wird oder indem Zersiedlung durch effektivere Raumplanung vermieden wird. Die Kompetenz bei der Raumplanung als auch beim Bodenschutz liegt bei den Bundesländern. Eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit einer verringerten Inanspruchnahme von zusätzlichen Baulandflächen stößt allerdings mangels Länderkompetenz für den hoheitlichen Zugriff auf nicht genutzte Baulandflächen an rechtliche Grenzen.

4.4 Feinstaubbelastung

Abbildung 16: Trend der Jahresmittelwerte von PM_{2,5} im Jahr 2020



Quelle: Land Salzburg Luftgütebericht 2020

Der Grenzwert von 25 µg/m³ (als JMW) für PM_{2.5} wird seit dem Jahr 2007 an allen Standorten im Land Salzburg eingehalten. Der WHO Richtwert von 10 µg/m³ wird an allen Messstellen eingehalten

Beschreibung

Luft ist ein „Lebensmittel“. Wird unsere Umgebungsluft durch Luftschadstoffe verunreinigt, hat das Folgen für die Gesundheit und die Lebensqualität von Menschen. Kurzfristige Belastungsspitzen bei erhöhten Konzentrationen verschärfen generell bereits bestehende Krankheiten, langandauernde Belastungen erhöhen das Risiko einer Erkrankung. Besonders betroffen davon sind Kinder, ältere Menschen und – vor allem in Schwellen- und Entwicklungsstaaten – Menschen aus Haushalten mit einem niedrigen Einkommen.

Bei Luftverschmutzung ist zwar stets von einem „Cocktail“ an verschiedenen Luftschadstoffen (Feinstaub, Stickoxiden, Ozon, Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid) auszugehen, jedoch hat sich als wichtigster Indikator Feinstaub (PM₁₀ und PM_{2,5}) zur Beurteilung gesundheitlich unbedenklicher Umgebungsluft durchgesetzt (EEA, WHO, OECD).

Unter Feinstaub werden gemeinhin Teilchen mit einem Durchmesser von kleiner als 10 µm (PM10) bzw. von 2,5 µm (PM2,5) definiert, die über den Kehlkopf hinweg bis tief in die Lunge gelangen. Diese Feinstaubfraktionen belasten die menschliche Gesundheit mehr als jeder andere Luftschadstoff (Herz- und Lungenkrankheiten, Krebs). Laut Berechnungen der Europäischen Umweltagentur (European) gehen in Österreich 6.570 vorzeitige Todesfälle auf Luftverschmutzung zurück, davon 5.300 auf PM2,5. Für die EU wird die PM2,5 Belastung auf 342.200 vorzeitige Todesfälle veranschlagt²⁶. Aufgrund abnehmender Luftverschmutzung ist zwar von einem Rückgang der vorzeitigen Todesfälle auszugehen, die Folgen lang andauernder Luftverschmutzung (z.B. Lungenfehlbildung im Kindesalter und Spätfolgen bei Erwachsenen) werden aber auch nach dem Erreichen des WHO-Jahresmittelwertes spürbar sein

Die Jahresmittelwerte für PM2,5 werden als Indikatoren für gesunde Umgebungsluft auch von den Vereinten Nationen (UN) für die SDGs herangezogen (hier gemeinsam mit PM10), ebenso vom Better-Life-Index der OECD. Bei der Vergleichbarkeit der Länder ergeben sich jedoch Probleme, da auf UN-Ebene und bei der Europäischen Umweltagentur PM-Datensätze nur für städtische Ballungsräume ausgewiesen werden, während das österreichische Umweltbundesamt auf die Gesamtbevölkerung abstellt (wobei auch die Berechnung für städtische Ballungsräume technisch möglich wäre).

Zielwert

Zielwert für den Indikator Feinstaub ist die Empfehlung der WHO für den Jahresmittelwert von PM2,5. Im Unterschied zu rechtlich verbindlichen Grenzwerten stellen die Empfehlungen der WHO ausschließlich darauf ab, dass die Gesundheit der Bevölkerung nicht signifikant gefährdet wird. Andere Kriterien (z.B. wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Überlegungen, politische Wertentscheidungen) spielen hier keine Rolle. Dementsprechend setzt die WHO-Empfehlung den Jahresmittelwert bei PM2,5 sehr anspruchsvoll mit 10 µg/m³ fest, während der EU-Grenzwert bei 25 µg/m³ liegt. Zu beachten ist, dass die WHO derzeit ihre Empfehlungen einer Überprüfung unterzieht und daher auch ihren Jahreszielwert für PM2,5 revidieren könnte

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Österreich und Salzburg haben bei der Luftqualität seit 2005 enorme Fortschritte erzielt. Der WHO Richtwert ist in Österreich beinahe und in Salzburg bereits erreicht. Wesentlicher Politiktreiber bei der Reduktion der Luftverschmutzung sind einschlägige EU-Rechtsvorschriften. Nationale Alleingänge („Umweltmusterland Österreich“), die noch in den 1980 und 1990er Jahren unternommen wurden (z.B. Katalysator bei Pkw), erfolgen dagegen nicht mehr. Neben sektoriellen EU-Abgasregelungen (z.B. industrielle Anlagen, Kfz) sind die RL Umgebungsluft (RL 2008/50/EG) und über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe (RL EU/2016/2284) Ausgangspunkt für Bund, Länder, Städte und Gemeinden, Verbesserungen bei der Luftqualität zu unternehmen. Wertvolle Impulse waren auch im letzten Jahrzehnt die Enthüllung von Defiziten öffentlicher Behörden („Diesel-Pkw-Skandal“) sowie die Bewertung wissenschaftlicher Erkenntnisse (z.B. Einstufung von Dieselruß als eindeutig krebserregend durch die internationale Krebsagentur im Jahr 2012).

26 EEA – European Environment Agency (2019): Air quality in Europe – Report 2019. <https://www.eea.europa.eu/publications/air-quality-in-europe-2019>

Aufgrund der positiven Entwicklung in den letzten Jahren und dem Erreichen des WHO-Zielwertes in Salzburg bewerten wir den Verlauf der Feinstaubbelastung mit +2.



Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Die EU-Richtlinie 2016/2284 über nationale Emissionshöchst-mengen für bestimmte Luftschadstoffe setzt Österreich teilweise sehr ehrgeizige Vorgaben, die spätestens im Jahr 2030 erfüllt werden müssen. Besonders Ammoniak (NH₃) und Stickoxide (NO_x) stellen Österreich in der Landwirtschaft, bei Feststoffbrenn-heizungen und im Verkehr vor Herausforderungen. Zu kritisieren sind weiterhin Defizite bei der Umsetzung politischer Schritte zur Verminderung von Ammoniak-Emissionen. Diese werden fast ausschließlich in der Landwirtschaft verursacht. Wirksame Maßnahmen scheitern an der Landwirtschaft. Die Kommission²⁷ hält die Einhaltung der für das Jahr 2020 und 2030 vorgegeben Emissionshöchst-mengen für unwahrscheinlich.

27 Europäische Kommission (2020b): Report on the progress made on the implementation of Directive (EU) 2016/2284 on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants. COM(2020) 266 final, https://ec.europa.eu/environment/air/pdf/reduction_napcp/1_EN_ACT_part1_v7.pdf (10.9.2020).

4.5 Verkehrslärm

Lärmbetroffene in Salzburg und Österreich 2017 über den Schwellenwerten für die Aktionsplanung

Straßenverkehr*	Tag-Abend-Nachtzeitraum Lden > 60 dB	Nachtzeitraum Lnight > 50 dB
Salzburg	71.880	86.400
Österreich	2.014.400	2.215.100
Eisenbahnen**	Tag-Abend-Nachtzeitraum Lden > 70 dB	Nachtzeitraum Lnight > 60 dB
Salzburg	1.900	5.900
Österreich	37.100	90.400
Flughäfen	Tag-Abend-Nachtzeitraum Lden > 65 dB	Nachtzeitraum Lnight > 55 dB
Salzburg	-	-
Österreich	-	200

* Hauptverkehrsstraßen mit mehr als 3 Mio Kfz pro Jahr außerhalb von Ballungsräumen

** Haupteisenbahnstrecken mit mehr als 30.000 Zügen pro Jahr außerhalb von Ballungsräumen

Quelle: BMNT 2018, eigene Berechnungen

Beschreibung

Lärm ist unerwünschter, störender und belästigender Schall. Die Verkehrslärmbetroffenen sind im Rahmen der Aktionsplanung gemäß EU-Umgebungslärmrichtlinie (END) erstmals 2007, dann 2012 und 2017 erhoben worden und künftig im Fünfjahresrhythmus zu erheben. Seit 2009 sind so erstmals Daten zur objektiven Lärmbelastung öffentlich verfügbar. Ihr grundsätzlicher Vorteil liegt darin, dass sie prinzipiell örtlich genau auswertbar sind. Daten zur subjektiv empfundenen Belästigung aus Befragungen – wie sie die Statistik Austria seit 1970 wiederkehrend im Rahmen des Mikrozensus „Umweltbedingungen des Wohnens“ erhebt – sind lokal nicht zuordenbar.

Ruheschutz beim Wohnen und eine entsprechende akustische Umgebungsqualität entscheiden über Erholungsmöglichkeiten und Wohlfühlen beim Wohnen. Verkehrslärm ist gemäß Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nach der Luftverschmutzung das Umweltproblem mit den zweitstärksten Auswirkungen auf die Gesundheit in Europa. Die EuropäerInnen verlieren jedes Jahr mindestens eine Million gesunde Lebensjahre durch die Auswirkungen von Umgebungslärm²⁸. Gemäß END werden einerseits der Tag- Abend-Nacht-Lärmindex Lden („den“ bedeutet day-evening-night, also 06:00 bis 19:00 – 19:00 bis 22:00 – 22:00 bis 06:00) sowie der Nachtlärmindex Lnight erhoben, um die jeweils über ein Jahr gemittelte Lärmbelastung während der einzelnen Tageszeitabschnitte abzubilden. Diese physikalischen Größen werden – abgeleitet aus dem sogenannten energieäquivalenten Dauerschallpegel und angegeben in Dezibel (dB) – für das hochrangige Straßen- und Schienennetz und Flughäfen sowie für Ballungsräume (>100.000 EinwohnerInnen) errechnet.

28 WHO – World Health Organisation (2011): Burden of disease from environmental noise. Quantification of healthy life years lost in Europe. <http://www.euro.who.int/en/health-topics/environment-and-health/noise/publications/2011/burden-of-disease-from-environmental-noise.-quantification-of-healthy-life-years-lost-in-europe>

Zielwert

Ein Ziel „Null-Belastung ist unmöglich. Die in der Tabelle angegebenen Schwellenwerte sind in der Bundes-Umgebungslärmschutzverordnung (BGBl. II 144/2006) festgelegt: Sie legen die Bereiche fest, für die Aktionspläne auszuarbeiten sind; im Straßenverkehr sind das 60dB/50dB (Lden/ Lnight), im Eisenbahnverkehr 70dB/60dB, im Flugverkehr 65dB/55dB. Sie korrelieren mit den im Neubau und in der Bestandsanierung in Österreich üblichen Grenzwerten. Demnach wohnen allein in Salzburg fast 72.000 Menschen (Ö: 2 Mio) über den Tag-Abend-Nacht-Schwellenwert für Straßenlärm bzw. 5.900 Menschen (Ö: 90.000) über den Nacht-Schwellenwerten für Eisenbahnen.

Die WHO empfiehlt für den vorbeugenden Gesundheitsschutz 45 dB nachts und 55 dB untertags, wie in den Raumordnungsvorschriften der Länder als Richtwert für Wohnen verankert. In den daraus sich ergebenden Konfliktzonen – über den Vorsorgewerten, aber unter den Grenzwerten – wohnen zusätzlich z.B. in Salzburg 94.000 oder in Österreich 0,8 Mio Menschen bezogen auf den Tag-Abend- Nachtwert Straße.

Die 2018 veröffentlichten WHO-Leitlinien für Umgebungslärm für die Europäische Region zeigen im Unterschied zur bisherigen Ansicht auch, dass Schienenlärm nicht als „weniger belästigend“ als Straßenverkehrslärm erlebt wird. Die von der WHO empfohlenen Grenzwerte liegen daher für Schienenlärm mit 54dB/44 dB und mit 45 dB/40 dB deutlich unter den österreichischen Werten. Die Dosis-Wirkungsbeziehung, also die Frage, welcher Pegel wie sehr belästigt bzw. krank macht, ist ein eigenes komplexes Forschungsfeld. Dessen Ergebnisse zeigen bspw., dass mit zunehmendem Lden bzw. Lnight der Prozentsatz von hoch belästigten Personen zunimmt. Ähnliches gilt auch für die Krankheitswirkungen (insbesondere Herzkreislauf, Depression, ...).

Unabhängig von den fachlich diskutierten Grenzwerten, die Dimension des Gesamtproblems ist jedenfalls größer. Denn bei der in Österreich angewandten Betrachtungsweise werden in den Aktionsplänen Lärmprobleme im niederrangigen Straßen- und Schienennetz und Probleme aus dem Zusammenwirken mehrerer Quellen ausgeblendet. Alleine ersteres würde die Anzahl der Lärmbetroffenen rund um ein Drittel erhöhen.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Hinsichtlich der Anzahl der Lärmbetroffenen – das gilt auch im Vergleich mit den Nachbarstaaten – ist der Stand der Problembewältigung als durchaus adäquat einzustufen. Sichtbar mit den Lärmschutzwänden im hochrangigen Verkehrsnetz werden Maßnahmen gesetzt. Wir bewerten daher die aktuelle Situation und die kurzfristige Dynamik neutral.



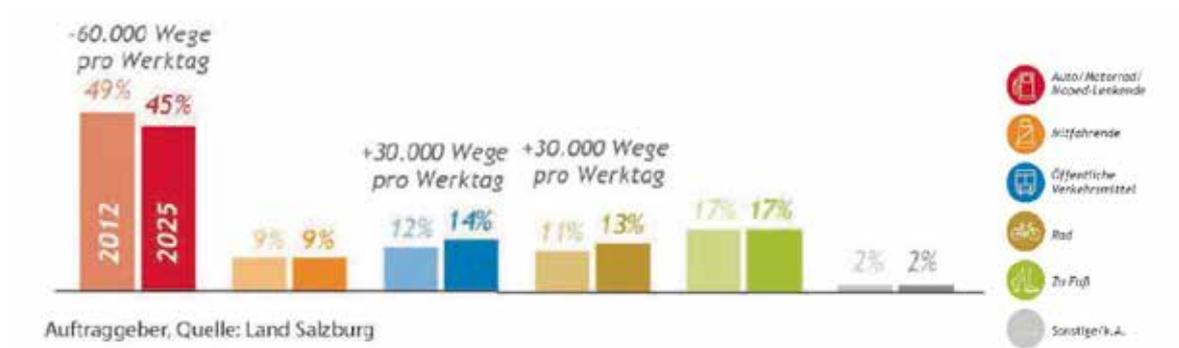
Allerdings ist eine tiefgreifende Kompetenzzersplitterung in Österreich festzustellen und, dass die Sanierung von Bestandstrecken durchwegs nicht geregelt ist. Lärmbetroffene haben keinerlei Ansprüche auf Tätigwerden. Österreich hat die END nur im minimal erforderlichen Ausmaß umgesetzt. Die vorgelegten Aktionspläne enthalten praktisch keine konkreten Maßnahmen. Sanierung findet nur nach Maßgabe budgetärer Bedeckung und als Ergebnis politischer Absprachen statt. Die Chance, die Aktionspläne auch zur Lärmvorsorge zu nutzen, wurde gar nicht ergriffen. Positiv und richtungsweisend wirkt als zentrales Element für Lärmschutz und Lärmvorsorge in Salzburg die Richtlinie Immissionsschutz in der Raumordnung.

Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Eine wohlstandsorientierte Lärm-minderungs- und Lärmvorsorgepolitik erfordert einen am Vor-sorge- und Verursacherprinzip orientierten Rechtsrahmen mit bundeseinheitlich verpflichtenden, am Gesundheitsschutz orientierten Grenzwerten. Infrastrukturbetreiber sind zur laufenden Lärm-minderung (Lärm-minderungsmanagement) zu verpflichten. Die Bund-Länder-Zusammenarbeit bei Raumordnung und Verkehrsplanungen sowie fortschrittliche Lärm-minderungsplanungs-verfahren auf Länderebene müssen gesetzlich verankert werden. Aktionspläne haben wirksame und konkrete Lärmschutz-Maßnahmen für die nächsten fünf Jahre und klare Prioritäten transparent zu benennen. Bevölkerung und Fachöffentlichkeit sind an der Aktionsplanung effektiv zu beteiligen. Aktionspläne müssen gerichtlich überprüfbar, Individualrechte einklagbar sein.

4.6 Öffentlicher Verkehr

Abbildung 17: Verkehrsmittelwahl – Ziele bis 2025



Beschreibung des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil insbesondere des öffentlichen Verkehrs (ÖV), aber auch des Umweltverbundes (öffentliche Verkehrsmittel, Rad, Zu Fuß) am gesamten Personenverkehr, gemessen in Personenkilometern bzw. Wege pro Werktag an. Der ÖV bzw. der Umweltverbund ist aus drei Gründen relevant für die Beurteilung des Wohlstands einer Gesellschaft: Erstens sichert er den allgemeinen Zugang zu Mobilität. Zweitens trägt er zur Reduktion klimaschädlicher Verkehrsemissionen bei. Drittens sind die Öffis bzw. der Umweltverbund im Vergleich zum Individualverkehr sehr preiswert. Laut Statistik Austria betragen die Ausgaben der österreichischen Haushalte für den Pkw das 17-fache von jenen für den öffentlichen Verkehr.²⁹

Zielwert

Auf der Basis einer umfassenden Mobilitätserhebung 2012 wurde im Salzburger Landesmobilitätskonzept (LMK) 2016-2025³⁰ der Zielwert (siehe Grafik) auf das sogenannte „Zwei plus Zwei Prozent – Ziel“ festgelegt. Dieses beinhaltet die Verlagerung von insgesamt vier Prozentanteilen, das sind 60.000 Wege pro Werktag, weg vom motorisierten Individualverkehr (MIV) und hin zu den Öffentlichen Verkehrsmitteln und zum Radverkehr. ÖV und Rad sollen bis 2025 jeweils 30.000 Wege pro Werktag, also 60.000 Wege pro Werktag insgesamt vom MIV übernehmen. Vorarlberg erreichte etwa mit ambitionierten Maßnahmen im Zeitraum 2003 bis 2013 derartige Verlagerungsziele.

²⁹ AK-Wohlstandsbericht, AK-Wien (2020). S. 71

³⁰ salzburg.mobil 2025, Salzburger Landesmobilitätskonzept 2016-2025 (2016), S.9

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Die Klimaschutzvorgaben sehen vor, dass die verkehrsbedingten THG in Österreich von 24,1 Mio. Tonnen bis zum Jahr 2030 um ein Drittel und in Salzburg von 1,46 Mio. Tonnen sogar um die Hälfte sinken müssen.³¹

Um das Salzburger Verlagerungsziel bis 2025 zu erreichen wurden zusammen mit den Stakeholdern im LMK 10 Leitprojekte und 84 Einzelmaßnahmen mit klaren Zeithorizonten für die Umsetzung fixiert.

Leider wurde die schon seit dem vorherigen LMK 2006-2015 versprochene Fahrplanangebotsausweitung durch einen integralen „Salzburg Takt“ für Bahn und Bus (nach dem Schweizer Modell) bis jetzt nicht in Angriff genommen.

Dafür wird die (unterirdische) Verlängerung der Lokalbahn als Regionalstadtbahn (neuerdings „S-Link“) durch das Stadtzentrum und weiter bis Hallein vorangetrieben. Bund, Land und Stadt werden dafür rd. 650 Mio. zur Verfügung stellen. Bis 2023 soll der Baubeginn für die unterirdische Strecke bis zum Schloss Mirabell erfolgen und ab 2025 sollen dort schon die Züge fahren!

Sehr positiv ist allerdings die Tarifreform („myRegio“ Zeitkarten) vom Jänner 2020 zu bewerten, welche die Zeitkarten bzw. insbesondere die Jahresnetzkarten bis zu 70 Prozent verbilligt hat und von Streckenzeitkarten auf Netzzeitkarten umgestellt hat. Die Netzkarte für das ganze Bundesland kostet nun 595 Euro statt rd. 1.550 Euro. Eine Jahresnetzkarte für eine Region/Bezirk kostet nun 365 Euro und zwei Regionen/Bezirke 495 Euro. Günstiger sind nur noch (das deutlich größere) Tirol sowie Vorarlberg und Wien (allerdings mit jeweils deutlich besseren Fahrplanangeboten).

Zwar stiegen die Fahrgastzahlen bis 2019 im öffentlichen Verkehr im Salzburger Verkehrsverbund seit dem LMK-Referenzjahr 2012 um rd. 16 Prozent oder 6,8 Mio. auf 48,6 Mio./Jahr an. Aber es zeichnet sich jetzt schon ab, dass bei der derzeitigen Dynamik das Verlagerungsziel von plus 30.000 Wege/Werktag nicht erreicht werden wird. Insbesondere zeigen die Straßenverkehrszählstellen auf Landesstraßen und Autobahnen im Bundesland im selben Zeitraum Zuwächse um rd. 15 Prozent. Das angestrebte Ziel einer Abnahme von 60.000 Wegen pro Werktag zwischen 2012 und 2025 im MIV wird daher bei weitem verfehlt!³²

Die Aktuelle Situation bewerten wir – aufgrund der Tarifreform – daher mit 0 Punkten.



Die Corona-Pandemie hat durch hohe Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Homeoffice und teilweise gesperrte Schulen das gesamte Verkehrsaufkommen verringert. Gleichzeitig ist aber auch – bedingt durch die relativ unbegründete Angst vor einer Ansteckung – ein Abwandern von den Öffis zum Rad und ein vergleichsweise trotz hoher Homeoffice-Anteile starker Pkw-Verkehr zu beobachten. So haben sich bei den ÖBB die PassagierInnenzahlen 2020 österreichweit gegenüber 2019 um 40 Prozent reduziert. Auf Salzburgs Straßen waren dagegen schon im Sommer 2020 in und um die Stadt Salzburg und in den Bezirkszentralräumen fast genauso viele Pkw unterwegs wie 2019. Die „Öffnung“ nach dem 19. Mai 2021 hat aber gezeigt, dass auch im ÖV weitgehend Normalbetrieb eingeleitet ist.

31 Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 1990–2018, Umweltbundesamt (2020), S.88 und Land Salzburg, Masterplan Klima+Energie 2030, S.6

32 Eigene Berechnungen, Statistisches Handbuch Land Salzburg, Ausgaben 2017 und 2019, S. 119 f.

Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Salzburgs ÖV-Angebot liegt im Österreich-Vergleich im Mittelfeld. Durch die 10 LMK-Leitprojekte könnte es gelingen, den ÖV-Anteil am gesamten Personenverkehr nachhaltig zu erhöhen. Dafür braucht es einen Mix von „Push & Pull“-Instrumenten:

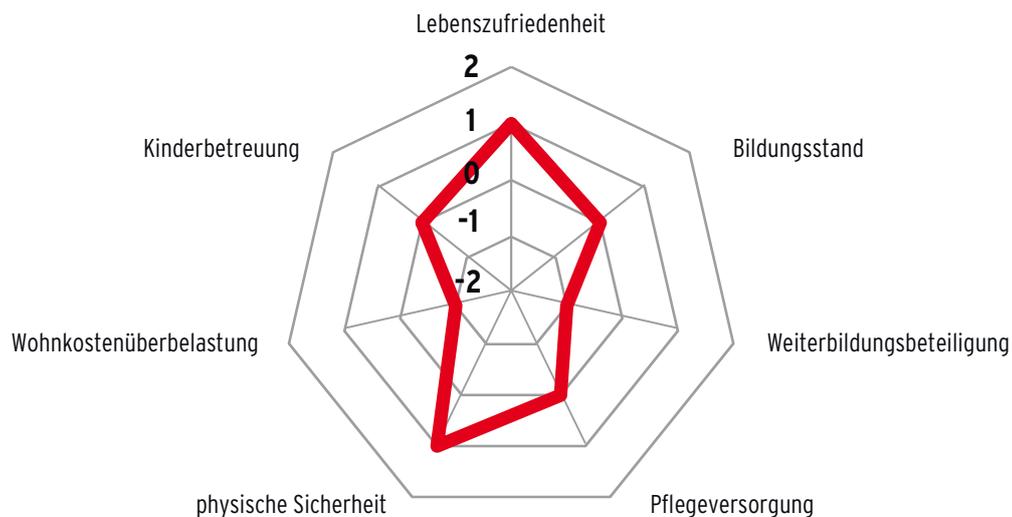
- Endlich einen Salzburg Takt für Bahn und Bus nach Schweizer Modell und Mikro-ÖV für periphere Gebiete und Tagesrandzeiten.
- Weiterer Infrastrukturausbau für öffentliche Verkehrsmittel: durch die längst überfällige Umsetzung des S-Bahn 15- bzw. 30-Minutentaktes auf den ÖBB-Y-Ästen im Zentralraum. Übertragung der S-Bahnkonzepte des Zentralraums auf Pongau und Pinzgau samt wohnortnahen zusätzlichen Haltestellen sowie die Neuaufstellung des „Lungau-Taktes“. Lokalbahnverlängerung in die Stadt Salzburg und weiter bis Hallein.
- Dort, wo das ÖV-Angebot sehr gut ist, muss der (fossile) Autoverkehr im Sinne einer modernen Push & Pull-Verkehrspolitik zurückgedrängt werden weil der Straßenraum für den Umweltverbund (ÖV, Rad und Fußgeher) benötigt wird.
- Raumplanerische Maßnahmen zur Reduzierung von Mobilitätswängen (Siedlungsentwicklung entlang von ÖV-Achsen und in regionalen Zentren, „Planung der kurzen Wege“).

Wenn mehr Menschen den öffentlichen Verkehr nutzen, stellt das für diese – aufgrund der geringeren Mobilitätskosten – einen spürbaren Wohlstandsgewinn dar. Aber auch die Volkswirtschaft insgesamt profitiert, weil ein Rückgang des motorisierten Verkehrs dessen ungedeckte externe Kosten (für Luftverschmutzung, Klimawandel, Unfälle, Krankheiten, Lärm, CO₂-Zertifikate usw.) senkt und gleichzeitig der Ausbau des ÖV neue Arbeitsplätze schafft. Ohne einen entschiedenen Ausbau des Fahrplanangebots wird eine deutliche Erhöhung des ÖV-Anteils nicht zu erreichen sein.³³

33 AK-Wohlstandsbericht, AK-Wien (2020). S. 71

Kapitel 5

Dimension 4: Lebensqualität



In der Dimension Lebensqualität kommt die Multidimensionalität der Lebensqualität am breitesten zum Ausdruck. Mit sieben Indikatoren umfasst diese Dimension auch mehr als die anderen Dimensionen. Thematisch spannen wir in dieser Dimension einen weiten Bogen, der von Bildung über Pflege bis zum Wohnen, der Kinderbetreuung über die Selbsteinschätzung der Lebenszufriedenheit bis zur physischen Sicherheit reicht. Methodisch kommen dabei subjektive Bewertungen und objektive Daten zum Einsatz.

Auf subjektiver Einschätzung durch die Befragten beruht die Messung der allgemeinen Lebensqualität, ebenso wie die Einschätzung der physischen Sicherheit. Beim Thema Wohnen haben wir uns entschieden, die politisch höchst brisante Frage der Leistbarkeit in den Vordergrund zu rücken. Bildung – in modernen Gesellschaften ein zentraler Bestandteil des ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapitals – widmen wir zwei Indikatoren. Einerseits den formalen Bildungsstand, andererseits die Weiterbildungsbeteiligung als Indikator für das lebensbegleitende Lernen. Kinderbetreuung haben wir als Indikator aufgenommen, weil sie einen großen Einfluss auf die chancengleiche Entwicklung und Förderung der Kinder hat, andererseits für eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit von Frauen entscheidende Bedeutung hat. Die Pflegeversorgung messen wir durch die Versorgung mit mobilen Diensten, ihre Bedeutung hat in der Vergangenheit v.a. durch die zunehmende Lebenserwartung stetig zugenommen.

Bewertung

Insgesamt summieren sich die Einzelwerte der Dimension Lebensqualität auf 0, womit sich positive und negative Entwicklungen in der Gesamtbewertung neutralisieren. Die Bewertung der Indikatoren Lebensqualität, Bildungsstand, Pflegeversorgung und Kinderbetreuung ist gegenüber unserem ersten Wohlstandsbericht 2019 unverändert. Die subjektiv bekundete Lebensqualität ist im Durchschnitt weiterhin hoch, wenn auch mit deutlichen sozialen Differenzierungen. Beim Bildungsstand zeigt sich zwar eine Erhöhung der Tertiärquote, andererseits sinkt der Anteil an Jugendlichen, die bis zum Alter von 24 Jahren keinen oder lediglich einen Pflichtschulabschluss haben, nicht. Durch die Covid-19-Krise wurden die Probleme unseres Schulsystems wie durch ein Brennglas verstärkt. Bei der Weiterbildung hinkt Salzburg weiterhin deutlich hinter den europäischen Spitzenreitern nach und liegt auch unter dem österreichischen Durchschnitt. Hier hat sich die Bewertung um einen Punkt verschlechtert. Bei Kinderbildung und Kinderbetreuung hat sich in den letzten Jahren vieles verbessert, allerdings liegen die politischen Zielwerte bei den unter 3-Jährigen noch in weiter Ferne.

Die Pflegeversorgung hat sich in den letzten Jahren in Salzburg zwar etwas verbessert, liegt aber weiter deutlich unterhalb des Bedarfs, weshalb die Bewertung unverändert ausfällt.

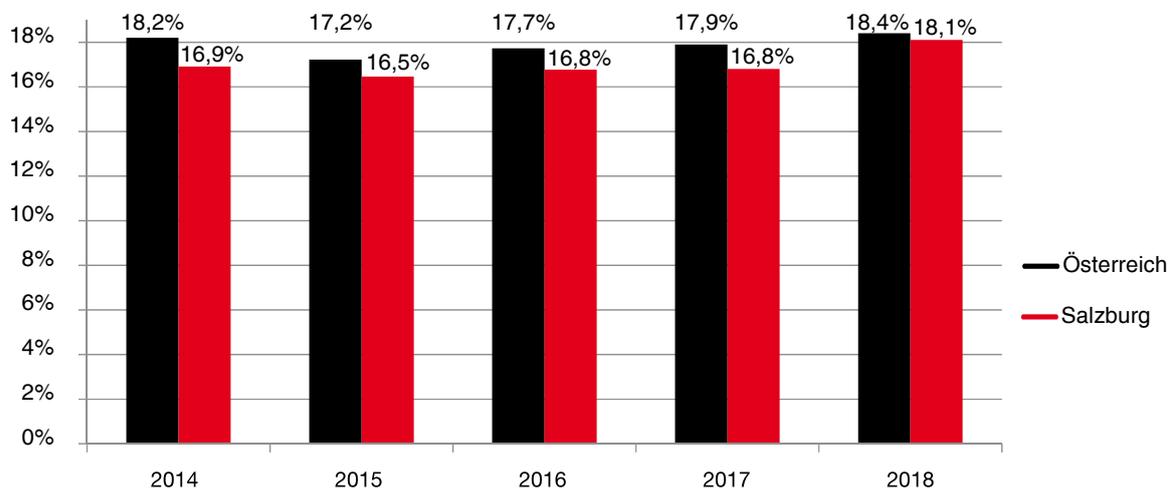
Die Wohnungsproblematik hat sich in den Ballungsräumen und auch in den touristischen Zentren durch die hohe Nachfrage an Zweitwohnungen in den letzten Jahren verschärft. Bei den Mietpreisen steht Salzburg an der Spitze der österreichischen Bundesländer. Trotz der im internationalen Vergleich grundsätzlich positiv einzuschätzenden Wohnungspolitik mit ihrem hohen Anteil öffentlichen und gemeinnützigen Wohnens, öffentlichen Förderungen dem Mietrecht hat sich die Bewertung um einen Punkt verschlechtert.

Den neu hinzugekommenen Indikator physische Sicherheit bewerten wir aufgrund des leicht gesunkenen Unsicherheitsgefühls der Salzburger Bevölkerung positiv.

Insgesamt verweisen besonders die Werte bei den Indikatoren Kinderbetreuung, Pflege, Bildung und Wohnen auf dringliche Notwendigkeit weiterer Investitionen und damit das österreichische Wohlstandsmodell nicht nur zu erhalten, sondern weiterzuentwickeln.

5.1 Bildungsstand

Abbildung 18: Allgemeinbildende Pflichtschule als höchster Bildungsstand im Alter von 20 bis 24 Jahren 2014 bis 2018



Anmerkung: Die Daten beinhalten auch Personen ohne Pflichtschulabschluss. Dies betrifft bspw. im Jahr 2018 1,8% (Österreich) und 2,1% (Salzburg) der 20- bis 24-Jährigen, Quelle: Statistik Austria (Bildungsstandregister)

Abbildung 19: „Tertiärquote“* der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren. Österr. Zielwert im Rahmen der EU-2020-Strategie: 32 Prozent.

	Österreich	Salzburg
2012	19,6 Prozent	19,5 Prozent
2013	27,8 Prozent	27,0 Prozent
2014	28,3 Prozent	27,5 Prozent
2015	29,0 Prozent	28,0 Prozent
2016	29,5 Prozent	28,6 Prozent
2017	29,9 Prozent	28,9 Prozent
2018	30,5 Prozent	29,4 Prozent

*Anteil der Bevölkerung mit Hochschulabschluss (ISCED 6 bis 8) oder abgeschlossener kurzer tertiärer Bildung (ISCED 5), berechnet auf Basis der Bildungsstandregisterdaten, Quelle: Statistik Austria

Beschreibung

Staatliche Fördermaßnahmen sind an der Steigerung mittlerer und höherer Bildungsabschlüsse interessiert, nicht zuletzt aufgrund der sich verändernden Professionsanforderungen an Erwerbstätige. Bildungsabschlüsse unterhalb des Sekundarbereichs II bereiten nicht ausreichend auf die Anforderungen der sich wandelnden Arbeitswelt vor. Seit Juli 2017 gilt in Österreich die Ausbildungspflicht bis 18 Jahre, wodurch sich der Anteil der Jugendlichen im Alter von 20 bis 24 mit lediglich Pflichtschule als höchstem Bildungsabschluss verringern sollte.

Unter tertiärer Bildung versteht man Hochschulabschlüsse sowie „tertiäre Kurzbildung“ in Form von (Werk-)Meisterschulen, Kollegs und Akademien. Die österreichische Bundesregierung hat in der Europa-2020-Strategie eine Zielvorgabe von 41 Prozent TertiärabsolventInnen unter den 30- bis 34-Jährigen formuliert, was einem Anteil von ca. 32 Prozent für die Erwerbsbevölkerung der 25- bis 64-Jährigen entspricht.³⁴

Zielwert

Ein zielkonformer Bildungsstand in unserer Gesellschaft ergibt sich daher, wenn

- möglichst 100 Prozent der 20- bis 24-Jährigen über einen Abschluss auf Sekundarstufe II verfügen (das bedeutet im Umkehrschluss eine sinkende Quote des Pflichtschulabschlusses als höchster Bildungsabschluss) und gleichzeitig
- möglichst 0 Prozent der 20- bis 24-Jährigen ohne Pflichtschulabschluss dastehen und
- mindestens 32 Prozent der arbeitenden Gesamtbevölkerung einen Abschluss auf Tertiärniveau aufweist.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Der Anteil von Jugendlichen im Alter von 20 bis 24, die höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen, liegt mit 18,1 Prozent in Salzburg leicht unter dem Bundesschnitt von 18,4 Prozent. Im Zeitverlauf betrachtet hat die Zahl der Jugendlichen, die höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen, zugenommen. Damit hat zum Zeitpunkt 2018 beinahe jeder 5. Jugendliche dieser Altersgruppe keine berufliche Ausbildung.

Inbegriffen in den 18,1 Prozent sind auch jene, die bis zum Alter von 24 Jahren gar keinen Pflichtschulabschluss vorweisen.³⁵ Das betrifft im Jahr 2018 1,8 Prozent der Jugendlichen zwischen 20 und 24 Jahren in Österreich und 2,1 Prozent in Salzburg. Andere Bundesländer zeigen vor, dass der Wert mit 1 Prozent (Burgenland) und 1,1 Prozent (Steiermark) viel niedriger sein kann.

Daneben steigt die Tertiärquote in den letzten Jahren bei den 25- bis 64-Jährigen kontinuierlich an und liegt 2018 in Salzburg bei 29,4 Prozent unterhalb des gesamtösterreichischen Wertes von 30,5 Prozent. Sowohl für Österreich als auch für Salzburg ist der Zielwert von 32 Prozent TertiärabsolventInnen 2018 noch nicht erreicht. Zudem ist eine kurzfristige Dämpfung der positiven Entwicklung aufgrund der Covid-19-Pandemie zu erwarten.

³⁴ Unter der Annahme von Konstanz in den übrigen Kohorten.

³⁵ Der Anteil der 20 bis 24-Jährigen ohne Pflichtschulabschluss wird seit 2016 von der Statistik Austria erhoben.

Auf unserer 5-teiligen Skala von -2 bis 2 bewerten wir den Indikator „Höchster Bildungsstand“ daher mit 0 Punkten.



Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Die Gefahr von Schulabbruch oder vorzeitigem Ausstieg aus dem Bildungssystem lässt sich vor allem auf soziale Faktoren zurückführen.³⁶ Da diese Faktoren durch die Covid-19-Krise wie durch ein Brennglas verstärkt wurden, steht das Bildungssystem vor größten Herausforderungen: Während die Familienressourcen bei Schulschließungen für den Lernerfolg entscheidend sind, hängt die fachliche Unterstützung beim Lernen stark vom Bildungsgrad der Eltern ab.³⁷ Zahlreiche Untersuchungen prognostizieren ein weiteres Auseinanderklaffen der sozialen Schere. Für Schulen mit großen Herausforderungen sind daher mehr finanzielle Mittel nötig, etwa über den AK Chancen-Index. Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung ist das Forschungs- und Entwicklungsprojekt „100 Schulen- 1.000 Chancen“ des Bildungsministeriums.

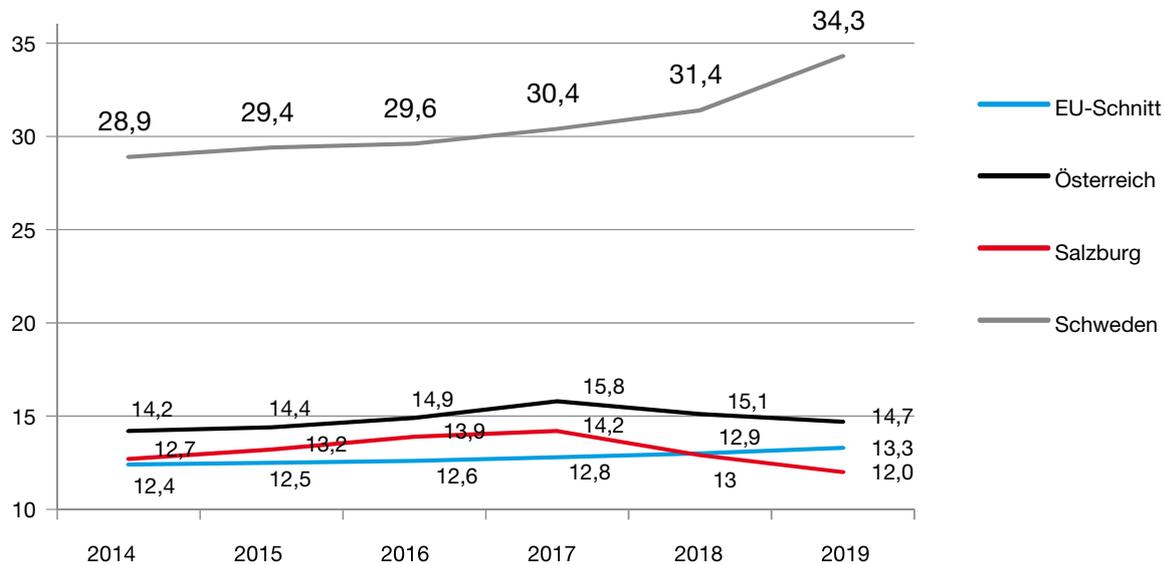
Ein weiterer wichtiger Ansatz ist die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen, Salzburg könnte hier mit als Modellregion voranschreiten. Außerdem braucht Angebote für die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und dem Schulbesuch der Kinder und daher eine Investitionen für eine Ausweitung der Betreuung. Für Jugendliche ab dem Pflichtschulalter braucht es eine Aufstockung von Schul- und Studienplätzen, einen Ausbau von überbetrieblichen Ausbildungsplätzen und eine Lehrstellenoffensive im öffentlichen/staatsnahen Bereich. Neben dem Erfolgsmodell „Lehre mit Matura“ als Brücke in den tertiären Bildungsbereich soll im Bereich der Erwachsenenbildung die Verlängerung der Initiative Erwachsenenbildung auch über 2021 hinaus zum kostenfreien Nachholen des Pflichtschulabschlusses ein wesentliches Anliegen bleiben.

³⁶ Z. B. IHS-Bericht, Steiner 2014: 15; Policy Brief Selektion, Dropout und früher Bildungsabbruch, Steiner & Lassnigg 2/2019: 6.

³⁷ Sonderbefragungen der AK-Schulkostenstudie.

5.2 Weiterbildungsbeteiligung

Abbildung 20: Aus- und Weiterbildung in den letzten vier Wochen (% der Bevölkerung 25 bis 64 Jahre) im nationalen und internationalen Vergleich – ausgewählte Werte



Quelle: Bildung in Zahlen 2014/15 bis 2019/20, Statistik Austria

Beschreibung

Lebensbegleitendes Lernen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Bildungswege werden durch die Veränderungen in der Arbeitswelt flexibler und beständiges Lernen gewinnt ein Leben lang an Bedeutung. Die Covid-19-Krise hat gezeigt, dass nur eine sich laufend fortbildende Erwerbsbevölkerung in unserem auf Wettbewerb basierendem Wirtschaftssystem bestehen kann. Angesichts der Bevölkerungsprognose mit einer vergleichsweise geringeren Zahl jüngerer Menschen wie im Bundesland Salzburg kommt der Erwachsenenbildung und der Weiterbildungsbeteiligung eine umso bedeutendere Rolle zu.

„Lebenslanges Lernen“ umfasst laut Definition des Europäischen Rates „alles Lernen während des gesamten Lebens, das der Verbesserung von Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen dient und im Rahmen einer persönlichen, bürgergesellschaftlichen, sozialen bzw. beschäftigungsbezogenen Perspektive erfolgt.“ Der Besuch von Bildungsveranstaltungen in den vier Wochen vor der Befragung durch Personen zwischen 25 und 64 Jahren gilt in der EU als Indikator für lebensbegleitendes Lernen.

Zielwert

Als Zielwert für den Indikator für Weiterbildungsbeteiligung oder lebensbegleitendes Lernen legen wir das EU-Ziel 2020 von 15 Prozent fest.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Wichtig für eine hohe Weiterbildungsbeteiligung sind folgende Faktoren:

- Möglichkeit, formale Bildungsabschlüsse nachzuholen
- zeitlich, inhaltlich und räumlich passende Weiterbildungsangebote
- Anerkennung der informell und non-formal erworbenen Kompetenzen

Finanzierung von Aus- und Weiterbildungen sowie von Kompetenzanerkennungsverfahren und zwar sowohl in Bezug auf die direkten Kosten als auch auf die Lebenshaltungskosten während der Bildungszeit

Der Indikator für Weiterbildungsbeteiligung ist in Salzburg nach wie vor niedriger als im Österreichsschnitt und weit entfernt von den europäischen Spitzenreitern.³⁸ 2019 nimmt Salzburg den vorletzten Platz im Bundesländervergleich ein. Österreich liegt im OECD-Vergleich nach wie vor unter dem EU-Ziel 2020, seit zwei Jahren auch unter EU-Schnitt und im Vergleich zu den führenden Ländern abgeschlagen im Mittelfeld.

Auf unserer 5-teiligen Skala von -2 bis +2 bewerten wir den Indikator Weiterbildungsbeteiligung daher mit -1 Punkten.



Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Die berufliche Weiterbildung gewinnt angesichts der digitalen Arbeits- und Lebenswelt weiter an Bedeutung. Neben adäquaten Weiterbildungsangeboten braucht es daher eine abgestimmte Strategie zwischen den Akteuren der Erwachsenenbildung (Bund, Land, AMS, Sozialpartner). Da es oftmals an den finanziellen Mitteln für die Aus- und Weiterbildung scheitert, soll der Bildungsscheck ausgebaut und das Fachkräftestipendiums in Richtung Qualifizierungsstipendium adaptiert werden.

In der Covid-19-Krise hat sich gezeigt, dass die Bevölkerung berufsbegleitendem Lernen hohe Bedeutung beimisst.³⁹ Weiters wurde ein Digitalisierungsschub ausgelöst, was vor allem im Bundesland Salzburg mit der Trennung von urbanem und ländlichen Raum die Weiterbildung in die Wohnzimmer der Menschen bringen kann.

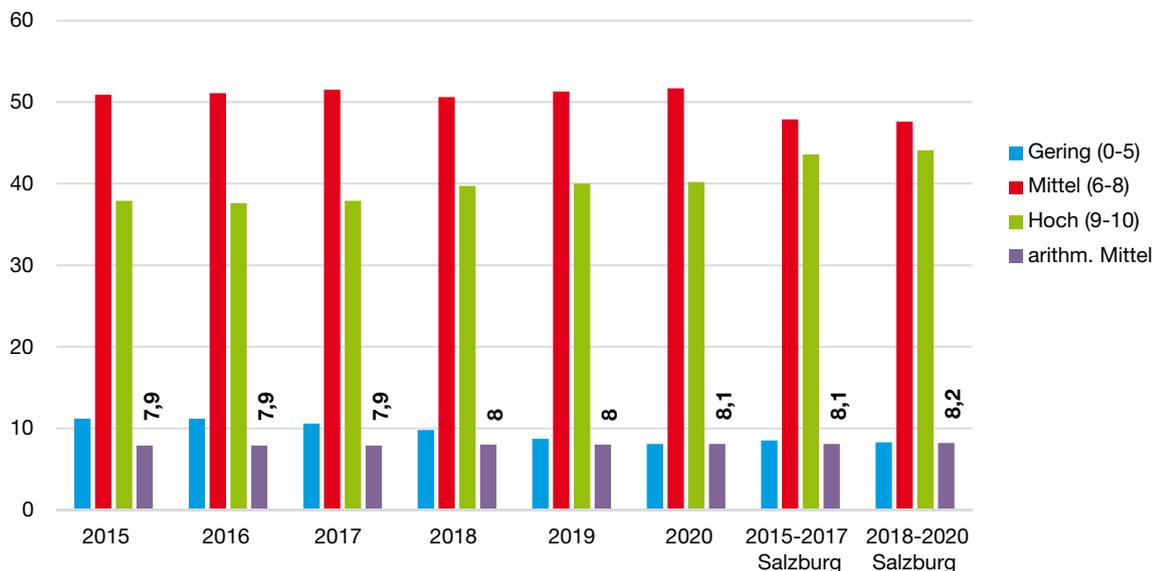
Die Anerkennungen von Kompetenzen betreffend soll ein weiterer Ausbau des Erfolgsmodells „Du kannst was“ sowie die Einbeziehung weiterer Berufe erfolgen.

³⁸ Etwa die Schweiz oder die nordischen Staaten Schweden, Finnland und Dänemark.

³⁹ Umfrage mit rd. 300 Salzburger TeilnehmerInnen durch die Salzburger Nachrichten im April 2021: 51 Prozent sind davon überzeugt, dass Aus- und Weiterbildung Flexibilität ermöglicht und ein Drittel ist der Meinung, dass der Ausbau von Weiterbildungsmöglichkeiten dringend erforderlich ist.

5.3 Lebenszufriedenheit

Abbildung 21: Lebenszufriedenheit in Salzburg und Österreich



Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung

Beschreibung

Der Bevölkerung ein „gutes Leben“ zu ermöglichen, ist ein zentrales Ziel der öffentlichen Politik. Der Indikator Lebenszufriedenheit misst, wie eine Person ihr Leben als Gesamtes bewertet.

Wir orientieren uns mit diesem Indikator an „Wie geht’s Österreich“ der Statistik Austria, die seit 2013 die Lebenszufriedenheit der ÖsterreicherInnen befragt. Statistik Austria bildet zur anschaulicheren Darstellung der Antworten (die auf einer Skala von 0 „überhaupt nicht zufrieden“ bis 10 „vollkommen zufrieden“ reichen) drei Kategorien – niedrig, mittel und hoch. Für Salzburg wurden zur Erhöhung der Stichprobenqualität jeweils 3-Jahresdurchschnitte gebildet.

Die Beurteilung der Lebenszufriedenheit ist ein komplexer Prozess: In der psychologischen Forschung wird davon ausgegangen, dass Bewertungen der Lebenszufriedenheit auf der Grundlage persönlicher Erwartungen, Ansprüche, Wünsche und Werte einer Person stattfinden. Eine Lebenszufriedenheitsbewertung kann daher nicht einfach als Ausdruck der eigenen objektiven Realität interpretiert werden sondern es ist zu berücksichtigen, dass beim Abgleich von Erwartungen, Wünschen usw. und der wahrgenommenen Realität soziale Vergleichsprozesse („wie geht’s mir im Vergleich zu anderen?“) sowie vielfältige Anpassungsprozesse (etwa an als unveränderbar eingeschätzte Situationen) und eine Rolle spielen. Die Forschung zeigt auch, dass Menschen nicht unter ein Zufriedenheitsgleichgewicht fallen wollen wobei der „Normbereich“ der Lebenszufriedenheit in der empirischen Lebensqualitätsforschung regelmäßig bei 70 Prozent bis 80 Prozent des Maximalwerts angelegt wird⁴⁰. Werte unter 70 Prozent des Maximalwerts sind daher bereits als kritisch zu sehen.

40 Cummins, R.A.: 1995, „On the trail of the gold standard for subjective wellbeing“, Social Indicators Research 35, pp 179-200

Ziel

Grundsätzlich gilt es ein möglichst hohes und stabiles Niveau an Lebenszufriedenheit in einem Land zu erreichen, idealerweise bewerten alle SalzburgerInnen ihre Lebenszufriedenheit mit hoch. Die Entwicklung schätzen wir dann als positiv ein, wenn sich eine kontinuierliche Verbesserung der Lebenszufriedenheit zeigt.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Die durchschnittliche, subjektive Lebenszufriedenheit hat sich in den vergangenen Jahren in Österreich wie auch Salzburg positiv entwickelt. Im Bundesland Salzburg liegt sie im letzten Beobachtungszeitraum (Jahre 2018-2020) bei 8,2, in Österreich liegt sie im Jahr 2020 bei 8,1.

Wenn auch Bewertungen der Lebenszufriedenheit subjektive Urteile darstellen so lassen sich in der Gesamtheit einer repräsentativen Stichprobe über die Jahre doch einige Regelmäßigkeiten feststellen: Viele Studien belegen, dass Personen mit höherem sozialem Status zufriedener sind als jene mit geringerem sozialem Status. Am deutlichsten fallen die Unterschiede in der soziodemografischen Darstellung nach beruflicher Stellung aus.⁴¹ ArbeiterInnen bewerten ihre Lebensqualität deutlich geringer als Angestellte, öffentlich Bedienstete oder Selbständige. Auch belegen eine Reihe von Untersuchungen, dass die subjektive Lebenszufriedenheit vom Einkommen der befragten Personen abhängt.⁴² Während die Gruppe der mittel und hoch Zufriedenen auch Personen umfasst, die schwierige Lebensumstände haben, aber aus verschiedenen Gründen trotzdem angeben, dass sie zufrieden sind⁴³ ist bei der unzufriedenen Gruppe tatsächlich davon auszugehen, dass die meisten Personen objektiv belastet sind. Dies wird erneut in der jüngsten Befragung von Statistik Austria bestätigt: Personen in arbeitslosen Haushalten bekunden auf der 10-teiligen Skala im Jahr 2020 eine Lebenszufriedenheit von nur 5,4.⁴⁴

Einige rezente Untersuchungen deuten auf einen Rückgang der guten Lebenszufriedenheit durch die Corona-Krise, dem Anstieg der Arbeitslosigkeit, die Umwälzungen am Arbeitsmarkt sowie die stark gestiegene Unsicherheit im Jahr 2020 hin.⁴⁵ In den EU-SILC-Befragungsdaten schlägt sich dieser Rückgang noch nicht nieder. Ob dieser Einbruch der Lebenszufriedenheit nur kurzfristig ist, werden die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen der nächsten Monate zeigen.



41 Statistik Austria, EU-SILC 2019

42 Sacks, D.,Stevenson, B.; Wolfes, J.(2013): The new stylized Facts about Income and Subjective Well-Being. Cesifo Working Paper No. 4067. München

43 Ponocny et al. (2016): Are Most People Happy? Exploring the Meaning of Subjective Well-Being Ratings. Journal of Happiness Studies Vol.17/6. S.2635-2653

44 Statistik Austria, Tabellenband EU-SILC 2020, S.95

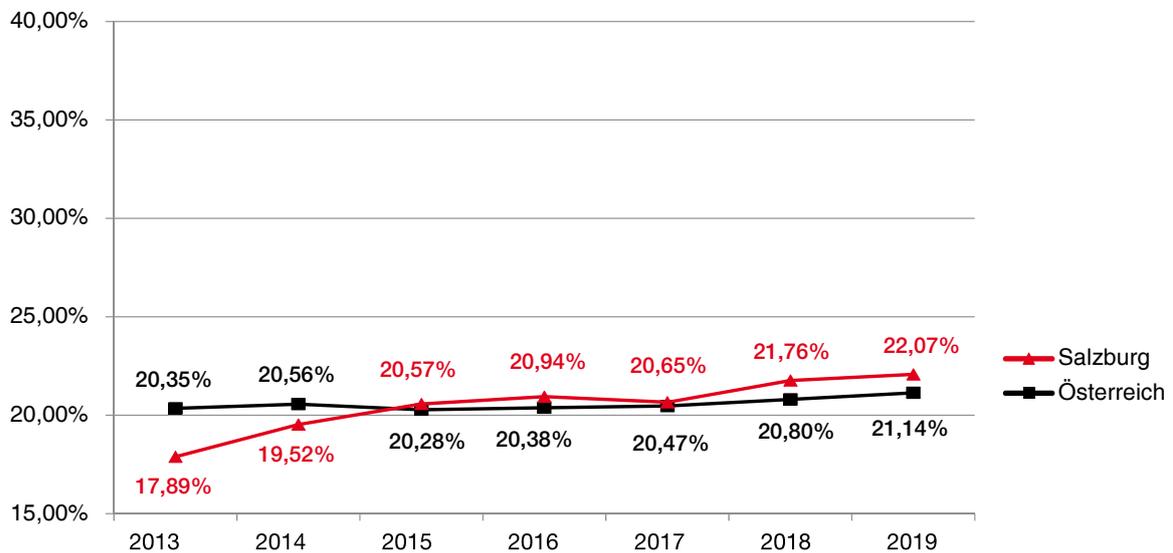
45 Z.B.: McKinsey & Company (2020): Well-being in Europe: Addressing the high cost of Covid-19 on life satisfaction. In: <https://www.mckinsey.com/featured-insights/europe/well-being-in-europeaddressing-the-high-cost-of-Covid-19-on-life-satisfaction#> (10.9.2020).

Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Eine zufriedenstellende materielle Situation und soziale Sicherheit sind zentrale Kennzeichen für hohe Lebensqualität, hohe Lebenszufriedenheit und sind von kaum zu überschätzender Bedeutung für eine stabile Demokratie. Dies gilt unabhängig davon, dass Bewertungen der Lebensqualität nicht zwingend objektive Lebenslagen widerspiegeln. Daher muss an dem „österreichischen Modell“ eines gut ausgebauten Sozialstaates mit deutlich umverteilender Wirkung weiter festgehalten werden. Ein gut ausgebautes Sozial- und Gesundheitssystem hat sich in der Corona-Krise bewährt. Der Abbau sozialer Ungleichheiten, insbesondere auskömmliche Einkommen, gute, kollektivvertraglich abgesicherte Arbeitsverhältnisse sowie eine möglichst geringe Arbeitslosenrate müssen zentrale, gesellschaftliche Ziele sein.

5.4 Pflegeversorgung

Abbildung 22: Versorgungsgrad mit mobilen Diensten



Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung und Berechnung

Beschreibung

Pflegebedürftig zu werden ist ein soziales Risiko, das gesellschaftlich an Bedeutung gewinnt.

Einerseits, weil mehr Menschen in unserer Gesellschaft älter werden, andererseits weil auch die Angehörigen, insbesondere die Frauen, öfter und auch länger im Erwerb stehen und die Pflege naher Angehöriger nicht mehr übernehmen wollen und können. Pflegebedürftigkeit kann jeden und jede treffen und darf daher kein individuelles Risiko sein. Flächendeckende und leistbare professionelle Pflegeangebote sind notwendig, um das Risiko der Pflegebedürftigkeit adäquat abzusichern.

Heute werden rund 35 Prozent der Pflege allein durch nahe Angehörige (davon rd. drei Viertel Frauen) übernommen, 34 Prozent in Kombination mit sozialen Diensten, 12 Prozent erhalten ausschließlich formelle Unterstützung und 19 Prozent gar keine Unterstützung. Es ist jedenfalls davon auszugehen, dass das „Pflegermodell“ der Angehörigenpflege immer mehr an Bedeutung verlieren wird.

Unser Indikator Inanspruchnahme mobiler Dienste basiert auf den Daten der Pflegedienstleistungsstatistik der Statistik Austria, des Pflegevorsorgeberichtes des BMASGK und eigenen Berechnungen. Der Versorgungsgrad gibt an, wie viele Pflegegeldbezieherinnen und Pflegegeldbezieher einen mobilen Pflege- und Betreuungsdienst in Anspruch nehmen.

Ein ausreichendes Angebot an professionellen Pflegediensten hat weitere wichtige Aspekte: Sie trägt zur Erwerbsbeteiligung und somit Existenzsicherung der Angehörigen – meist Frauen – bei, die sonst in den meisten Fällen die Pflege übernehmen und ihre Berufstätigkeit reduzieren oder ganz aufgeben. Informelle bzw. familiäre Pflegearbeit durch Frauen führt aber in den meisten Fällen zur Reduktion oder Aufgabe der Erwerbsarbeit und in weiterer Folge zu pensionsrechtlichen Einbußen wegen fehlender Versicherungszeiten sowie Schwierigkeiten bei einem eventuellen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt. Oft werden dann Tätigkeiten unter der Qualifikation mit entsprechend niedriger Bezahlung ausgeübt. Mit flächendeckenden und leistbaren mobilen Pflegeangeboten werden Angehörige von der unbezahlten Pflegearbeit entlastet und damit wird Erwerbstätigkeit ermöglicht.

Zielwert

Angesichts der Alterung der Bevölkerung, des prognostizierten Anstiegs von Pflegebedürftigkeit sowie der Tatsache, dass immer mehr (weibliche) Familienangehörige nicht bereit sind, informelle Pflegeleistungen im jetzigen hohen Ausmaß zu erbringen, erscheint die Zielsetzung einer 40-prozentigen Inanspruchnahme von mobilen Pflegedienstleistungen als ersten Schritt zur Abdeckung der Bedarfe realistisch.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Derzeit leben in Österreich rund 462.820 Pflegegeldbezieherinnen und Pflegegeldbezieher (ca. 5 Prozent der österreichischen Bevölkerung). In Salzburg gab es 2020 26.480 Pflegebedürftige. 2/3 der Bezieherinnen und Bezieher verteilen sich auf die 3 unteren Pflegegeldstufen. Prognosen des WIFO gehen davon aus, dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen im Jahr 2025 in Österreich auf rund 570.000 erhöhen wird. Für Salzburg würde das schätzungsweise die Zunahme auf rund 32.000 Pflegegeldbezieherinnen und Pflegegeldbezieher bedeuten.

In Europa gehört Österreich zu den Ländern mit dem geringsten Anteil an pflegebedürftigen Personen, die professionelle Pflege und Betreuung in Anspruch nehmen. Österreich setzt nach wie vor verstärkt auf informelle Pflege und Betreuung. Der Anteil der professionellen häuslichen Pflege ist besonders niedrig, er liegt mit 1,2 Prozent weit unter dem europäischen Durchschnitt von 2,1 Prozent. Bei der stationären Pflege liegt Österreich⁴⁶ mit 0,7 Prozent knapp unter dem Durchschnitt von 0,9 Prozent.

Im Bundesland Salzburg ist die Inanspruchnahme mobiler Dienste in den letzten Jahren zwar gestiegen, liegt aber deutlich unterhalb des Bedarfs und unseres Zielwerts. Der Blick auf den Versorgungsgrad in anderen Bundesländern zeigt auch deutlichen Spielraum nach oben innerhalb des gegebenen rechtlichen Rahmens: Im Vergleich der österreichischen Bundesländer⁴⁷ lag Salzburg im Jahr 2019 mit 22 Prozent an 4. Stelle, knapp über den Österreichdurchschnitt von 21,14 Prozent. Auffallend hoch ist die Inanspruchnahme mobiler Dienste in Vorarlberg mit 45,9 Prozent und Tirol mit 37,4 Prozent im Jahr 2019.

46 WIFO, Aktuelle und künftige Versorgungsfunktion der mobilen Pflege- und Betreuungsdienste in Österreich, 2018.

47 Statistik Austria, Pflegedienstleistungsstatistik 2019, 2020; Statistik Austria, Bundespflegegeldbezieherinnen und -bezieher nach Bundesländer 2010-2020;

Bei der Inanspruchnahme stationärer Dienste sind die Unterschiede zwischen den Bundesländern nicht so hoch. Hier lag Salzburg im Jahr 2019 mit 17,12 Prozent über dem Österreichschnitt von 15,08 Prozent. Besonders niedrig lagen Niederösterreich mit 9,8 Prozent und Burgenland mit 11 Prozent.

Auf unserer 5-teiligen Skala von -2 bis +2 bewerten wir den Indikator angesichts der Fortschritte der letzten Jahre – aber der nach wie vor deutlichen Abweichung vom Zielwert – mit 0.



Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Die Pflegeversorgung muss als zentrale öffentliche Aufgabe wahrgenommen werden. Steigt der Bedarf in der Gesellschaft, muss auch das Angebot erweitert werden. Flächendeckende, qualitätsvolle und leistbare mobile Pflegedienstleistungen sind einerseits entscheidende Voraussetzungen für die bestmögliche Pflege und Betreuung von Pflegebedürftigen, aber auch eine wesentliche Rahmenbedingung dafür, dass ein Pflegefall in der Familie nicht automatisch den Austritt oder die Reduktion von Erwerbsarbeit für zumeist weibliche Familienangehörige bedeutet.

Künftig braucht es eine gesamthafte Neustrukturierung unseres Pflege- und Betreuungssystems. Aktuelle Forschungsergebnisse des WIFO zeigen, dass mobile und stationäre Pflege- und Betreuungsdienste dabei weniger als Substitute, sondern vielmehr als komplementäre, einander ergänzende Angebote gesehen werden müssen. Neben einem Ausbau mobiler Pflegedienstleistungen braucht es auch einen Ausbau von alternativen Pflegeangeboten wie teilstationären Diensten, alternativen Wohnformen, größeren Kapazitäten an Betten zur Kurzzeit- und Übergangspflege, aber auch Plätzen in stationären Einrichtungen.

Berechnungen der AK Salzburg zeigen, dass eine Erhöhung der Inanspruchnahme mobiler Dienstleistungen unter der Annahme eines gleichbleibenden Betreuungsstundenausmaßes keineswegs unfinanzierbar ist, sondern es zu beträchtlichen Rückflüssen kommt.⁴⁸ Der Beschäftigungsanstieg unter dieser Annahme beträgt bis 2025 1.400 Arbeitsplätze, davon direkt 800 in der mobilen Pflege.⁴⁹ Der restliche Beschäftigungszuwachs verteilt sich einerseits auf eine positive Wirkung in der Arbeitslosigkeit, zusätzliche Beschäftigung durch den zusätzlichen privaten Konsum und die potentiell für Erwerbsarbeit freiwerdenden Ressourcen der Pflegenden. Die zusätzlichen Kosten von rd. 28 Mio. Euro fließen fast zur Gänze über geringere Arbeitslosigkeit, Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge an den Staat zurück.

48 AK Salzburg (2017): Prekäre Arbeit im Bundesland Salzburg.

49 Den Berechnungen wurde als Ausgangswert ein Versorgungsgrad von 22 Prozent zugrunde gelegt. Datenquellen: Statistik Austria, Pflegegeldbezieherinnen und –bezieher Ende 2016, Land Salzburg (2017), Sozialbericht 2016, Jahresdurchschnittswert der betreuten Personen.

5.5 Wohnen

Abbildung 23: Mietkosten brutto in Euro je m²

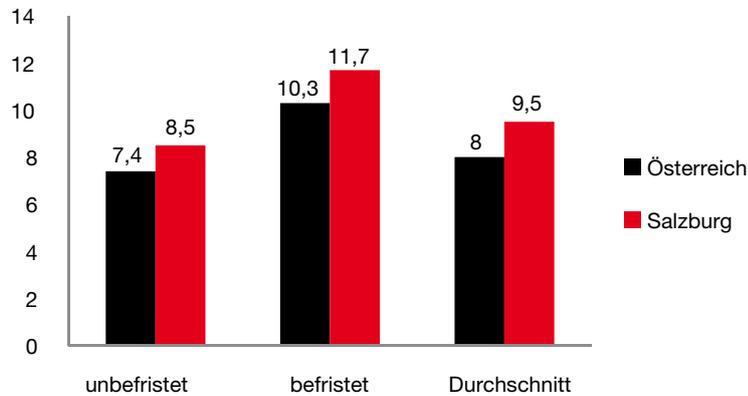
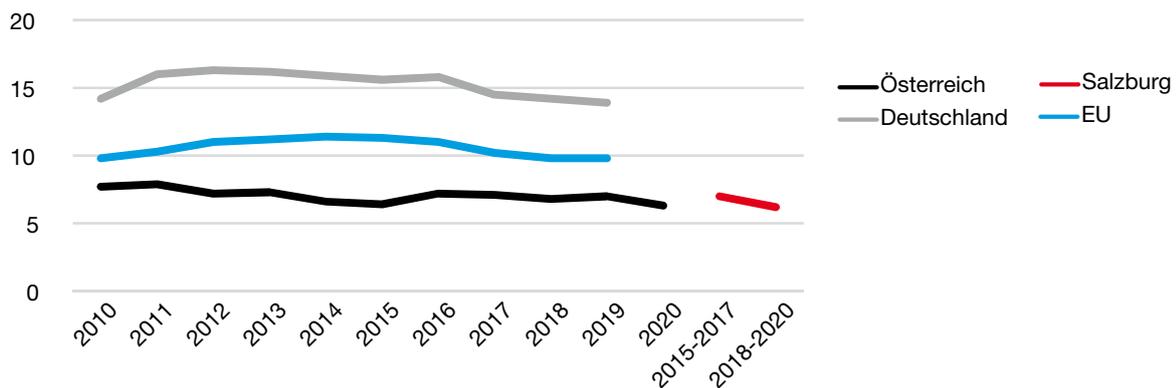


Abbildung 24: Anteil der durch Wohnkosten überlasteten Personen



Quellen: Eurostat, Mikrozensus

Beschreibung

Wohnen ist ein wichtiger Faktor für das Wohlergehen. Der Indikator zur Überbelastung durch Wohnkosten gibt an, welcher Anteil der Bevölkerung mehr als 40 Prozent seines verfügbaren Haushaltseinkommens für die gesamten Wohnkosten (inklusive Strom und Heizung) aufwenden muss. Als Quelle dient eine repräsentative Haushaltsbefragung für Österreich (EU-SILC). Für Salzburg ergeben sich dabei aufgrund geringer Fallzahlen der Befragung nur für 3-Jahresschnitte verlässliche Ergebnisse. Seit 2018 verwendet die Statistik Austria in „Wie geht’s Österreich?“ ebenfalls diese Daten als Schlüsselindikator. 40 Prozent des verfügbaren Einkommens sind dabei ein sehr hoher Anteil.

Sinnvoller wäre es Belastungen von mehr als 25 Prozent bzw. einem Drittel als übermäßig zu beurteilen⁵⁰. Auch in den SDGs wird als ein Unterziel von SDG 11 formuliert, den „Zugang zu angemessenem, sicheren und bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen“. Ergänzend wird für Salzburg die Entwicklung der Wohnpreise einbezogen.

Zielwert

Der Bevölkerungsanteil, welcher durch seine Wohnkosten überbelastet ist, sollte stetig sinken.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Von einer Überbelastung durch Wohnkosten entsprechend der oben angeführten Definition waren zuletzt etwas über 7 Prozent der Bevölkerung in Österreich betroffen. Für den Zeitraum von 2017 – 2019 liegt für Salzburg leider kein ausreichend präziser Wert vor, zuletzt lag Salzburg bei 7 Prozent. Die Statistik Austria konstatiert einen marginalen Anstieg der Wohnkostenüberlastung zwischen 2010 (6,5 Prozent) und 2018 (6,8 Prozent)⁵¹.

Dieser relativ stabile Anteil ist insofern überraschend, als die Preise für Wohnimmobilien und die Mieten bei Neuvertragsabschlüssen im privaten Segment seit einem Jahrzehnt deutlich überproportional steigen. Ein Grund dafür könnte sein, dass bei kreditfinanzierten Eigenheimen und Eigentumswohnungen nicht alle laufenden Zahlungen als Wohnkosten im Indikator berücksichtigt sind. Da Tilgungszahlungen die Vermögensposition des Haushalts verändern, werden sie nicht als Wohnkosten erfasst. Sie müssen aber dennoch aus dem verfügbaren Einkommen bestritten werden.

Zudem sollte berücksichtigt werden, dass leistbares Wohnen v.a. in stark wachsenden Städten ein Problem ist. So lag im Jahr 2018 der Wohnkostenüberbelastungsanteil an Orten mit hohem Urbanisierungsgrad in Österreich mit rund 12 Prozent deutlich über dem nationalen Schnitt und auf dem gleichen Niveau wie im Euroraum.

Im Vergleich mit der Eurozone und insbesondere mit Deutschland zeigt sich, dass die österreichische Wohnpolitik mit gutem Grund als internationales Best-Practice Beispiel bezeichnet wird. In der Eurozone waren zuletzt 10 Prozent der Bevölkerung durch ihre Wohnkosten überbelastet, in Deutschland waren es sogar 14 Prozent. Österreich hat sich anders als Deutschland nicht von der Wohnungsgemeinnützigkeit verabschiedet und setzt in der Wohnbauförderung nach wie vor weit überwiegend auf objektorientierte, investitions- generierende Förderungen anstatt auf subjektorientierte Beihilfen. Ferner stützen in Österreich spezielle Finanzierungsinstitute wie die Wohnbaubanken die wohnpolitischen Institutionen. Das wohnpolitische Institutionengefüge mit starken öffentlichen bzw. gemeinnützigen AkteurInnen ermöglicht eine vergleichsweise gute Reaktion auf die problematische Situation. Die österreichische Bevölkerung ist überwiegend adäquat mit bezahlbarem und qualitativem Wohnraum versorgt, dies gilt nur mit Einschränkungen auch für Salzburg. Dennoch ist vor allem im städtischen Raum eine Verschärfung der Problematik zu beobachten.

50 BMASK (Hg., 2011): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU- SILC 2010, Sozialpolitische Studienreihe Band 8, <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=210>

51 Statistik Austria (2020): Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in Österreich – SDG-Indikatorenbericht. Wien: Statistik Austria.

Salzburg hat im österreichischen Vergleich hohe Wohnkosten. Stellvertretend dafür steht die für Salzburg im Mikrozensus 2019 erhobene Miete inkl. Betriebskosten pro Quadratmeter von 9,5 Euro. Salzburg liegt damit an der Spitze aller Bundesländer und deutlich über dem österreichischen Durchschnitt von 8 Euro. Besonders augenscheinlich ist in Salzburg mit 11,7 Euro die überdurchschnittliche Belastung bei den befristeten Mietverträgen, die den Bereich der privaten Wohnungsvermietung prägen. Die AK-Wohnpreiserhebung hat einen deutlich über der Inflationsrate liegenden Anstieg der Mieten von 60 Prozent in den letzten 20 Jahren ermittelt.

Hohe Wohnpreise haben generell auch Ursachen, die in Salzburg besonders wirksam sind: In den Ballungszentren steigt die Bevölkerungszahl, in den touristischen Regionen ist die Nachfrage nach Zweitwohnungen hoch. Angesichts der Niedrigzinspolitik ist die Immobiliennachfrage von Anlegern seit Jahren allgemein sehr hoch. Der Vergleich der Kaufpreise im Eigentum in Salzburg ergibt nach der AK-Wohnpreiserhebung eine Steigerung von rund 122 Prozent zwischen 2000 und 2020.

Insgesamt sehen wir keinen Fortschritt beim Ziel der sinkenden Wohnkostenüberlastung, bei den Wohnpreisen ist in Salzburg ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen (Bewertung = -1). Aufgrund der Covid-Pandemie ist für 2021 ein Anstieg der Wohnbelastungsquote zu erwarten, da es aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit und Einkommensverlusten durch die Reduktion von Arbeitszeit (auch durch die Kurzarbeit) sowie Umsatzeinbußen bei Selbstständigen kommen dürfte. Sorgen bereitet der in Salzburg in den letzten drei Jahren verzeichnete Einbruch bei Zusicherungen von geförderten Mietwohnungen in der Wohnbauförderung. Die aktuell stark steigende Entwicklung der Baukosten dämpft die ohnedies geringen Erwartungen hinsichtlich neuer leistbarer Wohnungen.



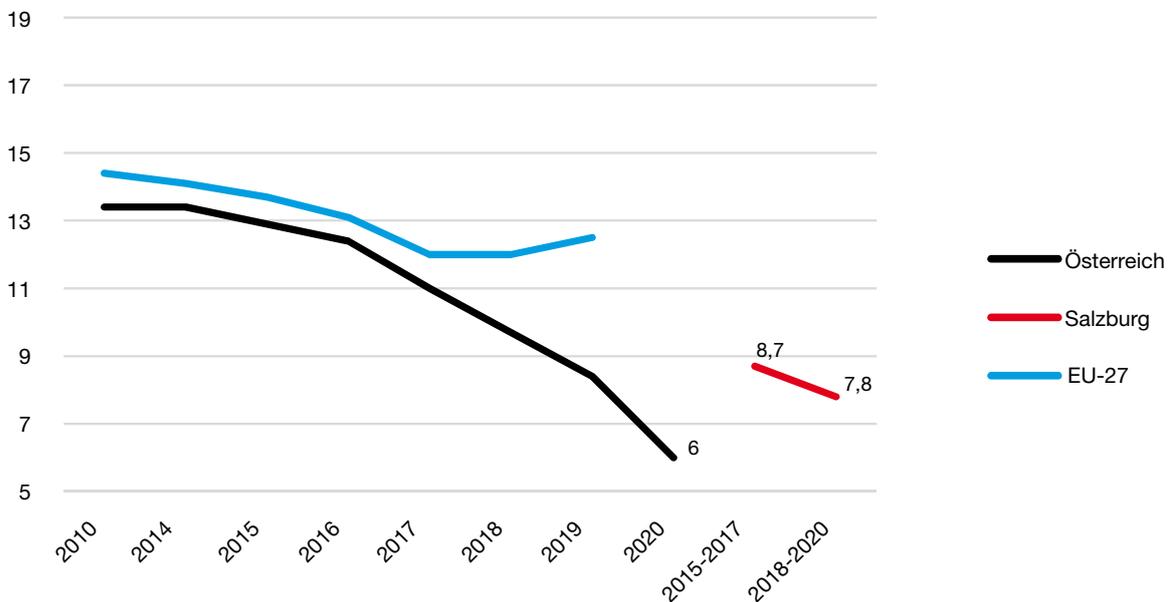
Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Die Politik kann auf die angespannte Lage vieler städtischer Wohnungsmärkte reagieren, indem sie mehr sozialen Wohnbau ermöglicht und eine Mietrechtsreform in die Wege leitet. Zentrale Voraussetzungen für mehr sozialen Wohnbau sind bezahlbare Grundstücke und Langfristfinanzierungen mit stabil niedrigen Zinsen. Nicht mehr benötigte öffentliche Liegenschaften sollten verstärkt für geförderte Wohnbauprojekte zur Verfügung gestellt werden. Ferner sollte es den Ländern durch eine Kompetenzänderung in der Verfassung ermöglicht werden, im Zusammenhang mit Wohnbauförderungsaktivitäten eine durchsetzungsfähige Bodenpolitik zu betreiben.

Eine Mietrechtsreform müsste insbesondere eine Vereinheitlichung des Anwendungsbereiches des Mietrechtsgesetzes enthalten, um die mangelnde Verständlichkeit und NutzerInnenfreundlichkeit zu erhöhen. Für Wohnungen in Häusern welche vor 30 Jahren und mehr errichtet wurden, sollten taugliche Mietzinsbegrenzungen eingeführt werden. Schließlich sollte der unbefristete Mietvertrag wieder der Regelfall werden. Befristete Mietverträge sind daher bis auf begründete Ausnahmefälle zurückzudrängen. Die Covid -19 Pandemie hat klar gezeigt, wie notwendig und wertvoll dauerhaft sichere Wohnverhältnisse sind. Ebenso sollten die Anspruchsvoraussetzungen für den Zugang zum sozialen Wohnbau harmonisiert und gelockert werden, um nicht jene Wohnungssuchende auszuschließen, die ohnehin bereits von prekären Wohnsituationen bedroht oder betroffen sind.

5.6 Physische Sicherheit

Abbildung 25: Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohnumgebung



Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Darstellung

Beschreibung

Den Indikator „Physische Sicherheit“ messen wir anhand der Antworten auf die Frage: „Haben Sie in ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus? Der Indikator beruht auf EU-SILC-Daten und bringt zum Ausdruck, wie hoch der Anteil in der Bevölkerung ist, der sich durch die genannten äußeren Einflüsse unsicher in der Wohnumgebung fühlt. Die Frage lautet: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?“.

Der Indikator spiegelt eine persönliche Wahrnehmung über die Sicherheit bzw. Unsicherheit in der Wohnumgebung wider, die nicht zwingend auf (positiven/negativen) Erfahrungen der Person selbst beruht. Dieses Empfinden ist vielmehr dahingehend zu interpretieren, ob ein entsprechendes Sicherheits-/Unsicherheitsempfinden für sämtliche Haushalts-/Familienmitglieder gegeben ist. Auch kann der Indikator – muss aber nicht – mit den Trends in der offiziellen Kriminalstatistik korrespondieren. Mitunter ist es sogar entscheidender, in welchem Ausmaß sich eine Gesellschaft auf den Sozialstaat in schwierigen Lebenslagen verlassen kann: Es ist naheliegend, dass Staaten mit einem rudimentär ausgebauten Sozial- und Wohlfahrtsstaat Menschen in schwierigen Lebenslagen (z. B. Krankheit, Arbeitslosigkeit, verschiedene Armutslagen) nicht die notwendige Unterstützung zukommen lassen, weshalb sie Überlebensstrategien entwickeln, die z. T. auch mit kriminellen Handlungen einhergehen können.

Für eine Gesellschaft ist es wichtig, dass sich die Menschen sicher fühlen. Ihre physische Integrität gilt es stets zu wahren. In Europa gelingt dies – im Verhältnis zu anderen Teilen der Welt – sehr gut und anscheinend immer besser.

Zielwert

Das Ziel, dass sich die Menschen in ihrer Wohnumgebung noch sicherer fühlen und entsprechend weniger Kriminalität, Gewalt und Vandalismus wahrnehmen und erleben, ist angesichts der Bedeutung der physischen Sicherheit für das individuelle Wohlergehen naheliegend, aber schwer in Zahlen zu konkretisieren. Wir definieren als Ziel, dass dieser Indikator stetig sinken soll. Im nationalen Indikatorenbericht verweist die Statistik Austria ebenfalls auf den hier verwendeten Indikator, der in der Tendenz sinkt und besser als im EU-Durchschnitt ausfällt (Statistik Austria 2020a: 89).

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Seit 2014 zeigt sich für Österreich ein klarer Trend zu einem verbesserten Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung. Im Jahr 2020 haben nur 6 Prozent der Bevölkerung ein negatives Sicherheitsgefühl in ihrer Wohnumgebung, 2014 waren es noch über 13 Prozent. Im EU-Raum verlief die Entwicklung bis 2017 gleichlautend, hat sich aber seither auf rd. 12 Prozent eingependelt.

In Salzburg bekundet die Bevölkerung stetig geringere Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohnumgebung. Der Anteil der Befragten, der über die genannten Probleme berichtet, liegt im 3-Jahreszeitraum 2018-2020 bei 7,8 Prozent und hat sich damit gegenüber dem Zeitraum 2015-2017 um 0,9 Prozent reduziert.

Insgesamt zeigt sich ein markantes Stadt-Land-Gefälle der Frage. Probleme wie Kriminalität, Vandalismus in der Wohngegend sind primär in Ballungsräumen anzutreffen. Ein durchgängiges Muster bei den Forschungsergebnissen zur Kriminalitätsfurcht und zum Sicherheitsgefühl ist auch, dass sich Frauen deutlich stärker vor Kriminalität fürchten und sich unsicherer fühlen.⁵²

Die Kriminalitätsstatistik scheint mit dem subjektiven Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung teilweise zu korrespondieren. Die polizeiliche Kriminalstatistik⁵³ weist für 2020 den niedrigsten Wert seit Beginn der elektronischen Datenerfassung 2001 aus, was von den Behörden auf die Corona-Pandemie und die gesetzten Maßnahmen zu deren Eindämmung zurückgeführt wird.⁵⁴ Während Gewaltkriminalität sowie Eigentumsdelikte sinken, steigt die Cyber-Kriminalität weiter deutlich an. Zudem zeigt sich jüngst ein Ansteigen der häuslichen Gewalt vor allem gegen Frauen und Kinder. In Salzburg ist die Zahl der angezeigten strafbaren Handlungen seit 2016 mit rd. 32.000 etwas rückläufig und bewegt sich damit auf dem Niveau des Jahres 2001.

Angesichts der erfreulichen Entwicklung sowie der guten Vergleichsdaten beim Indikator subjektives Unsicherheitsempfinden bewerten wir die Entwicklung des Indikators mit +1.



52 Matiassek, Hanns (2018). Sicherheitsrelevante Fragestellungen in EU-SILC-Erhebungen. Deskriptive Datenanalyse über den Zeitraum 2007–2016, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (2), 37-45, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2018_2_D.

53 Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist eine Anzeigenstatistik. Das bedeutet, dass nur die der Polizei angezeigten und an das Gericht übermittelten Straftaten erfasst werden. Das Dunkelfeld der Kriminalität wird ebenso nicht erfasst wie der Ausgang der Gerichtsverfahren.

54 Kriminalstatistik 2020

Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

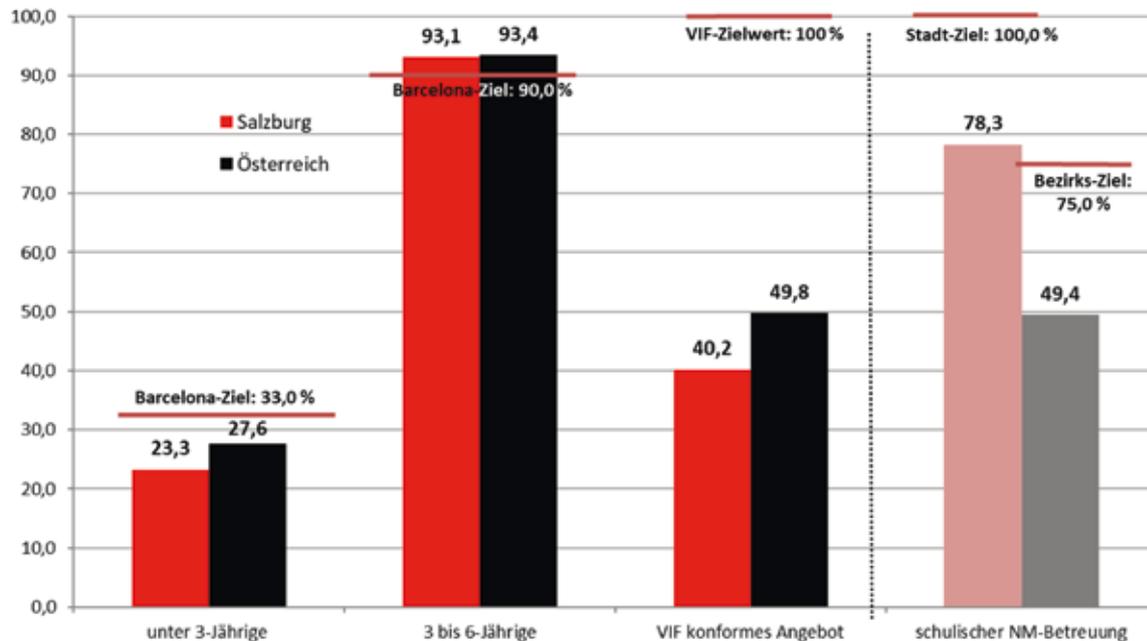
Um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie abzufedern, braucht es eine aktive Weiterentwicklung des Sozialstaats in Österreich. Zudem brauchen Menschen in Zeiten der Digitalisierung und der Klimakrise die Sicherheit, die nur der Sozialstaat bieten kann. So werden individuell, aber auch kollektiv bestehende Existenz- oder Abstiegsängste abgebaut, Angstsparen verhindert und eine empathische Grundhaltung für Menschen, die es schwer haben, gefördert.

Der soziale Ausgleich – also das bewusste Gegensteuern gegen Polarisierung (z. B. materielle Ressourcen, Entwicklungschancen, Zukunftsperspektiven) – ermöglicht ein gutes Miteinander.

Darüber hinaus bedarf es vor allem öffentliche Maßnahmen gegen häusliche Gewalt, eines breiten Zugangs zu bezahlbarem Wohnraum sowie eines frei nutzbaren, sicheren öffentlichen Raums als wichtiges Element für ein offenes und lebendiges Zusammenleben. Außerdem müssen häufig vorkommende negative Zuschreibungen oder Haltungen gegenüber benachteiligten Gruppen (z. B. MigrantInnen, Frauen, Menschen mit Behinderungen, Angehörige bestimmter religiöser Gruppen) abgebaut werden.

5.7 Kinderbetreuung

Abbildung 26: Betreuungsquoten BL Salzburg im Vergleich



Quelle: Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik 2019/2020, Landesstatistik zur Kinderbetreuung im BL Salzburg (2020/2021)

Beschreibung

Flächendeckende, qualitätsvolle und für die Eltern leistbare Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen sind entscheidende Voraussetzungen für die bestmögliche Entwicklung und Förderung aller Kinder sowie eine wesentliche Rahmenbedingung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und damit auch für die Teilhabe am Erwerbsleben, was wiederum ausschlaggebend für ein existenzsicherndes Leben ist. Insbesondere während der Covid-19-Pandemie wurde die Relevanz einer verlässlichen institutionellen Kinderbetreuungs- und Schulinfrastruktur sichtbar. Aufgrund von defacto Schulschließungen waren Eltern, insbesondere Frauen, dazu gezwungen, die Lern- und Betreuungsarbeit unbezahlt zu übernehmen – viele Frauen haben dafür ihre Erwerbsarbeitszeit reduziert oder sind vollständig aus dem Erwerbsleben ausgestiegen, um die unsichere Betreuungssituation zu kompensieren. Ausfallende institutionelle Infrastruktur wirkt sich also direkt auf die Erwerbsbeteiligung und finanzielle Absicherung von Frauen aus. Die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebotes hat somit auch und vor allem für Frauen einen entscheidenden Einfluss auf das Ausmaß der Arbeitsmarktintegration und die Möglichkeit einer eigenständigen finanziellen Existenzsicherung.

Der Indikator Kinderbetreuung basiert auf den Daten der Landesstatistik zur Kinderbetreuung im Bundesland Salzburg (Betreuungsjahr 2020/21) und der Kindertagesheimstatistik (2019/2020) der Statistik Austria. Die Kinderbetreuungsquote gibt Auskunft darüber, wie viele Kinder einer Altersgruppe im Bundesland Salzburg das Angebot einer institutionellen Betreuungseinrichtung in Anspruch nehmen.

Zielwert

Der Zielwert für den Indikator Kinderbetreuung besteht aus 4 Messgrößen, die in die Gesamtbewertung einfließen:

- Die Zielwerte für die Betreuung der unter 3-Jährigen sowie der 3 bis 6-Jährigen betragen 33 Prozent bzw. 90 Prozent. Beide Werte beziehen sich auf das 2002 festgelegte Barcelona-Ziel, dass bereits 2010 erreicht hätte werden sollen.
- Bei der Betreuung der unter 6-Jährigen wird zudem das Angebot an VIF-konformen Betreuungsangeboten berücksichtigt. Der Zielwert liegt hier bei 100 Prozent – d.h. alle Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen entsprechen den VIF-Kriterien⁵⁵.
- Der dritte Zielwert bezieht sich auf die schulische Nachmittagsbetreuung von schulpflichtigen Kindern. Zielwert ist laut Eigendefinition der Ausbau der (kostenfreien) Ganztagschulen in der Stadt Salzburg auf 100 Prozent sowie in den Bezirken auf 75 Prozent bis zum Jahr 2025. Diese Ziele wurden von der Arbeiterkammer Salzburg definiert und beziehen sich auf den Ausbau der (kostenfreien) Ganztagschulen in der Stadt Salzburg auf 100 Prozent sowie in den Bezirken des Landes Salzburg auf 75 Prozent bis zum Jahr 2025.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

In den letzten Jahren hat sich im Bereich der Kinderbildung und -betreuung auch im Bundesland Salzburg viel getan, die Erreichung des Barcelona-Ziels aus dem Jahre 2010 liegt in Salzburg bei den unter 3-Jährigen allerdings noch in weiter Ferne, denn die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen liegt im Jahr 2020/21 bei 23,3 Prozent. Im Längsschnittvergleich zeigt sich zwar eine stetige, aber sehr langsame Zunahme (2007: 11,3 Prozent). Salzburg liegt damit aber deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt von 27,6 Prozent und noch weiter unter dem Barcelona-Zielwert von 33 Prozent.

Bei der Betreuungsquote der 3 bis 6-Jährigen zeigt sich ein besseres Bild. Im Betreuungsjahr 2020/21 lag die Betreuungsquote dieser Altersgruppe in Salzburg bei 93,1 Prozent, im Österreichschnitt bei 93,4 Prozent. Beide Werte liegen damit über dem vorgegebenen Zielwert.

Die bloße Existenz von Kinderbetreuungseinrichtungen sagt noch nichts darüber aus, ob ein solches Angebot die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch tatsächlich ermöglicht. Dazu müssen auch Qualität und Öffnungszeiten stimmen die mit den 5 sogenannten VIF-Kriterien erfasst werden. In Salzburg entsprechen 40,2 Prozent (2020/21) der Einrichtungen den VIF-Kriterien, was insgesamt eine Steigerung um 10,5 Prozentpunkte im Vergleich zum letzten Wohlstandsbericht bedeutet. Salzburg liegt damit immer noch unter dem Österreichschnitt von 49,8 Prozent, nähert sich diesem zwar schrittweise an, ist aber noch lange vom Zielwert (100 Prozent) entfernt.

Schulische Tagesbetreuung – die vierte Maßzahl unseres Indikators – wurde im Schuljahr 2019/2020 im Bundesland Salzburg von 176 aller 321 Pflichtschulen (inkl. AHS-Unterstufe) angeboten, was einer Quote von 54,8 Prozent entspricht. Dabei entfallen 78,3 Prozent auf Schulen in der Stadt Salzburg, 49,4 Prozent auf Schulen in den Bezirken. Der Großteil davon bietet Tagesbetreuung in Form von Nachmittagsbetreuung an, die verschränkte Schulform spielt eine noch untergeordnete Rolle.

⁵⁵ 1) Kinderbetreuung durch qualifiziertes Personal; 2) mindestens 45 Stunden wöchentliche Öffnungszeit, werktags Montag bis Freitag; 3) an 4 Tagen pro Woche mindestens 9,5 Stunden geöffnet; 4) Angebot Mittagessen; 5) maximal 5 Wochen im Jahr geschlossen.

Während die Betreuungsquote der 3 bis 6-Jährigen in Salzburg erfüllt ist, liegt die Quote bei den unter 3-Jährigen nach wie vor weit unter dem Zielwert. Mittlerweile entsprechen 40,2 Prozent der Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen in Salzburg den VIF-Kriterien und ermöglichen damit eine Vollzeitbeschäftigung für beide Eltern. Erst gut die Hälfte aller Pflichtschulen bietet Tagesbetreuung an. Da es noch viel Entwicklungsbedarf gibt, aber die bereits erzielten Fortschritte der vergangenen Jahre berücksichtigt werden, bewerten wir die Bildung und Betreuung von Kindern im Bundesland Salzburg mit 0 Punkten.

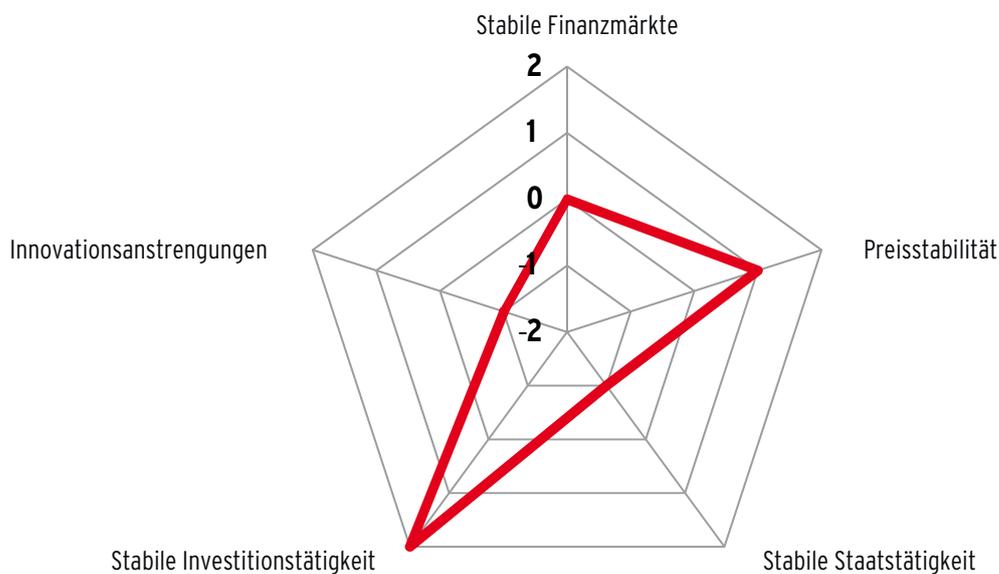


Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Um die angestrebten Betreuungsquoten zu erreichen, braucht es flächendeckende, qualitätsvolle und für die Eltern leistbare (elementare) Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen. Hierfür ist eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung von Bund, Länder und Gemeinden nötig. Die Mittel dafür müssen zumindest auf den EU-Schnitt von 0,98 Prozent des BIP angehoben werden. Österreichweit bedeutet das ein Plus von 1 Mrd. Euro jährlich. Zudem braucht es eine Bundeskompetenz beim Bildungsressort und österreichweite, hohe Mindeststandards bei der Qualität (u.a. Gruppengrößen, Betreuungsschlüssel, Ausbildungsstandards), bessere Arbeitsbedingungen und Rahmenbedingungen (Einkommen, bezahlte Zeit für Vor- und Nachbereitungen etc.) für die Pädagoginnen und Pädagogen sowie einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungs- bzw. betreuungsplatz. Diese Aspekte sind entscheidende Voraussetzungen für die bestmögliche Entwicklung und Förderung aller Kinder sowie eine wesentliche Rahmenbedingung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und für eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit der Frauen.

Kapitel 6

Dimension 5: Ökonomische Nachhaltigkeit



Wirtschaftliche Stabilität stellt eigentlich nur eine Neben- oder Vorbedingung für Wohlstand und Lebensqualität dar. Manche Instrumente der Wirtschaftspolitik, wie die Geldpolitik, wirken zudem indirekt und sind damit selten unmittelbar erfahrbar. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2009 und nicht zuletzt die wirtschaftlichen Verwerfungen rund um die Covid-19-Krise haben jedoch bedrohlich gezeigt, dass ökonomische Stabilität eine zentrale Voraussetzung für einen geordneten Wirtschaftsablauf und materielle Sicherheit sind.

Die Covid-19-Krise ist ein Stress-Test für die Stabilität unseres wirtschaftlichen Institutionengefüges. Die Produktions- und Nachfragekreisläufe wurden massiv gestört. Andererseits haben beispiellose Stabilisierungspakete zur Abfederung der Krise beigetragen. Diese gilt es rasch und effizient im Sinne der gesellschaftlichen Herausforderungen ein- und umzusetzen. Inwieweit die wirtschaftliche Krise und ihre Bewältigung nachhaltige Folgen auf die Finanzmarktstabilität, die Investitionen oder das Preisniveau haben werden ist vorläufig noch nicht abzuschätzen.

Mittelfristig wird es notwendig sein, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Zum Teil wird die Schuldenlast sinken, weil die Staatseinnahmen höher sind als die Zinslast für die Staatsschulden. Die Frage stellt sich sobald ein solider Wirtschaftsaufschwung einsetzt. Dann wird sich zeigen, wer für die Krise zahlen wird: neuerlich die breite Bevölkerung oder die kleine Gruppe von Menschen mit größeren finanziellen Möglichkeiten.

Die Bewertung stützt sich auf vorhandene Daten und aktuelle Einschätzungen und summiert sich auf 1. Die ÖNB schätzt die Resilienz des österreichischen Finanzsystems insgesamt gut ein, größere und kleinere Finanzskandale der jüngsten Vergangenheit zeigen allerdings Verbesserungspotential bei den Aufsichtsbehörden.

Die Entwicklung des Preisniveaus bewerten wir ebenfalls positiv auch wenn im Verlauf des Jahres 2021 ein stärkerer Preisauftrieb festzustellen ist. Eine mittelfristige Gefahr für eine hohe Inflation sehen führende Analyseinstitutionen nicht, zudem hat sich ein angemessener Preisauftrieb als volkswirtschaftlich zweckmäßig herausgestellt um deflationäre Tendenzen zu verhindern.

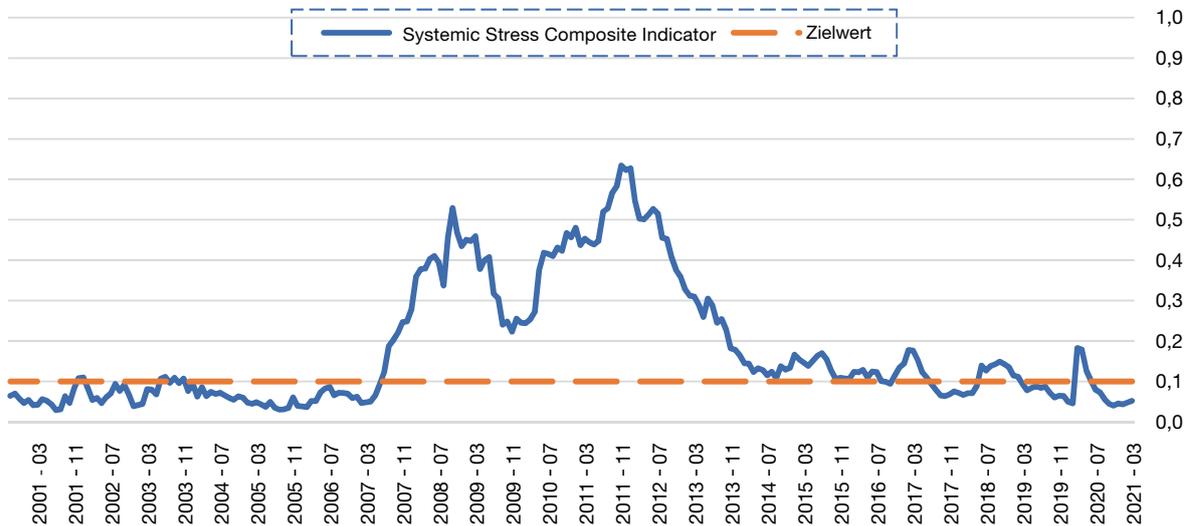
Die gesamtwirtschaftlichen Investitionen als Schlüsselgröße für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sind in Salzburg nach den letztverfügbaren Daten deutlich gewachsen was eine gute Bewertung nach sich zieht.

Bei den für die wirtschaftliche Entwicklung wichtigen Ausgaben für Forschung und Entwicklung verfehlt Salzburg sein selbstgestecktes Ziel.

Die Haushaltspolitik des Landes Salzburg hat die massive Schuldenreduktion auch in der Covid-Krise weit über die in den Stabilitätsgesetzen vorgesehenen Notwendigkeiten weitergeführt was in den letzten Jahren deutlich zulasten der öffentlichen und auch regionalwirtschaftlich wichtigen Investitionen ging.

6.1 Indikator: stabile Finanzmärkte

Abbildung 27: Indikator für Stress im Finanzsystem



Quelle: EZB 2021/7

Beschreibung

Die Stabilität der Finanzmärkte ist, sowohl direkt als auch indirekt, wohlfördernd: Einerseits, da Krisen auf im Banken- und Finanzsystem regelmäßig zu schweren Einbrüchen der Realwirtschaft führen, und andererseits sowohl die Lebensplanung der Haushalte als auch die Investitionsplanung der Unternehmen durch stabile Finanzmärkte massiv erleichtert wird.

Der hier verwendete Indikator bezieht sich auf die gesamte Eurozone. Der Indikator wurde nach der Erfahrung der Finanzkrise 2008/9 konstruiert. Er stellt eine Abschätzung dar, wie hoch die Gefahr neuer systemischer Krisen im Finanzsektor ist. Eine Verwendung rein österreichischer Indikatoren hätte hier wenig Sinn, da sowohl die konkreten Verlustrisiken österreichischer GläubigerInnen als auch das Funktionieren des österreichischen Finanzmarktes im Euroraum insgesamt entschieden wird.

Der Systemic Stress Composite Indicator („CISS“) ist ein zusammengesetzter Indikator der EZB, der das Niveau der Unsicherheit im Finanzsystem anzeigen soll. Er setzt sich aus fünf Bereichsindizes zusammen, die den Geldmarkt, den Anleihenmarkt, die Märkte für Eigenkapital, die Lage der Finanzintermediäre (insbesondere der Banken) und der Fremdwährungsmarkt umfassen. Zudem wird bei der Zusammenstellung berücksichtigt, ob sich die Risiken ausgleichen oder verstärken. Der Indikator ist nur ein Teil der von der EZB vorgenommenen umfassenden Bewertung. Die Indikatoren zu Immobilienverschuldung, Staatsverschuldung und dergleichen werden hier nicht verwendet, da sie nicht ausreichend auf den Kern des funktionierenden Finanzmarktes abstellen.

Zielwert

Der Wert liegt per Konstruktion zwischen 0 und 1. Geringere Werte zeigen geringe Finanzmarktunsicherheit an, insofern sollte der Wert unter 0,1 bleiben.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Bereits mit dem Abschwächen der Konjunktur vor der Corona-Pandemie zeigte sich eine gewisse Erhöhung der Unsicherheit an den Finanzmärkten. Mit Ausbruch der Covid-19-Pandemie kam es zu einem sprunghaften Anstieg der Unsicherheit. In allen Teilbereichen (FX-, Geld-, Bond-, Equitymärkte) sowie bei den Banken erhöhte sich die Instabilität.

Die offensiven politischen Maßnahmen der Zentralbanken sowie die fiskalischen Maßnahmen der nationalen Regierungen zur ökonomischen Stabilisierung haben die Aussichten inzwischen wieder verbessert.

Mit verbesserten wirtschaftlichen Wachstumsprognosen ging auch der zusammengesetzte Indikator für systemischen Stress (CISS) in der Europäischen Union (EU) bis Ende März 2021 wieder zurück. Einige der Einzelindikatoren fielen wieder leicht unter das Niveau vor der Pandemie. Die Wahrscheinlichkeit eines gleichzeitigen Ausfalls von großen und komplexen Bankengruppen und EU -Staaten hat sich reduziert und erreicht nun ähnliche Werte wie im Januar 2020.

Andererseits haben die umfassenden Fiskalprogramme und das weitere Öffnen der geldpolitischen Schleusen für zusätzliche Liquidität gesorgt, die zumindest teilweise in die Finanzmärkte fließt. Dazu kommen historisch niedrige globale Zinssätze. Zur Sorge Anlass geben könnte der aktuelle Anstieg der langfristigen US-Zinsen, da ein schneller und anhaltender Anstieg zu einer Verschärfung der Finanzierungsbedingungen führen und die Wachstumsaussichten beeinträchtigen könnte. Die Geschwindigkeit der Zinsanpassung kann zu unerwünschter Volatilität an den globalen Finanzmärkten führen.

Derzeit wachsen sowohl die Immobilienpreise als auch die Kredite in allen Ländern sehr stark und die OENB ging in ihrem Immobilienmonitor bereits von einer deutlichen Überbewertung der Immobilien aus. Die damit verbundene Kostenerhöhung für die Haushalte stellt eine gefährliche Entwicklung dar, allerdings nicht notwendigerweise im Finanzmarktindikator, insbesondere da der Wohnbedarf nach wie vor steigt – und damit kein allgemeiner drastischer Preisverfall der zur Besicherung dienenden Immobilien droht.

Aus der noch nicht überwundenen Corona Pandemie ergeben sich eine Reihe von wirtschaftlichen Unsicherheiten. Hilfspakete bestanden nicht zuletzt in rückzahlungspflichtigen Übergangsfinanzierungen, zudem wurden Konkursverfahren ausgesetzt und verlangsamt. Die ÖNB geht für die österreichischen Banken von einer hohen Resilienz aus, insgesamt werden sich die Effekte auf die Finanzmarktstabilität in ihrem ganzen Ausmaß allerdings erst allmählich zeigen.

Größere und kleinere Finanzskandale (Wirecard, Commerzialbank) in Kernländern der Eurozone zeigen zudem, dass eine umfassende und funktionierende Aufsicht nicht ausreichend vorhanden ist.

Da der verwendete Indikator für Stress im Finanzsystem aktuell wieder unter der angestrebten 0.1 Marke liegt, die weitere Entwicklung aber mit deutlichen Unsicherheiten behaftet ist bewerten wir den Indikator für Finanzmarktstabilität mit 0.



Indikatoren spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Eine klare Politik, die versucht, die Realwirtschaften – und dadurch auch den Finanzsektor – zu stabilisieren, ist aktuell die wichtigste Maßnahme. Eine Gefahr kann von einem raschen und anhaltenden Zinsanstieg ausgehen, in dessen Folge die Volatilität wieder zunehmen und Schwankungen an den Finanzmärkten verstärken könnte.

Eine stärker substanzorientierte Überwachung von Finanzintermediären ist – wie die jüngsten Skandale zeigen – notwendig. Die reine Prozessüberwachung ist unzureichend.

6.2 Stabile Staatstätigkeit bzw. nachhaltiges Haushaltsgleichgewicht

Abbildung 28: Salzburger Landeshaushalt: Substanzerhaltungsquote, Schuldendienstquote, Eigenfinanzierungsquote

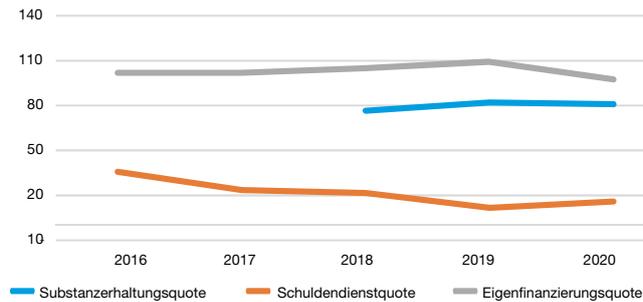
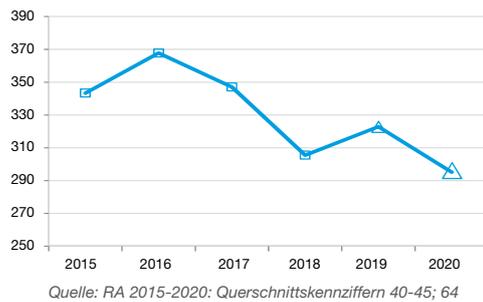


Abbildung 29: Investitionen des Landes Salzburg 2015 -2020



Beschreibung

Eine stabile Staatstätigkeit erfordert sowohl auf Bundesebene als auch auf Ebene der Bundesländer einerseits eine verlässliche Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge auf hohem Niveau, andererseits nachhaltige Staatsfinanzen um dieses Ziel dauerhaft zu erreichen.

Bundesländer wie Salzburg unterliegen in ihrer Haushaltspolitik Einschränkungen. Auf europäischer Ebene haben sich die Nationalstaaten zu mehrfachen Beschränkungen der Fiskalpolitik entschlossen. Mit dem österreichischen Stabilitätspakt unterliegen die Bundesländer ebenfalls der Verpflichtung, Ausgaben in einem vorgegebenen Rahmen („struktureller Saldo“) zu halten und Schulden zu reduzieren. Gemessen an diesen innerstaatlichen Fiskalvorgaben hat das Bundesland Salzburg in den vergangenen Jahren seine Aufgaben deutlich übererfüllt: Es wurden weit mehr Schulden getilgt als erforderlich und der jährliche Ausgabenspielraum wurde nicht ausgeschöpft.

Nachhaltigkeit bedeutet aber mehr als keine Schulden zu hinterlassen. Nachhaltig ist eine Haushaltspolitik dann, wenn die laufenden Ausgaben effizient bewältigt und darüber hinaus Investitionen für zukünftige Aufgaben getätigt werden. Weil es zukünftige Generationen sind, die die bessere Infrastruktur brauchen und später nutzen, können diese heute auch an den Kosten beteiligt werden. Dafür ist – ähnlich wie ein kreditfinanzierter Hausbau bei Familien oder eine fremdfinanzierte Produktionsanlage bei Unternehmen – ein Anstieg der Verschuldung, der auf einem zumindest gleich großen Anstieg der Vermögenswerte beruht, zweckmäßig und anders zu beurteilen als ein Zuwachs der Verschuldung für laufende Ausgaben. Diese Erkenntnis war in der Nachkriegszeit lange Zeit allgemein akzeptiert, wurde aber in den vergangenen Jahren zugunsten einer restriktiven Haushaltspolitik verworfen. Es wurde einseitig auf Schuldenreduktion fokussiert und damit notwendige Investitionen vernachlässigt.

Wir erachten einen öffentlichen dann als nachhaltig, wenn der Überschuss der operativen Gebahrung ausreichend groß ist um erforderliche Investitionen im Rahmen einer vertretbaren Verschuldung und unter Erhaltung der Substanz des öffentlichen Vermögens zu finanzieren.

Zur Messung ziehen wir einerseits haushaltswirtschaftliche Kennzahlen heran: Die Eigenfinanzierungsquote zeigt an, wie weit laufende Ausgaben und Investitionen des Landeshaushalts mit eigenen Mitteln finanziert werden kann oder ob Fremdmittel zur Finanzierung nötig sind. In einem günstigen Zinsumfeld ist für nachhaltige Investitionen auch eine Eigenfinanzierungsquote unter 100 sinnvoll. Die Schuldendienstquote zeigt, welcher Anteil der öffentlichen Abgaben für den Schuldendienst einzusetzen ist. Die Substanzerhaltungsquote gibt Auskunft darüber, in welchem Ausmaß die getätigten Investitionen das Vermögen des Landes (Straßen, Bauten etc.) erhalten.⁵⁶

Eine ausreichende Investitionstätigkeit ist zur Sicherung der Leistungen der Daseinsvorsorge nötig, lässt sich aber nicht mit haushaltswirtschaftlichen Kennzahlen messen, sondern hängt vom Niveau des Kapitalstocks sowie den gesellschaftlichen Erfordernissen für Wohlstand und Lebensqualität ab.

Ziel

Die Eigenfinanzierungsquote sollte langfristig bei 100 liegen, kann mittelfristig aber auch darunter liegen, insbesondere dann, wenn ein nachhaltiger Vermögensaufbau so wie aktuell günstig mit Fremdmitteln zu finanzieren ist. Für die Schuldendienstquote kann ein Wert unter 10 Prozent als gut gelten. Die Substanzerhaltungsquote – sie zeigt wie weit die Investitionen die Abschreibungen decken und das Vermögen des Landes erhalten werden kann – sollte 100 Prozent betragen.

Angesichts des riesigen Investitionsbedarfs in Klimaschutzmaßnahmen, Wohnbaukrise, Kinderbetreuungs-, Pflege-, Gesundheits- oder Verkehrsinfrastruktur – um nur einige zu nennen – ist eine deutliche Erhöhung der Investitionen im Aufgabenbereich des Landes nötig.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Das primäre Ziel der Salzburger Landesregierung war in den vergangenen Jahren die Reduktion der Schulden. Dieses Ziel wurde erreicht indem Landesvermögen veräußert und zur Schuldentilgung verwendet wurde (v.a. Wertpapiere, Wohnbaufondsauflösung, Wohnbauförderungsbeiträge). Daraus resultiert die sinkende Schuldendienstquote. Erkauft wurde das aber zulasten der Investitionen sowie auf Kosten der Substanz des Landesvermögens. Die Substanzerhaltungsquote liegt deutlich unter 100, das Vermögen des Landes ist geringer geworden. Die Investitionen in Landesvermögen und auch regionalwirtschaftlich wichtige Investitionsförderungen von Unternehmen und privaten Haushalten gingen deutlich auf zwischenzeitlich unter 300 Mio. im Jahr 2020 zurück. Die Eigenfinanzierungsquote liegt im Beobachtungszeitraum über 100⁵⁷ und zeigt, dass der Salzburger Landeshaushalt Ausgaben für den laufenden Betrieb und Investitionen aus Eigenmitteln finanzieren kann. Weil die Investitionen rückläufig sind obwohl eine Investitionsoffensive angesichts des extrem günstigen Zinsumfelds ein Gebot der Stunde wäre, und aufgrund des Umstands, dass die beengenden Fiskalregeln 2020 und auch 2021 aufgehoben sind, aber trotzdem weiterhin die Schuldenreduktion gegenüber anderen ökonomischen Zielen deutlich priorisiert wird, bewerten wir den Indikator mit -1.



⁵⁶ Siehe Quicktest KDZ

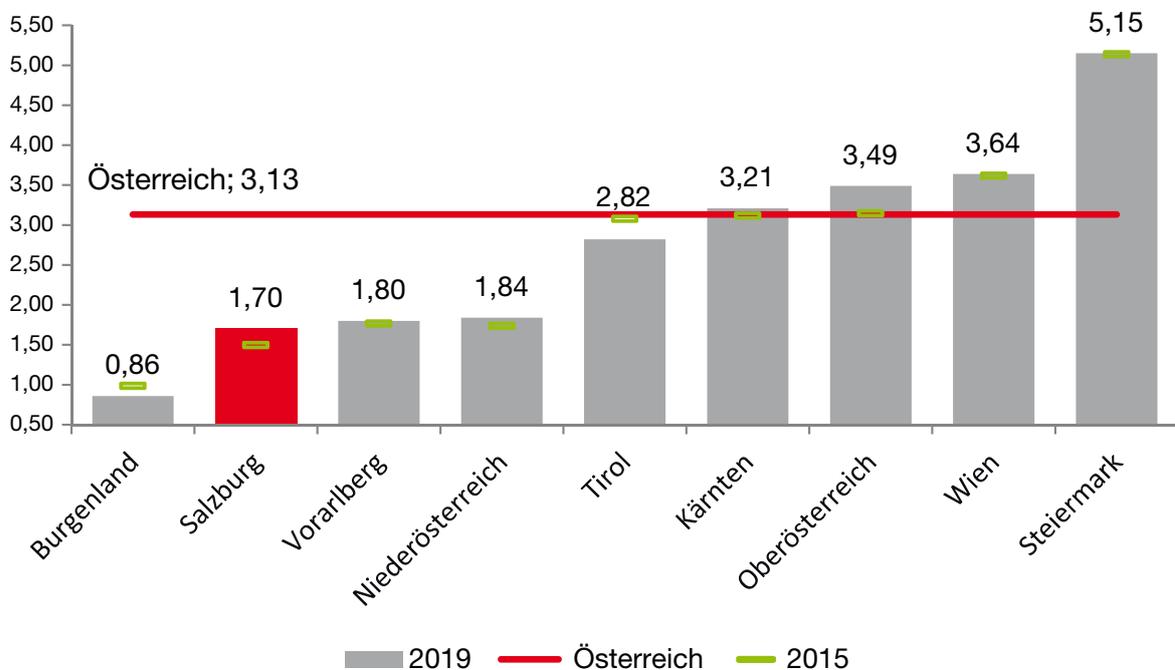
⁵⁷ Die Ausnahme im Jahr 2020 ist auf coronabedingte Mindereinnahmen zurückzuführen

Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Nettoinvestitionen sollten in einem günstigen Zinsumfeld das eigene Vermögen erhalten und erweitern. Die Liste notwendiger Maßnahmen ist lang: Investitionen in den öffentlichen Verkehr, eine aktive Boden- und eine kontinuierliche, deutlich ausgeweitete Wohnbaupolitik, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, Ausbau der Infrastruktur für öffentliche Bildungsangebote, Ausbau der Kinderbetreuungs- und Pflegeinfrastruktur.

6.3 Innovationsanstrengungen

Abbildung 30: Regionale Forschungsquote 2019



Quelle: Statistik Austria: Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung 2017

Beschreibung

Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) haben eine große Bedeutung für hochentwickelte Volkswirtschaften mit hohem Lebensstandard und hohem Lohnniveau. Zukünftige Fortschritte in der Arbeitsproduktivität werden u.a. über Zukunftsinvestitionen in F&E erreicht. Insbesondere in den Industrieländern gilt die Erhöhung des Mitteleinsatzes für F&E als unumgänglich, um im globalisierten Wissenswettbewerb bestehen zu können.

Die Forschungs- und Entwicklungsquote misst den Anteil der Bruttoinlandsausgaben für F&E in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). F&E wird definiert als „schöpferische Tätigkeit, welche auf systematische Weise unter Verwendung wissenschaftlicher Methoden mit dem Ziel durchgeführt wird, den Stand des Wissens zu vermehren sowie neue Anwendungen dieses Wissens zu erarbeiten.“

Die F&E-Quote wird alle zwei Jahre ermittelt und zwei Jahre später veröffentlicht, der letztverfügbare Wert für Salzburg ist jener für das Jahr 2019. Die jährliche Globalschätzung der Ausgaben für F&E wurde 2021 aufgrund der derzeitigen unwägbareren wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise nicht durchgeführt.

Die Erhebung erfolgt im Rahmen einer primärstatistischen Vollerhebung bei F&E durchführenden Einrichtungen und Unternehmen. Die anzuwendenden Definitionen und Richtlinien sind im Frascati-Handbuch der OECD zusammengefasst womit von einer vollen internationalen Vergleichbarkeit der Werte ausgegangen werden kann. Die Kennzahl lässt keine Aussage über die Qualität des Outputs, die Effizienz der Aktivitäten oder darüber aus, ob die gewonnenen Erkenntnisse auch verwertet wurden.

Zielwert

Der F&E-Quote kommt wegen der europäischen Zielsetzung, bis zum Jahr 2020 drei Prozent der gesamten jährlichen Wirtschaftsleistung für Forschung und Entwicklung aufzuwenden, hohe politische Bedeutung zu. Einzelne Länder haben mitunter auch Ziele formuliert die über dieses „3 Prozent-Ziel“ hinausgehen. So peilte Österreich beispielsweise für 2020 eine Forschungsquote von 3,76 Prozent an. Die Salzburger Landesregierung hat sich bereits im Arbeitseinkommen 2013 bis 2018 das Ziel gesetzt, eine F&E-Quote von 2 Prozent zu erreichen, wenngleich diese klare Zielsetzung im neuen Koalitionsvertrag (2018-2023) fehlt. Wir beurteilen den Indikator F&E-Quote an der Erreichung des 2 Prozent-Ziels für 2018.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

Österreich hat in den letzten 15 Jahren seine F&E Ausgaben sowohl absolut auch im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt stark gesteigert und den Abstand zum Durchschnitt der europäischen und der Euroraum-Länder stetig vergrößert. Im Jahr 2019 betrug die F&E-Quote 3,10 Prozent. Für 2020 wird die Forschungsquote auf 3,23 Prozent geschätzt, die Steigerung der Quote ist allerdings auf den pandemiebedingten Wirtschaftseinbruch zurückzuführen: Ein leichter Rückgang der F&E-Ausgaben wurde von einem starken Rückgang der Wirtschaftsleistung begleitet, was zu einem starken Anstieg der Quote führt. Auch wenn die selbst gesteckte Zielerreichung (3,76 Prozent im Jahr 2020) trotz dieses Anstiegs nicht erreicht wurde, ist hervorzuheben, dass Österreich das für 2020 gesteckte europäische 3 Prozent Ziel bereits seit 2014 erfüllt und europaweit die zweithöchste F&E-Quote aufweist (2019). Nur Schweden weist eine höhere Quote auf.

In Salzburg wurde das 2 Prozent Ziels für 2018 allerdings verfehlt. Um das selbstgesteckte Ziel zu erreichen hätte die Forschungsquote seit 2013 jährlich um mindestens 0,1 Prozentpunkte steigen müssen. Tatsächlich stagniert die Salzburger Forschungsquote zwischen 2013 und 2015 bei 1,5 Prozent, seither steigt die Quote allerdings leicht an während sie in anderen Bundesländern stagniert. Im Bundesländervergleich liegt Salzburg mit einer F&E-Quote von 1,7 Prozent (2019) dennoch deutlich unter dem österreichischen (3,13 Prozent) und dem europäischen Durchschnitt (2,2 Prozent). Zwar weisen Bundesländer mit großen Universitätsstandorten und/oder einem hohem Industrieanteil höhere F&E-Quoten auf als solche mit einem Dienstleistungsschwerpunkt wie Salzburg. Doch auch im Vergleich mit wirtschaftlich ähnlich strukturierten Bundesländern (Vorarlberg, Tirol, Kärnten) liegt Salzburg schwach.

Unter Berücksichtigung des hohen österreichischen Niveaus bei der F&E-Quote bei gleichzeitiger Zielverfehlung wird der Indikator auf unserer Skala mit -1 bewertet. Positiv ist die Dynamik der letzten zwei Jahre, diese sollte beibehalten werden.



Indikatorenspezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Österreichs Wirtschaft kann im Wettbewerb nur mit Qualität, technologischem Vorsprung und hoher Wertschöpfung bestehen. Innovation, Forschung und Entwicklung sind daher wichtige Schlüssel für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Eine Studie des WIFO (Falk 2013), im Auftrag der Arbeiterkammer zeigt, dass Unternehmen, denen die erfolgreiche Einführung neuer oder verbesserter Produkte gelingt, in den zwei Jahren nach der Einführung ein um durchschnittlich 1,7 Prozentpunkte höheres Beschäftigungswachstum pro Jahr aufweisen als Nicht-Innovatoren. Auch Prozessinnovationen verstärken das Beschäftigungswachstum um 1,2 Prozentpunkte pro Jahr.

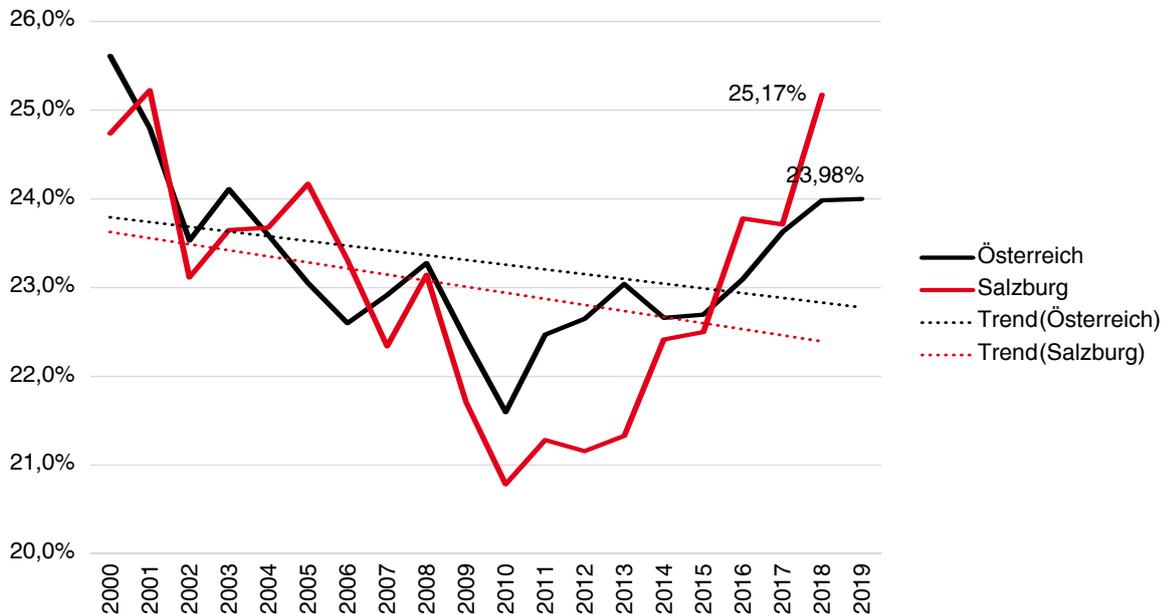
Das Ziel der Bundesregierung die F&E-Quote auf 3,76 Prozent des BIP im Jahr 2020 zu erhöhen wurde verfehlt und verlangt für die Zukunft jedenfalls weitere Investitionen in FTI und eine neue Zielarchitektur.

Auch die Struktur der Investitionstätigkeit verlangt mehr Aufmerksamkeit: Die öffentliche Hand darf sich – im Sinne der Ökonomin Mariana Mazzucato – nicht auf das Setzen von Rahmenbedingungen und den Ausgleich von Marktversagen durch direkte und indirekte Förderungen beschränken, sondern muss auch eigenständige Impulse durch Investitionen in F&E und F&E-Infrastruktur setzen.

Forschung zu fördern heißt auch, in Qualifikation und Aus- und Weiterbildung zu investieren, insbesondere im Zusammenhang mit der fortschreitenden Digitalisierung. Eine gute Forschungspolitik hat Bildungspolitik als notwendige Voraussetzung.

6.4 Stabile Investitionstätigkeit

Abbildung 31: Investitionsquoten (Bruttoanlageinvestitionen in Prozent des BIP)



Quelle: EU-Kommission (Eurostat 19.05.2021), eigene Berechnungen

Beschreibung

Eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung ist eng mit Investitionen und technologischem Fortschritt verbunden. Die Investitionsquote misst den Anteil der gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt. Darunter fallen öffentliche und private Ausgaben für Ausrüstungen (Maschinen, Elektrogeräte, Fahrzeuge u.a.), Bauten und sonstige Anlagen (F&E, geistiges Eigentum u.a.).

Investitionen bilden eine Schlüsselgröße der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Investitionen haben nicht nur einen mittel bis langfristigen Kapazitätseffekt, dh sie erhöhen die Produktionskapazitäten der Volkswirtschaft, sie lösen auch einen Nachfrage- und Beschäftigungseffekt aus, der durch den Multiplikator verstärkt wird (der Anstieg des BIP infolge einer Investitionsausgabe ist normalerweise höher als die Investitionsausgabe selbst).

Zielwert

Es gibt kein ökonomisch begründbares numerisches Zielniveau der Investitionstätigkeit. Generell sollen die gesamtwirtschaftlichen Investitionen so hoch sein, dass die Volkswirtschaft Vollbeschäftigung erreicht. Dies erfordert einen Anstieg der Investitionsquote. Dabei ist unbedingt zu berücksichtigen, dass viele ökonomische Tätigkeiten Investitionscharakter haben, auch wenn sie im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht zu den Investitionen, sondern zum Konsum gezählt werden: Das gilt etwa für Bildungs- und Qualifizierungsaktivitäten; hingegen wurden F&E-Ausgaben jüngst in der VGR zu Investitionen gruppiert.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

In Österreich lag der Investitionsanteil am BIP 2019 auf einem Niveau um die 24 Prozent. Das ist weniger als in den 1990er Jahren (etwa 25 Prozent), aber mehr als in den 2000er Jahren in denen die Investitionsquote steil abgesunken ist. Außerdem ist es deutlich höher als in der Eurozone und in Deutschland (etwa 21 Prozent). In Deutschland müssten Staat und Unternehmen ihre Investitionsausgaben um mehr als 100 Mrd. Euro pro Jahr erhöhen, um österreichisches Niveau zu erreichen, dies vor allem im Bereich öffentlicher und Ausrüstungsinvestitionen. Im Konjunkturaufschwung 2015–2018 sind die Investitionen kräftig gestiegen. 2020 werden sie aufgrund der Covid-19-Krise drastisch einbrechen, eine Besserung ist auch für 2021 nicht zu erwarten. Dies spiegelt sich allerdings nur zum Teil in der Investitionsquote, da das Bruttoinlandsprodukt ähnlich stark zurückgeht.

In Salzburg liegt die Investitionsquote 2018 mit 25,2 Prozent deutlich höher als in Österreich. Seit der Jahrtausendwende liegt der Anteil der Investitionen im Trend aber deutlich unterhalb der österreichischen Entwicklung. Vor allem die Jahre im Gefolge der Wirtschaftskrise 2008 bis 2015 waren von einer anhaltenden Investitionsschwäche geprägt, während die jüngste Phase der Hochkonjunktur von einer deutlich höheren Investitionsintensität geprägt ist.

Niveau und Höhe der Investitionstätigkeit sind das Ergebnis zahlreicher Einflussfaktoren:

- Die wichtigsten Determinanten bilden die makroökonomischen Rahmenbedingungen und die konjunkturelle Entwicklung: Aktuelle Kapazitätsauslastung und Absatzerwartungen entscheiden über die tatsächliche Umsetzung geplanter Investitionsprojekte.
- Hingegen verlieren die Finanzierungsbedingungen, v.a. Kreditzinssätze, an Bedeutung (Ausnahme: Bauinvestitionen). Ein großer Teil der Investitionen wird heute aus dem Cashflow der Unternehmen finanziert, die immer weniger auf Fremdfinanzierung angewiesen sind. Dies kommt etwa darin zum Ausdruck, dass die Einlagen nichtfinanzieller Unternehmen bei Banken heute um gut 30 Prozent höher sind als ihre Investitionen.
- Einen geringen Zusammenhang zeigen empirische Studien auch zwischen der Höhe des Körperschaftssteuersatzes und der Investitionstätigkeit der Unternehmen. Hingegen spielte in Österreich traditionell die staatliche Investitionsförderung eine wichtige Rolle. Die direkte Investitionsförderung ist stark ausgebaut, lange war auch die steuerliche Investitionsförderung (z. B. vorzeitige Abschreibung) wichtig, die allerdings in den 2000er-Jahren zugunsten eines niedrigen Körperschaftssteuersatzes merklich reduziert wurde. In Bezug auf die Forschungsförderungen sind beide Instrumente noch stark im Einsatz.

In die Bewertung der Investitionstätigkeit fließt das hohe Niveau ein. Auf unserer Bewertungsskala bewerten wir die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit daher mit 2 Punkten. Die stabile und in jüngster Zeit wieder hohe Investitionsquote stellt einen Beleg für das im europäischen Vergleich hohe wirtschaftliche Niveau in Österreich wie auch in Salzburg dar. Die hohe unternehmerische Investitionstätigkeit deutet darauf hin, dass die Unternehmen den Wirtschaftsstandort auch langfristig als verlässlich und hochwertig erachten (sonst würden sie nicht jedes Jahr 70 Mrd. Euro investieren). Dies kann auch in Bezug auf die weitere Entwicklung nach der aktuellen Krise als positive Rahmenbedingung angesehen werden, wenngleich die Aussichten für Investitionen natürlich trübe sind.

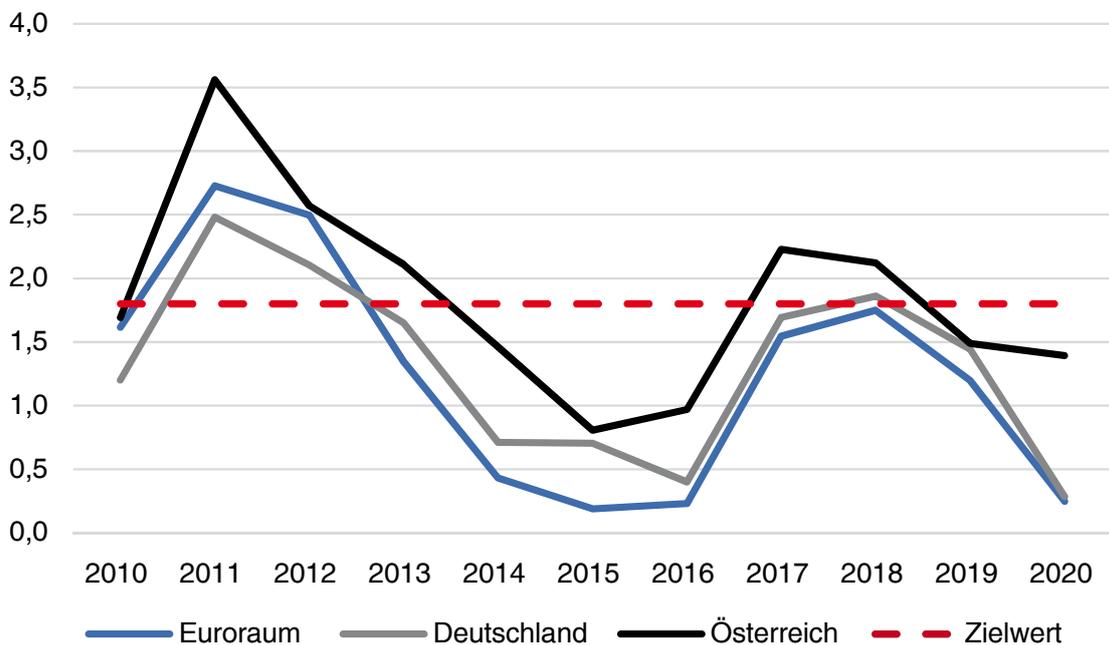


Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

Hohe und stabile Investitionstätigkeit bilden kurz- und langfristig wesentliche Determinanten des materiellen Wohlstandes.

- Makroökonomisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik spielt eine zentrale Rolle für die Investitionstätigkeit: Antizyklische und aktive Konjunktur- und Nachfragepolitik sind deshalb von besonderer Bedeutung, so wie auch stabile und handlungsfähige Institutionen und eine an langfristigen Zielen ausgerichtete Wirtschaftspolitik.
- Die Struktur der Investitionstätigkeit verlangt nach mehr Aufmerksamkeit: Technologie- und forschungsintensive Investitionstätigkeit soll wegen ihrer langfristigen ökonomischen Effekte gefördert werden; das gilt insbesondere auch für Bildungs- und Qualifizierungsanstrengungen, auch wenn diese zum Teil nicht unter den Investitionsbegriff der VGR fallen.
- Die Höhe der Gewinnsteuern hat keinen signifikanten Einfluss auf die Investitionstätigkeit. Dennoch können vom Steuersystem positive Anreizeffekte ausgehen, wie etwa die Forschungsprämie eindrucksvoll gezeigt hat: Österreich hat sich auch damit vom Mittelfeld an die Spitze bei den Forschungsaktivitäten entwickelt. Ähnlich könnten steuerliche Investitionsanreize wie eine vorzeitige oder degressive Abschreibung wirken.
- Von der öffentlichen Hand könnten stärkere Investitionsimpulse ausgehen, gerade auch in Salzburg (z.B. öffentlicher Verkehr, Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur). Im Bereich des sozialökologischen Umbaus der Wirtschaft bestehen vielfältige und langfristig ökonomisch ertragreiche Investitionsmöglichkeiten. Auf EU-Ebene sollten Instrumente für einen Investitionsimpuls entwickelt werden, auf Ebene der Mitgliedstaaten wäre die Einführung einer „Goldenen Investitionsregel“ sinnvoll, die die Kreditfinanzierung öffentlicher Nettoinvestitionen ermöglicht.

6.5 Preisstabilität



Quelle: HVPI, Eurostat, eigene Berechnungen

Beschreibung

Spricht man von Inflation bzw. von Preisstabilität, so ist in aller Regel die Stabilität der Verbraucherpreise gemeint. Man kann davon ausgehen, dass sämtliche Preisbewegungen – so z.B. die Preise für Investitionsgüter, für Bauten, von Großhandelsprodukten usw. – sich über kurz oder lang in den Verbraucherpreisen niederschlagen und damit die Kaufkraft der real verfügbaren Einkommen tendenziell schwächen. Die Analyse von Preisbewegungen auf der Ebene der KonsumentInnen ist demnach besonders sinnvoll.

EU-weit wird die Preisentwicklung anhand eines statistisch abgesicherten Warenkorbes beobachtet. Die Basisdaten dazu liefern regelmäßig stattfindende Erhebungen zum Konsumverhalten der privaten Haushalte. Die Warenkorbpositionen werden monatlichen Preisbeobachtungen unterzogen. So entstehen im Zeitablauf Preisindizes, die Auskunft über die Preisentwicklung sowohl einzelner Produkte/Dienstleistungen als auch über die Gesamtteuerung (Inflationsrate) geben.

Der nationale VPI gelangt v. a. in den Bereichen Wertsicherung von Miet- und Versicherungszahlungen, bei Lohnverhandlungen und vielem mehr zum Einsatz, wohingegen der HVPI für internationale Vergleiche und die Geldpolitik der EZB herangezogen wird. Beide Indizes unterliegen Anpassungen.

Preisniveaustabilität ist ein wichtiges makroökonomisches Ziel: Eine geringe Inflation schafft bei allen Wirtschaftssubjekten Vertrauen; wirtschaftliche Aktivitäten sind planbar. Ebenso geht von leicht ansteigenden Preisen eine Signalwirkung aus, dies führt zu einer effizienten Ressourcenallokation. Ein andauerndes Sinken des allgemeinen Preisniveaus – Deflation – kann schädliche Auswirkungen u. a. auf die Beschäftigung haben, besonders wenn sie Folge eines Nachfrageausfalls ist. Indem die KonsumentInnen ein künftiges Sinken der Preise erwarten, kommt es zu einer

Konsumeinschränkung und damit in aller Regel zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Zudem führt Deflation zu einem realen Anstieg der Schulden von Staat, Unternehmen und Haushalten, was eine Krise massiv verschärfen kann.

Preisindizes werden fast immer auf Ebene der Nationalstaaten berechnet. Obwohl bekannt ist, dass die Preise bestimmter Warengruppen in Salzburg höher als im österreichischen Durchschnitt sind (z.B. Wohnkosten, persönliche Dienstleistungen) gibt es keine verlässlichen Messungen der Teuerung etwa für einzelne Bundesländer. Auch Berechnungen der regionalen Kaufkraft sind methodisch mit vielen Problemen behaftet, aufwendig und fachlich umstritten (Kosfeld, Eckey 2004).

Ziel

Die Europäische Zentralbank als Organ der Europäischen Union sieht es als ihre Hauptaufgabe an, die Preisstabilität im Euroraum zu gewährleisten, um die Erwartungen der Wirtschaftsakteure zu stabilisieren und damit für mehr Planungssicherheit z.B. punkto Zinsen, Kredite, Investitionen, Einkommensentwicklung oder langfristige Konsumentscheidungen zu schaffen. Mitte 2021 hat die EZB ihren Zielwert für die Inflation auf einen Wert um die 2 Prozent etwas angehoben.

Dynamik, Determinanten und Bewertung

In den Jahren 2016 bis 2020 weist Österreich im Vergleich zu Deutschland höhere Inflationsraten auf. So liegt die Preissteigerungsrate für Österreich bei einer jährlichen durchschnittlichen Rate von 1,7 Prozent gegenüber 1,3 Prozent in Deutschland (Eurozone: 1,2 Prozent).

Im Ländervergleich zeigt sich, dass die Ausgabenpositionen „Nahrungsmittel“, „Wohnung“, „Gesundheit“ und „Sonstige Dienstleistungen“, die nahezu 50 Prozent der Gesamtausgaben repräsentieren, in Österreich einem stärkeren Preisauftrieb ausgesetzt waren als in den anderen Vergleichsregionen. Besonders einkommensschwache Haushalte sind davon stark betroffen, so liegen bei ihnen die Ausgaben für Wohnen um 10 Prozentpunkte über jenen der einkommensstärksten Haushalte.

Mit der Belebung der Konjunktur im Verlauf des Jahres 2021 ist es zu einem Anstieg der Teuerung in Österreich gekommen, der vorrangig auf höhere Energiepreise zurückzuführen ist womit der Rückgang während der Covid-Krise kompensiert wurde. Die ÖNB rechnet für 2021 mit einer Jahresinflation von etwas über 2 Prozent in Österreich und wie die meisten anderen Prognoseinstitute mittelfristig mit keinem stärkeren Anstieg der allgemeinen Verbraucherpreise.

Die Entwicklung der Inflationsrate liegt im Bereich des Inflationsziels der EZB. Daher bewerten wir den Indikator insgesamt mit 1.



Indikatoren-spezifische Schlussfolgerungen für eine wohlstandsorientierte Politik

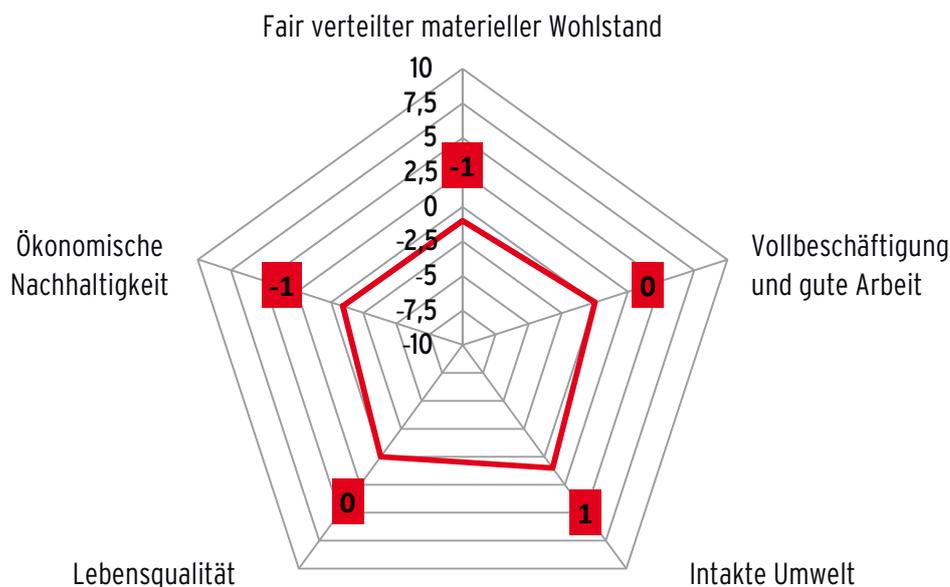
Materielle Wohlstandssteigerung wird auch durch eine Anhebung der Reallöhne und -gehälter erreicht. Kurz: Die Nominallohnerhöhung liegt über der Inflationsrate. Nimmt man den Untersuchungszeitraum 2008-2019 dann stiegen die Reallöhne der unselbständig Beschäftigten in Salzburg seit 2007 um lediglich 4,7 Prozent. Von der sich abzeichnenden guten Ertragslage in vielen Branchen sollen auch die ArbeitnehmerInnen durch steigende Reallöhne profitieren.

Ein besonderes Augenmerk bezüglich Preissteigerungen ist jenen Einkommensgruppen zu schenken, die durch besonders hohe Ausgabenanteile – speziell im Bereich Wohnen – einem überdurchschnittlich starken Preisdruck ausgesetzt sind. Die Ausgaben für Wohnen und Energie liegen für das unterste Einkommensdezil bei 33,6 Prozent der Gesamtausgaben; beim obersten bei 21,7 Prozent. Wirksame Maßnahmen, um den Preisdruck abzuschwächen, sind u. a. eine Ausweitung des sozialen Wohnungsangebots und eine Mietenregulierung. Eine Stärkung der Kaufkraft wäre in Salzburg besonders geboten. Ein steuerbereinigter Vergleich von Markenprodukten durch die AK-Salzburg ergab auch 2020 das bekannte Bild: Lebensmittel sind in Salzburg um 13 Prozent, Körperpflegeprodukte um 50 Prozent, Reinigungsmittel um 37 Prozent teurer als im angrenzenden Bayern.

Kapitel 7

Schlussfolgerungen für eine an Wohlstand und Lebensqualität orientierte Politik

Abbildung 32: Wohlstand und Lebensqualität im Bundesland Salzburg – Gesamtbewertung



Insgesamt zeigt eine Gesamtschau auf die Indikatoren des Salzburger Wohlstandsberichts ein ähnliches Bild wie bei unserer ersten Ausgabe 2019. Auf der Basis unserer neuen Bewertung (5-teilig zwischen -2 und +2 je Indikator) können die Werte jeder Dimension in der Bandbreite zwischen +10 und -10 liegen. Wie das Spinnennetzdiagramm zeigt, erreicht Salzburg in keiner Dimension sehr gute Werte, Salzburg hat aber auch in keiner Dimension sehr kritische Werte. Die Werte der Dimensionen liegen alle im Bereich zwischen -1 und +1. Am besten schneidet dabei die Dimension „Intakte Umwelt“ ab, am schlechtesten die Dimension „fair verteilter materieller Wohlstand“.

Weiterhin verzichten wir auf einen Gesamtindex des regionalen Wohlstands und der Lebensqualität, weil es nicht sinnvoll ist, Verbesserungen und Verschlechterungen aus unterschiedlichen Bereichen gegeneinander aufzuwiegen. Auf der Ebene der fünf Dimensionen kann eine Bewer-

tungsübersicht aber Verbesserungen oder drängenden Handlungsbedarf in größeren Politikbereichen aufzeigen. So wird deutlich, dass Entwicklungen nicht in Stein gemeißelt sind, sondern positive Veränderungen möglich sind und entschlossenes politisches Handeln etwas bewirken kann.

Eine solche Verbesserung auf einen Gesamtwert von +1 zeigt sich in der Dimension „intakte Umwelt“: Gegenüber unserem ersten Bericht aus dem Jahr 2019 haben sich die Werte der Dimension etwas verbessert (durch gute Werte beim Indikator Feinstaubbelastung).

Ebenso um einen Punkt besser bewertet (auf nun 0) ist die Dimension Vollbeschäftigung und gute Arbeit (aufgrund der Arbeitsproduktivität). Dagegen haben sich die Werte der Dimension fair verteilter materieller Wohlstand etwas verschlechtert auf -1 (durch eine schlechtere Bewertung bei der Einkommensverteilung). Ebenso um einen Bewertungspunkt schlechter schneidet die Dimension Lebensqualität ab (durch schlechtere Werte bei Weiterbildung und Wohnen), die Dimensionsbewertung liegt nun bei 0. Unverändert ist die Gesamtbewertung der Dimension ökonomische Nachhaltigkeit, die ebenfalls bei 0 liegt.

Wie in der Einleitung ausführlicher dargestellt, benötigen Bewertungen einen Maßstab. Liegt dieser Maßstab ausschließlich im nationalen oder internationalen Vergleich, dann sind Wohlstand und Lebensqualität im Bundesland Salzburg hoch. Unser Wirtschafts- und Sozialmodell führt zu vergleichsweise hoher wirtschaftlicher Stabilität, sehr hoher Arbeitsproduktivität und im Durchschnitt hohen real verfügbaren Einkommen bei gleichzeitig hoher Lebenszufriedenheit und physischer Sicherheit. Das Armutsrisiko ist im europäischen Vergleich gering, die Beschäftigung hoch, die Luft wenig feinstaubbelastet und die Mitbestimmung auf unterschiedlichen Ebenen etabliert.

Ein solcher an sportliche Vergleichswettkämpfe angelegter Bewertungsmaßstab ist aber nur sehr bedingt angemessen, denn es geht um ein gutes, nachhaltiges Leben für alle. Besonders deutlich zeigt sich das hinsichtlich der ökologischen Tragfähigkeit unserer Wirtschafts- und Lebensweise. Es nützte wenig, wenn wir die Besten wären ohne unsere Produktions- und Konsumstrukturen nachhaltig umzugestalten. Deshalb ist es notwendig, sozial verträgliche Schritte in Richtung einer Wirtschaftsweise, die mittelfristig ohne fossile Brennstoffe auskommt, zu setzen.

Pandemie zeigt Stärken und Schwächen schonungslos auf

In anderen Bereichen hat die Covid-19-Krise eine Reihe von Problemen, die schon vorher virulent waren, wie durch ein Brennglas verschärft: Probleme der fairen Aufteilung von Arbeit, sowohl von Erwerbsarbeit als auch der Haus- und Betreuungsarbeit. Probleme der Honorierung wichtiger „systemrelevanter“ Beschäftigung, etwa im Bereich der Pflege, im Handel oder Transportgewerbe. Soziale Probleme der Ausbildung v.a. im auch im Kontext der Digitalisierung. Gleichzeitig hat sich unser Sozial- und Gesundheitssystem in der Krise bewährt, hat der Belastungsprobe standgehalten und muss deshalb gesichert und ausgebaut werden.

Gefragt sind also sozial- und wirtschaftspolitische Initiativen, die die Umwelt sowohl im Interesse von Klimaschutz und Ressourcenschonung, wie auch der Lebensbedingungen der Menschen verbessern, die Qualität der Arbeit und die Beschäftigungsfähigkeit fördern und für mehr Menschen die Gefahr reduzieren, arm oder ausgegrenzt zu werden. Angesprochen sind vor allem auch soziale Dienstleistungen und die Wohnbaupolitik. Nicht zuletzt braucht es Maßnahmen, die eine faire Verteilungssituation bei Vermögen schaffen.

Dazu kann Salzburg im Rahmen der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung nicht alles, aber doch einiges, beitragen. Vieles, was Wohlstand und Lebensqualität der Salzburger Bevölkerung berührt, ist Bundesangelegenheit und so richten sich die Schlussfolgerungen an den Bund. Betroffen davon sind etwa Fragen der fairen materiellen Verteilung oder der lebensqualitätsgerechten Gestaltung der Arbeit. Bei einer Reihe von Herausforderungen ist aufgrund der immer stärkeren internationalen Verflechtung ein international abgestimmtes Vorgehen erforderlich. Dies gilt insbesondere für den Bereich Umwelt, wo die größten Fortschritte erreicht werden können, wenn eine international abgestimmte Politik verfolgt wird. Hier wurden mit den internationalen und europäischen Klimazielen Vorgaben gemacht die nun entschlossen auf nationaler und regionaler Ebene umgesetzt werden müssen.

Öffentliche Investitionen mehr denn je gefragt

Die Herausforderungen machen eine effiziente Investitions-, Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik notwendig. Der Schwerpunkt der öffentlichen Investitionen sollte auf Klimaschutz und den Themenfeldern Wohnen, Digitalisierung, Gesundheit, Pflege, Aus- und Weiterbildung und Kinderbetreuung sowie öffentlicher Verkehr liegen. Dabei handelt es sich um Bereiche, deren Systemrelevanz in der Covid-19-Krise offensichtlich wurde, die aber auch abseits von Krisen wesentlich zur Lebensqualität beitragen und die rasch und effizient zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und regionaler Wertschöpfung genutzt werden können. Nach der Finanzkrise 2008 ist es in Europa zu einer Sparpolitik gekommen, die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage geschwächt hat und die Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt und verlängert hat. Auch deshalb ist es in vielen internationalen Institutionen zu einem Umdenken gekommen. Auf Ebene der EU manifestiert sich das in finanzieller Unterstützung für Investitionen in Klima, Digitalisierung und Jobs, wofür den Mitgliedsländern mehrere 100 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden.

Ein Ausbau der sozialen Infrastruktur – z. B. Pflege, Soziale Dienste – kann wichtige gesellschaftliche Bedarfe decken. Zudem sind soziale Dienstleistungen sehr beschäftigungsintensiv. Zusätzliche Ausgaben von 1 Mrd. Euro bringen einen positiven Beschäftigungseffekt von 20.000 bis 45.000 Personen.⁵⁸ Gleichzeitig ermöglichen sie eine Reduktion der unbezahlten Arbeit bzw. ihre faire Verteilung zwischen den Geschlechtern. Langfristig tragen sie dazu bei, die sozialen Folgekosten zu senken, die etwa durch Armut und geringe Aufstiegschancen entstehen. Grundsätzlich gilt: Mehr Beschäftigung verringert auch den Transferaufwand. Der Ausbau sozialer Dienstleistungen weist einen hohen Selbstfinanzierungsgrad auf, wie sich am Beispiel der mobilen und stationären Pflege zeigt, wo er etwa 70 Prozent erreicht.⁵⁹ Finanziert werden müsste der Ausbau der sozialen Infrastruktur zunächst insbesondere durch höhere vermögensbezogene Steuern. Direkte positive Effekte auf die Umwelt ergeben sich beispielsweise durch kurze Wege bei einer flächendeckend verfügbaren und leistbaren sozialen Infrastruktur.

Dringend benötigt werden mehr Ausbildungsplätze für Jugendliche, Qualifizierungsmaßnahmen wie Fachkräfteausbildung – sowohl für Arbeitslose als auch für Beschäftigte – sowie gemeinnützige Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose. Für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet hohe Langzeitarbeitslosigkeit hohe Ausgaben, Verlust von Beschäftigungspotenzialen und soziale Spannungen.

58 Kurzmann, Raimund/Gstinig, Karolin (2012): Beschäftigungsmultiplikatoren und die Besetzung von Arbeitsplätzen in Österreich. https://www.joanneum.at/uploads/tx_publicationlibrary/BESCHAEFTIGUNGSMULTIPLIKATOREN_IN_OESTERREICH.pdf

59 Famira-Mühlberger, Ulrike/Firgo, Matthias/Fritz, Oliver/Streicher, Gerhard (2017): Österreich 2025: Pflegevorsorge – Künftiger Finanzierungsaufwand und regionalwirtschaftliche Verflechtungen. https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=60469&mime_type=application/pdf

Die Höhe der Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung reicht vielfach nicht aus, um die Verarmung der von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalte zu vermeiden. Der Einkommensverlust bei Arbeitslosengeldbezug von bis zu 45 Prozent des zuvor bezogenen Nettoeinkommens führt dabei auch zu einer gesamtwirtschaftlich schädlichen Schwächung des Konsums. Es bleibt daher wichtig, dass die Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld dauerhaft auf 70 Prozent erhöht wird.

Arbeitszeitverkürzung darf kein Tabu sein

Der sich Mitte 2021 abzeichnende Konjunkturaufschwung sollte genützt werden um innovative Formen von Arbeitszeitverkürzung (u. a. leichtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche, Anspruch auf eine Vier-Tage-Woche, Freizeioption in Kollektivverträgen u. v. a. m.) zu erproben. Viel mehr Menschen sollte ermöglicht werden den materiellen Wohlstand auch in Zeitwohlstand umzusetzen und bezahlte Arbeit gerechter zu verteilen. Insbesondere der Anspruch auf eine Vier-Tage-Woche kann dazu beitragen, Pendelzeiten und daraus resultierende Emissionen zu reduzieren sowie die Zeit der Eltern mit den Kindern besser zwischen den Geschlechtern zu verteilen. Der Spielraum für eine Arbeitszeitverkürzung ist einerseits durch die hohe Arbeitsproduktivität gegeben, andererseits arbeiten auch vergleichbare Länder kürzer (z.B. Deutschland, Schweden oder Dänemark). Zudem zeigen Befragungen regelmäßig, dass viele Beschäftigte ihre Arbeitszeit reduzieren wollen. Eine Verkürzung überlanger Arbeitszeiten verbessert zudem die Arbeitsbedingungen und trägt dazu bei, stressbedingte Erkrankungen zu reduzieren. Mit der Klimakrise kommt ein weiteres Argument für kürzere Arbeitszeitmodelle hinzu: Arbeitszeitverkürzung ist unabdingbar, um die Herausforderungen des Strukturwandels zu bewältigen. Wir wollen Schadstoffausstoß, Ressourcenverbrauch sowie das klimaschädliche Wachstum von Konsum und Produktion beschränken.

Öffentliche und private Investitionen tragen sowohl kurz- als auch langfristig zu Beschäftigung und Wohlstand bei.⁶⁰ Sie beeinflussen wesentlich die zukünftige Produktionsstruktur und damit Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten, Vermögensverteilung, Umweltbelastung etc. Es macht einen Unterschied für die Treibhausgasemissionen bis 2030, ob heute in Autobahnen und Neuwagen mit Verbrennungsmotoren investiert wird oder in öffentlichen Verkehr, Energieeffizienz-Maßnahmen, erneuerbare Energien und die Klimaneutralität des öffentlichen Sektors. In Salzburg benötigt es dazu etwa einen Salzburg Takt für Bahn und Bus, die Verdichtung des S-Bahntaktes bzw. die Übertragung der S-Bahnkonzepte auf Pongau und Pinzgau.

Investitionen schaffen langfristige Werte, also Vermögen. Das öffentliche Vermögen ist das Vermögen der Vielen, das zwar allen zugutekommt, oft aber vor allem jenen genutzt wird, die selbst nicht vermögend sind: Wer kein Auto besitzt, nutzt häufiger den öffentlichen Verkehr. Wer keine Immobilien besitzt, lebt eher in einer öffentlich geförderten Wohnung. Wer sich keine Privatkliniken und -schulen leisten kann, ist auf öffentliche Spitäler und Bildungseinrichtungen angewiesen. Ein höherer öffentlicher Vermögensanteil kann daher private Vermögenskonzentration zumindest teilweise ausgleichen. Allerdings ging in den letzten Jahrzehnten die immer stärkere Konzentration privater Vermögen mit einem absoluten Rückgang öffentlichen Vermögens einher. Auch im Bundesland Salzburg ist das Landesvermögen gesunken und die öffentlichen Investitionen haben sich in den vergangenen Jahren deutlich reduziert.

⁶⁰ Truger, Achim (2015): Implementing the Golden Rule for Public Investment in Europe. https://media.arbeiterkammer.at/wien/MWuG_Ausgabe_138.pdf (7.10.2019).

Ein Grund für die zu geringe öffentliche Investitionstätigkeit ist der allgemeine Druck zu Ausgabenkürzungen in den öffentlichen Haushalten, der sich zum einen in Krisenzeiten aus fehlenden Einnahmen ergibt, zum anderen aber jahrelang durch die Fiskalregeln politisch verstärkt wurde. Obwohl bei fremdfinanzierten Investitionen den Schulden auch höhere Vermögenswerte gegenüberstehen, von denen zukünftige Generationen im besonderen Maße profitieren, wird das im Rahmen der Fiskalregeln nicht entsprechend berücksichtigt. Zumindest sollte eine goldene Investitionsregel eingeführt werden, bei der – analog zur privatwirtschaftlichen Buchführung – die Nettoinvestitionen bei der Defizitberechnung ausgenommen werden. Gerade in Krisenzeiten mit gleichzeitig extrem niedrigen Zinssätzen ist die Priorisierung der Schuldenreduktion auf Kosten der Investitionen, wie es in Salzburg geschieht, kontraproduktiv. Die Zinsausgaben des Staats werden in den kommenden Jahren – trotz krisenbedingt hoher Neuverschuldung – weiter massiv sinken und auf vergleichsweise niedrigem Niveau bleiben.

Investitionen in den Klimaschutz sind unerlässlich zur Erreichung der Klima- und Energieziele 2030. Bei sämtlichen Maßnahmen ist darauf zu achten, dass die Energiewende für alle Haushalte – vor allem für diejenigen mit geringem Einkommen – keine untragbaren Kosten verursacht. Beispielsweise müssen – wie bisher – auch in Zukunft einkommensschwache Haushalte von den Ökostromförderkosten befreit werden. Darüber hinaus ist eine gesetzliche Begrenzung der Förderkostenbelastung je Haushalt anzustreben. Nach unserem Verständnis ist Klimapolitik im Kern eine soziale Frage. Um den notwendigen Wandel erfolgreich zu gestalten, sind alle politischen Instrumente einzusetzen – neben Investitionen auch Ordnungsrecht (Ge- und Verbote), steuerliche Maßnahmen, Planungsmaßnahmen sowie Bewusstseinsbildung.

Die Kosten der Krise fair verteilen

Die Covid-19-Krise hat Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur kurzfristig vor neue Herausforderungen gestellt. Die öffentlichen Haushalte verzeichnen Rekorddefizite, nachdem der Staat stabilisierend eingegriffen hat und die Hauptlast der Krise schultert. Diese werden mittelfristig im Aufschwung teilweise von selbst wieder verschwinden, aber wohl nicht zur Gänze. Mittelfristig zeichnen sich heftige gesellschaftliche Auseinandersetzungen um die Verteilung der Lasten der Covid-19-Krise ab. Wie bereits nach der Finanzkrise ab 2008 profitieren Banken und Versicherungen massiv von der abgefederten Pleitewelle. Die Börsen konnten den Großteil ihrer anfänglichen Corona-bedingten Verluste wieder wettmachen. Andererseits haben Menschen Einkommen verloren.

Jetzt geht es darum, dass die Folgekosten der Krise nicht neuerlich bei den 99 Prozent der Gesellschaft verbleiben. Progressive Abgaben auf Vermögen und Erbschaften, Spitzeneinkommen und Dividenden mit einem Milliardenaufkommen können die notwendigen Zusatzleistungen für Gesundheit, Pflege, Armutsbekämpfung und Bildung finanzieren. Sie sind ohnehin notwendig, um das demokratiepolitische, soziale und wirtschaftliche Systemrisiko der enormen Vermögenskonzentration zu entschärfen. Dabei könnte eine progressive Vermögenssteuer mit Steuersätzen von 1 Prozent (ab 1 Mio.) bis 4 Prozent (ab 1 Mrd.) wesentlich zur Sicherung und Verbesserung des Sozialstaates beitragen.

Immer noch sind die Abgaben auf Arbeit zu hoch und die Beiträge von Vermögen und internationalen Großkonzernen viel zu gering. Es braucht deshalb endlich eine echte Steuerstrukturreform. Ein Teil der Steuerstrukturreform sollte eine Senkung der Lohnsteuer mit einem Wohnbaubonus sein, der allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – egal ob sie zur Miete wohnen oder einen Kredit für Ankauf, Neubau oder Sanierung eines Eigenheims abbezahlen – zu Gute kommen und ihre Wohnkosten senkt.

Sozialstaat in jeder Hinsicht unerlässlich

Dass der materielle Wohlstand in Salzburg wie Österreich im internationalen Vergleich seit Langem auf hohem Niveau gehalten werden kann und dabei vergleichsweise gerecht verteilt ist, ist nicht zuletzt auf die Stabilität sozialstaatlicher und sozialpartnerschaftlicher Institutionen zurückzuführen. Bezüglich des Sozialstaates zeigt etwa eine Studie des WIFO⁶¹, dass der Sozialstaat – neben seinen Kernfunktionen der Absicherung gegen soziale Risiken und der Gewährleistung sozialen Ausgleichs – auch mit einer hohen Arbeitsproduktivität einhergeht. Ein ausgebauter Sozialstaat wirkt darüber hinaus nachfragestabilisierend und er garantiert den Zugang zu grundlegenden sozialen Leistungen in hoher Qualität für alle Bevölkerungsgruppen.

Die vergleichsweise egalitäre Verteilung des materiellen Wohlstands und die hohe Lebensqualität sind dabei neben den gut ausgebauten sozialstaatlichen Leistungen – einschließlich des Bildungs- und Gesundheitswesens oder der sozialen Wohnungswirtschaft – wohl auch auf das österreichische Modell der Sozialpartnerschaft zurückzuführen.⁶² Der Dialog mit den zentralen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteurinnen wird auch weiter notwendig sein, um die anstehenden Herausforderungen, insbesondere in den Bereichen Geschlechtergerechtigkeit, Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen, Wohnen, Energie und Klimaschutz, Bildung sowie soziale Sicherheit, zu bewältigen.

Die Covid-19-Pandemie hat schmerzhaft gezeigt, dass Wohlstand und Wohlergehen nicht nur von der Entwicklung innerhalb der österreichischen Grenzen abhängen. Auch die drängende Frage des Klimaschutzes, die Bedingungen des internationalen Handels oder die Migration erfordern verstärkte internationale Kooperation. Eine Vertiefung und Intensivierung der europäischen und internationalen Kooperation ist auch für Wohlstand und Lebensqualität in Salzburg unumgänglich.

61 Mayrhuber, Christine/Firgo, Matthias/Pitlik, Hans/Guger, Alois/Walterskirchen, Ewald (2018): Sozialstaat und Standortqualität. Wien: WIFO.

62 Tálos, Emmerich (2018): Sozialpartnerschaft vor dem Abstieg? <https://www.awblog.at/sozialpartnerschaft-abstieg>

Kapitel 8

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: OECD well-being framework	7
Abbildung 2: Real verfügbare Einkommen in Salzburg, Österreich, Deutschland, Europa	15
Abbildung 3: Anteil der TOP-5 am gesamten Nettovermögen	18
Abbildung 4: Gender Pay Gap (Ganzjährig Vollzeitbeschäftigte)	21
Abbildung 5: Abb. S80/S20 der real verfügbaren Haushaltseinkommen	23
Abbildung 6: Anteil der nicht armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen	26
Abbildung 7: Erwerbstätigenquote	30
Abbildung 8: Anteil von Normalarbeitsverhältnissen in Prozent (unselbstständig Beschäftigte)	33
Abbildung 9: Unterbrechung der Erwerbstätigkeit wegen Kinderbetreuung	35
Abbildung 10: Arbeitsbedingte Belastungen	38
Abbildung 11: Entwicklung der realen Arbeitsproduktivität pro Stunde	41
Abbildung 12: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	44
Abbildung 13: Treibhausgasemissionen Salzburg	48
Abbildung 14: Energetischer Endverbrauch in Salzburg	51
Abbildung 15: Baulandausweisung im Bundesland Salzburg in HA	54
Abbildung 16: Trend der Jahresmittelwerte von PM _{2,5} im Jahr 2020	57
Abbildung 17: Verkehrsmittelwahl – Ziele bis 2025	63
Abbildung 18: Allgemeinbildende Pflichtschule als höchster Bildungsstand im Alter von 20 bis 24 Jahren 2014 bis 2018	68
Abbildung 19: „Tertiärquote“** der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren. Österr. Zielwert im Rahmen der EU-2020-Strategie: 32 Prozent.	68
Abbildung 20: Aus- und Weiterbildung in den letzten vier Wochen (% der Bevölkerung 25 bis 64 Jahre) im nationalen und internationalen Vergleich – ausgewählte Werte	71
Abbildung 21: Lebenszufriedenheit in Salzburg und Österreich	73
Abbildung 22: Versorgungsgrad mit mobilen Diensten	76
Abbildung 23: Mietkosten brutto in Euro je m ²	79
Abbildung 24: Anteil der durch Wohnkosten überlasteten Personen	79
Abbildung 25: Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohnumgebung	82
Abbildung 26: Betreuungsquoten BL Salzburg im Vergleich	85
Abbildung 27: Indikator für Stress im Finanzsystem	90
Abbildung 28: Salzburger Landeshaushalt: Substanzerhaltungsquote, Schuldendienstquote, Eigenfinanzierungsquote	93
Abbildung 29: Investitionen des Landes Salzburg 2015 -2020	93
Abbildung 30: Regionale Forschungsquote 2019	96
Abbildung 31: Investitionsquoten (Bruttoanlageinvestitionen in Prozent des BIP)	99
Abbildung 32: Wohlstand und Lebensqualität im Bundesland Salzburg – Gesamtbewertung	105

GERECHTIGKEIT #FÜRDICH

Die Arbeiterkammer setzt sich für die Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ein. #FÜRDICH und die soziale Gerechtigkeit in Österreich.